



82. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 20. März 2015

Mitteilungen der Präsidentin.....8313

Stefan Zimkeit (SPD)8337

Ergebnis8337

1 Was bleibt von den Vorschlägen des sogenannten „Effizienzteams“ übrig?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 16/8178 8313

Hendrik Schmitz (CDU) 8313
Stefan Zimkeit (SPD)..... 8315
Ralf Witzel (FDP)..... 8317
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) 8318
Dietmar Schulz (PIRATEN) 8320
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 8321
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 8323
Martin Börschel (SPD) 8325
Dirk Wedel (FDP) 8327
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) 8328
Dietmar Schulz (PIRATEN) 8329
Hendrik Schmitz (CDU) 8330

2 Bund-Länder-Finanzbeziehungen transparent und fair weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN
Drucksache 16/8103

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8202 8331

Stefan Zimkeit (SPD)..... 8331
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 8332
Dr. Marcus Optendrenk (CDU) 8333
Ralf Witzel (FDP)..... 8334
Dietmar Schulz (PIRATEN) 8335
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans..... 8336

3 Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte ermöglichen und Attraktivität von Volksfesten mit sicheren Fahrgeschäften erhalten

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8234 8337

Dr. Ingo Wolf (FDP)..... 8337
Rainer Schmeltzer (SPD) 8338
Daniela Schneckenburger (GRÜNE)..... 8339
Wilhelm Hausmann (CDU) 8340
Nicolaus Kern (PIRATEN) 8341
Minister Michael Groschek 8342

Ergebnis..... 8343

4 Hochschulefreiheit a. D. – Landesregierung regelt nun auch bürokratisch die Anwesenheitspflichten von Studierenden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8115 8343

Dr. Stefan Berger (CDU)..... 8343
Karl Schultheis (SPD) 8344
Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) 8345
Angela Freimuth (FDP)..... 8347
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 8348
Ministerin Svenja Schulze 8349

Ergebnis..... 8350

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

Unterrichtung
des Kontrollgremiums gemäß § 23 VSG
über die Einwilligung in den
veränderten Wirtschaftsplan 2015
Drucksache 16/8176

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8231

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/8153

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8233

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8238

zweite Lesung

unmittelbar anschließend

dritte Lesung.....8351

Stefan Zimkeit (SPD).....8351
Werner Lohn (CDU).....8352
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE)8354
Ralf Witzel (FDP)8355
Dietmar Schulz (PIRATEN)8357
Minister Ralf Jäger8358

Ergebnis
zur zweiten Lesung8360

Ergebnis
zur dritten Lesung8361

6 Erträge aus der digitalen Dividende II effizient für Ausbau des schnellen Internet nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8116

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/82328362

Robert Stein (CDU) 8362
Rainer Schmeltzer (SPD) 8363
Matthi Bolte (GRÜNE)..... 8364
Ralph Bombis (FDP) 8365
Daniel Schwerd (PIRATEN)..... 8365
Minister Garrelt Duin 8366

Ergebnis..... 8368

7 Dämmwahn bremsen – Kosten und Nutzen bei der Energiesparverordnung ins Gleichgewicht bringen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8129 8368

Wilhelm Hausmann (CDU) 8368
Achim Tüttenberg (SPD)..... 8369
Wibke Brems (GRÜNE) 8369
Holger Ellerbrock (FDP)..... 8370
Oliver Bayer (PIRATEN) 8371
Ministerin Ute Schäfer..... 8372

Ergebnis..... 8372

Nächste Sitzung..... 8372

Entschuldigt waren:

Minister Michael Groschek
(ab 13:30 Uhr)
Ministerin Sylvia Löhrmann
(bis 12:30 Uhr)
Minister Johannes Remmel
Minister Guntram Schneider
(bis 13 Uhr)
Ministerin Svenja Schulze
(ab 13:30 Uhr)
Ministerin Barbara Steffens
(bis 12 Uhr)
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans
(ab TOP 3 ca.12:05 Uhr)

Martin Börschel (SPD)
(ab 11:30 Uhr)
Heike Gebhard (SPD)
Uli Hahnen (SPD)
Dieter Hilser (SPD)
Jochen Ott (SPD)
(ab 11:30 Uhr)
René Schneider (SPD)

Dr. Anette Bunse (CDU)
(ab 12 Uhr)
Rainer Deppe (CDU)
Regina van Dinther (CDU)
Wilfried Grunendahl (CDU)
Andrea Milz (CDU)
Thorsten Schick (CDU)

Horst Becker (GRÜNE)
Reiner Priggen (GRÜNE)
(ab 13 Uhr)

Christian Lindner (FDP)
(bis 12 Uhr)

Daniel Düngel (PIRATEN)
Kai Schmalenbach (PIRATEN)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 82. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Für die heutige Sitzung haben sich **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir in das Protokoll aufnehmen.

Mein Willkommensgruß gilt wie immer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie unseren Gästen auf der Zuschauertribüne.

Dort haben heute auch Ehrengäste Platz genommen, die ich sehr herzlich begrüße. Diesmal kommen unsere **Ehrengäste** nicht aus dem Ausland, sondern wir begrüßen **15 Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg**. Stellvertretend für alle begrüße ich den Vizepräsidenten des brandenburgischen Landtags, Dieter Dombrowski. Herzlich willkommen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Wie zumindest die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags und die Fraktionen wissen, sind es 15 Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder ihrer brandenburgischen Fraktionen, die uns in der Vertreterversammlung oder beim Vorstand des Versorgungswerkes unterstützen und verstärken. Heute Morgen haben wir die erste gemeinsame Vertreterversammlung durchgeführt, die neue Satzung verabschiedet und die Gremien unseres Versorgungswerkes durch Wahl vervollständigt.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Prozess der Gründung des gemeinsamen Versorgungswerkes auch formal durch die Vertreterversammlung vollzogen worden.

Ich freue mich, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg nun auch noch an unserer Plenarsitzung teilnehmen werden, und wünsche uns nicht nur im gemeinsamen Versorgungswerk, sondern auch in der Zusammenarbeit unserer Parlamente ein gutes und vertrauensvolles Miteinander. Herzlich willkommen und später dann auch eine gute Rückreise!

(Allgemeiner Beifall)

Nun geht es für die Kolleginnen und Kollegen hier in Nordrhein-Westfalen weiter. Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Was bleibt von den Vorschlägen des sogenannten „Effizienzteams“ übrig?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8178

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 16. März dieses Jahres gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion, der CDU, Herrn Kollegen Schmitz das Wort.

Hendrik Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute Morgen will mal Platon frei zitieren. Er sagte schon früher in der Antike: Immer wenn sich die Sonne verdunkelt, ist dies ein Zeichen für eine Verschlechterung der Finanzlage, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU – Heiterkeit)

Was ist das für ein Zeichen, das uns heute hier gesendet wird? Ich habe im Vorfeld auf die Debatte einmal im Duden das Wort Effizienz nachgeschlagen. Zur Bedeutung heißt es: Effizienz bedeutet Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ich möchte heute mit Ihnen darüber reden, was denn Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit beim sogenannten Effizienzteam der Landesregierung bedeutet. Ende 2011, vor dreieinhalb Jahren, kündigte die Landesregierung großspurig an, dass nun alles anders werde. Man versprach uns eine Institution, die Einsparmöglichkeiten im angespannten Haushalt aufzeigen sollte. Man wollte die Dinge nach Aufbruch, nach „alles wird besser“ aussehen lassen. So hat man uns dann das Effizienzteam beschert.

Seitdem, meine verehrten Damen und Herren, beschäftigt uns dieses Team, dessen euphorisch gefeierter Start nunmehr sein Ende in diesem aufgeblasenen Abschlussbericht findet.

Aber wie sieht die Bilanz aus? Das haben wir uns einmal genau angeschaut. Auf gerade einmal 240 Millionen € jährlich ab 2018 beläuft sich das über Jahre ausgearbeitete Einsparvolumen. Das sind lächerliche 0,3 % der nordrhein-westfälischen Gesamtausgaben. Bei diesen lächerlichen Summen, verehrter Herr Finanzminister, schaffen Sie die Schuldenbremse 2020 nie. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall von der CDU)

Das ist so – in den Medien geistern viele Beispiele umher –, als würde sich der deutsche Durchschnittsverdiener vier Jahre lang überlegen, wie er sich das Geld für einen Hausbau zusammenspart, und letztlich vollmundig verkünden, mit einmal weniger pro Monat ins Kino gehen würde die Finanzierung stehen. Ihre vorgeschlagenen Einsparungen, Herr Minister, sind pure Augenwischerei und helfen diesem Haushalt in keiner Form weiter.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ein Teil dieses nun groß medial verkauften Einsparvolumens ist bereits in den Haushalten 2013/2014 eingepreist. Da ist keine revolutionäre Idee entstanden. Es ist insgesamt nichts Neues passiert. Wir haben uns diesen Bericht noch einmal genau angeschaut.

Das Effizienzteam hat sich bestimmte Bereiche vorgenommen.

Ich nehme einmal das Beispiel Landesbeteiligungen: Sie haben untersucht und vorgeschlagen, dass man die Anteile des Landes am Herz- und Diabeteszentrum in Bad Oeynhausen veräußern sollte. Aber Frau Ministerpräsidentin und Frau Gesundheitsministerin Steffens erteilten diesem Vorschlag kurz nach Vorlage des Berichts eine klare Absage.

Ich frage Sie: Kann man denn erwarten, dass den Vorschlägen eines Gremiums, das drei Jahre lang getagt und fast noch ein weiteres Jahr gebraucht hat, um seine Vorschläge zu veröffentlichen, sofort nach der Veröffentlichung von der eigenen Ministerpräsidentin und von der Gesundheitsministerin eine Absage erteilt wird?

(Beifall von der CDU)

Das ist unprofessionell. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen. Das hätten Sie doch vorher besprechen können.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Ich gehe davon aus, dass Regierungsmitglieder untereinander sprechen, wenn ein solcher Bericht vorgelegt wird. Dann muss man die Frage hier auch einmal stellen dürfen.

(Beifall von der CDU)

Gehen wir weiter! Ihr konspiratives Geheimgremium untersuchte auch die Auswirkungen der demografischen Effekte auf den Landeshaushalt – das ist ja ein spannendes Thema –, aber das Gutachten von PwC zu den Demografiegewinnen macht als Anlage mit 50 Seiten den größten Teil des Abschlussberichts aus.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: So sieht es aus!)

Verwunderlich finde ich, dass der neue Fraktionsvorsitzende, Herr Mostofizadeh, der Mitglied dieses Gremiums ist, direkt im Anschluss erklärt, die im Abschlussbericht skizzierten demografischen Effekte seien so gar nicht eingetreten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch hier stellt sich mir die gleiche Frage: Wieso tauscht man sich fast vier Jahre lang über das Thema „Demografiegewinne im Landeshaushalt“ aus, um sie dann aus den eigenen Reihen öffentlich zu negieren? Was passiert da überhaupt?

(Beifall von der CDU)

Nehmen wir die Einsparungen bei der Besoldung der Beamten! Die rechnet sich das Effizienzteam

auch als Erfolg an. Aber ob hier überhaupt Einsparungen erzielbar sind, Herr Finanzminister, das werden wir doch erst beurteilen können, wenn die aktuell laufenden Tarifverhandlungen abgeschlossen sind. Das ist doch die Realität. Das ist doch die Wahrheit. Das hat nichts mit Effizienz im Landeshaushalt zu tun.

Wie realitätsfern die Vorschläge sind, das zeigt die von den Grünen so gern bemühte Polizeistrukturenform. Wir werden heute den Nachtragshaushalt gemeinsam verabschieden.

(Beifall von der SPD – Stefan Zimkeit [SPD]: Bravo!)

– Nein, wir haben ihn auf der Tagesordnung; wir werden ihn natürlich nicht gemeinsam verabschieden. Wir sind hier gemeinsam im Plenum, um ihn zu beraten.

(Zuruf von Minister Michael Groschek)

Aber nach Angaben der Landesregierung hat sie fundierte Kenntnisse, dass sich die Sicherheitslage seit der Verabschiedung des Haushalts deutlich verändert hat.

Ich glaube – da sind wir wieder gemeinsam, werter Kollege Mostofizadeh –, wir können nur gemeinsam feststellen, dass die Durchsetzung einer Polizeistrukturenreform bei der aktuellen Sicherheitslage unverantwortlich ist. Das ist doch der Punkt, der uns hier gemeinsam beschäftigt,

(Beifall von der CDU)

und der zeigt wiederum auch, dass Ihr Effizienzteam überhaupt nichts dazu beitragen kann, wenn wir jetzt über Strukturreformen reden.

Was ist also geblieben? Machen wir einmal einen Strich darunter! Vier Jahre musste die staunende Öffentlichkeit, mussten wir warten. Wir durften als Parlamentarier in den bestimmten Bereichen nicht hineinschauen, was Sie da in Ihrem konspirativen Team gesucht haben. Wir haben auf diesen Abschlussbericht gewartet, der diesen Namen nicht verdient, weil die Arbeit des Effizienzteams nie ernsthaft begonnen wurde. Das ist mir an dieser Stelle auch noch wichtig.

Wenn man einen Abschlussbericht macht, dann muss man erst einmal anfangen. Aber Sie haben es von Anfang an streitig gestellt. Alle Themen, die Sie als Regierung als Ihr Kernthema begonnen haben, waren überhaupt nicht im Effizienzteam enthalten. Das war direkt sakrosankt gestellt. Da muss ich Ihnen ganz klar sagen – das zeigt doch die wahre Intention des Ganzen –: Sie hatten nie vor, seriös zu sparen. Sie haben Politik betrieben nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!

(Beifall von der CDU)

So geht das hier in Nordrhein-Westfalen nicht. Dafür ist unsere Lage viel zu ernst.

Frau Ministerpräsidentin, Herr Finanzminister, unter diesen Vorzeichen und mit diesen Ergebnissen hätten wir Ihnen das schneller und vor allen Dingen billiger machen können.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Ja, es war mir klar, dass Sie das sagen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Regen Sie sich auf; das ist Frustbewältigung. Das verstehe ich völlig. Aber wenn Sie uns nicht glauben wollen,

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

dann hätten Sie doch einmal den Leuten im Finanzministerium glauben und die fragen können. Da sitzen doch die Leute, die wissen, wie der Landesalltag aussieht. Da sitzen doch die Leute, die wissen, welche Vorschläge es sind. Für die Fachleute sind das doch alles olle Kamellen.

Das wahre Problem ist doch, dass im Kabinett gebremst wird, dass Sie dort die Ressortabstimmung nicht hinbekommen haben, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Hendrik Schmitz (CDU): ... dass Sie da nicht in der Lage waren, eine einheitliche Sparvorschlagsliste zu machen. Das war ineffizient, das war nicht redlich, wenn wir über Finanzpolitik reden.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Hendrik Schmitz (CDU): Ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren, 1,8 Millionen € hat diese sinnlose Veranstaltung den Steuerzahler gekostet. Außer Spesen nichts gewesen.

Als ob der Duden gewusst hätte, was passiert: Sieht man im Duden nach, was „Effizienz“ bedeutet, dann steht dort direkt das Gegenwort daneben. Das heißt „Ineffizienz“. Dieses Team hat Nordrhein-Westfalen keinen Millimeter vorangebracht. Dieses Team war wirkungslos, und es war unwirtschaftlich. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Aufgeklärte Menschen, Herr Schmitz, liebe Frau Präsidentin, wissen ja,

dass Sonnenfinsternisse nur ein Ablauf der Gestirne sind und keine großen Symbole für irgendetwas anderes. Wer das behauptet, der verfolgt Aberglauben. Genau den Aberglauben verfolgen Sie hier, auch was die Finanzpolitik von Nordrhein-Westfalen angeht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch da haben Sie den Aberglauben, die sei nicht gut und sie würde nicht zu vernünftigen Ergebnissen führen. Genau wie bei der Sonnenfinsternis ist das Gegenteil der Fall, Herr Schmitz.

(Beifall von der SPD)

Wer ein Effizienzteam dringend braucht, das ist die CDU in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kann man schlicht und einfach am Ablauf der Diskussion dieses Themas sehen. Als Erstes haben Sie, als der Bericht veröffentlicht wurde, eine Pressemitteilung gemacht. Die hatten Sie wahrscheinlich vorher schon fertig, bevor der Bericht gekommen ist. Dann gehen Sie in den HFA und sagen dort: Wir können uns im HFA noch nicht dazu äußern, denn wir haben uns noch nicht ausreichend damit beschäftigt. – Die öffentliche Bewertung haben Sie aber schon vorgenommen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Deswegen beantragen Sie für heute Nachmittag eine Sondersitzung. Das haben aber scheinbar nicht alle in Ihrer Fraktion mitbekommen. Und so haben Sie das Thema noch einmal in eine Aktuelle Stunde des Plenums geholt. Das ist das politische Chaos, das Sie in dieser Frage veranstalten. Inhaltliche Dinge fehlen. Ansonsten veranstalten Sie Chaos in diesem Zusammenhang.

(Beifall von der SPD)

Sie als CDU bauen hier einen Popanz auf.

(Christian Möbius [CDU]: Das Effizienzteam war Popanz!)

– Rufen Sie bitte ein bisschen lauter. Dann verstehe ich die Zwischenrufe auch besser. Ich hoffe, sie sind nicht so beleidigend wie die von Herrn Sieveke vorgestern im Ausschuss.

Sie bauen einen Popanz auf und sagen, die Landesregierung hätte hier eine Revolution in der Haushaltspolitik versprochen, die aber nicht kommt. Nein, es ist keine Revolution versprochen worden. Deswegen kommt auch keine. Es geht nicht um eine Revolution, sondern es um konkrete Überprüfungen und Vorschläge, und die liegen auf dem Tisch.

200 Millionen € – das haben Sie ja selbst zugegeben – sind bereits umgesetzt. Es geht um Einsparungen bei den Förderprogrammen. Es geht um Einsparungen bei den Personalkosten. Es geht um

die Strukturveränderungen bei der OFD. Das sind alles konkrete Dinge, die laufen, die Sie übrigens abgelehnt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn es nämlich um konkrete Einsparungen geht, dann sagen Sie Nein.

Das nächste Beispiel, was weitere Vorschläge, die ebenfalls in dem Bericht stehen, angeht, haben Sie ja auch geliefert. Sie haben gleich gesagt: Polizeireform. Ja, Sie fordern zwar Strukturen, aber da, wo zumindest die Diskussion darüber angekündigt wird, schreien Sie auch schon wieder vorab Nein. Das ist doch keine glaubwürdige Politik, bei jedem Einsparvorschlag Nein zu sagen, aber sonst global immer Einsparungen zu fordern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Lassen Sie uns das doch einmal mit Schwarz-Gelb vergleichen! Sie haben gerade kritisiert, es hätte so lange gedauert, die Veröffentlichung und der Abschlussbericht wären nicht in Ordnung gewesen.

Es hat hier zumindest mal einen Abschlussbericht gegeben. Sie haben eine Hartmann-Kommission eingesetzt, die zu Ihrer Regierungszeit entsprechende Vorschläge machen sollte. Der Abschlussbericht ist noch nicht einmal veröffentlicht worden. So gehen Sie mit den Dingen um.

(Christian Möbius [CDU]: Das ist falsch! Keine Ahnung von nichts! – Weiterer Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Das ist ein erheblicher Unterschied.

Es werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Die unterscheiden sich sehr von dem, wie Sie Haushaltspolitik betreiben. Ihre Einsparvorschläge kommen nämlich entweder mit dem Rasenmäher oder sind totale Luftschlösser. Sie haben sehr viele Luftbuchungen, wie zum Beispiel Entfesselungseffekte oder Ähnliches, die Sie bei Houdini entlehnt haben. Auch das ist Teil Ihrer Aberglaubensstrategie, die Sie hier vorhin schon deutlich gemacht haben. Aber Sie werden nicht konkret!

Nehmen wir doch ein Beispiel! Sie sprechen gerne von Einsparungen durch Bürokratieabbau. Was verbrämen Sie denn damit? Bürokratieabbau heißt für Sie Förderung von Dumpinglöhnen durch Streichung der Tariftreue und Absenkung und Streichung von Umweltstandards. Das sind Ihre Einsparvorschläge. Die werden wir auf keinen Fall mitgehen.

(Beifall von Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

– Es ist immer schade, wenn man Zwischenrufe nicht versteht. Aber dem soll auch so sein.

Aber worum geht es Ihnen in dieser Debatte wirklich? Es geht Ihnen ja gar nicht um das Effizienz-

team oder Ähnliches. Es geht um einen Punkt, der Sie sehr nervös macht. Der ist im Beitrag von Herrn Schmitz auch deutlich geworden, weil wieder die übliche Globalkritik an der Haushaltsentwicklung in Nordrhein-Westfalen gekommen ist, nach dem Motto: Man will gar nicht sparen, und Schulden werden gar nicht abgebaut.

Was Sie wirklich nervös macht, ist nämlich, dass Sie merken, dass diese falschen Argumente nicht mehr verfangen und dass die Realität ganz anders aussieht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, sieht so aus: Die Schuldenentwicklung in Nordrhein-Westfalen liegt jetzt bei 1,9 Millionen €, weiter sinkend.

(Der Abgeordnete hält ein Blatt Papier mit einer Kurve zur Schuldenentwicklung hoch. – Heiterkeit von der CDU)

Das zeigt doch Ihre geringe Sachkenntnis. So entwickelt sich die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen, auch wenn es Ihnen nicht passt. Wir haben die Neuverschuldung seit der Regierungsübernahme um 71 % gesenkt. Dazu waren Sie nicht in der Lage.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben uns einen riesigen Schuldenberg hinterlassen. Wir sind jetzt auf dem Weg, die Neuverschuldung zu senken. Weil Sie das wissen und merken, sind Sie so nervös, weil damit nämlich Ihre gesamte Wahlkampfstrategie zusammenfällt.

(Beifall von der SPD – Unruhe von der CDU)

Wir sind auf einem guten Weg in diesem Bereich.

(Anhaltende Unruhe von der CDU und der FDP – Glocke)

– Ich weiß, dass Ihnen das nicht gefällt.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Toll! Super! – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich weiß, dass Sie nervös werden, weil Sie wissen, dass Sie das letzte Argument, das Sie in diesem Land im Wahlkampf benutzen wollen, nicht benutzen können, weil die Fakten eine andere Sprache sprechen. Dazu hat das Effizienzteam einen Beitrag geleistet. Insofern sehen wir auch den weiteren Debatten heute Nachmittag – und wann immer Sie wollen – zu dieser Thematik ganz gelassen entgegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Witzel jetzt das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke natürlich zunächst einmal meinem Vorredner für seinen illustren Beitrag hier zum Motto „Malen nach Zahlen“.

(Beifall von der FDP, der CDU und Dietmar Schulz [PIRATEN])

Ich danke ihm auch für seine bahnbrechenden Erkenntnisse zur Sonnenfinsternis. Ich ziehe etwas andere Schlussfolgerungen daraus, Herr Kollege Zimkeit. Wie Sie wissen, ist es so: Wer zu lange in eine Sonnenfinsternis guckt, kann erblinden. Und Problemblindheit haben wir in der Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen bereits genug.

(Beifall von der FDP)

Der Konsolidierungsdruck, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht ohne Grund in unserem Land immens. Kaum ein anderes Bundesland hat derart große Haushaltsprobleme und Unsicherheiten beim Erreichen der Schuldenbremse wie Nordrhein-Westfalen. Genau deshalb haben Sie auch Ihr sogenanntes Effizienzteam eingerichtet. Sie haben es eingerichtet, weil Sie zu Beginn Ihrer Regierungszeit, der Regierungszeit von Rot-Grün, im Jahre 2010 lauter teure Wahlgeschenke verteilt haben: Ausweitung LPVG, Tariftreue- und Vergabegesetz, Abschaffung der Studienbeiträge und beitragsfreies Kitajahr.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD] und Marc Herter [SPD])

Allein für diese Maßnahmen haben Sie rund eine halbe Milliarde Euro in die Hand genommen. Des einen Glück ist des anderen Leid. Sie finanzieren Ihre vermeintlichen sozialen Wohltaten einerseits mit Schulden, andererseits über die Niedrigzinsphase und damit die Schröpfung des ehrlichen Sparers und die Umverteilung von privat zu Staat.

Dann haben Sie Ihr sogenanntes Effizienzteam gegründet, das seinen Namen natürlich nicht ansatzweise verdient hat und in Wahrheit – frei nach dem Motto: „Außer Spesen wenig gewesen“ – eher ein Closed Shop für Ineffizienz und Intransparenz ist.

Der Ausschluss der Opposition von der Erarbeitung der Einsparvorschläge ist bereits in puncto Abordneteninformationsrechte problematisch, vor allem aber auch schädlich für die Sache.

Die Einbeziehung der Opposition in ernstgemeinte Konsolidierung hätte bei ausgewählten Projekten eine breite Basis und Legitimation für ehrgeizige Reformprojekte ermöglicht, die ein ganz anderes Volumen zur Haushaltssanierung erbracht hätten. Sie bekommen jedes Jahr zu den Haushaltsberatungen von der FDP-Landtagsfraktion genügend Vorschläge, die ein ganz anderes Volumen ausmachen.

(Zuruf von der SPD: Wo denn?)

Aber genau diese Beteiligung der Opposition war von Ihrer Seite aus nicht gewollt. Sie sind ja auch so ehrlich, in Ihren Bericht zu schreiben, dass Sie bewusst politische Setzungen vorgenommen und wichtige Felder von vornherein ausgeklammert haben. Deshalb sind die Ergebnisse, die Sie hier vorgelegt haben, nicht die eines Effizienzteams, sondern eines Ineffizienzteams.

Sie haben drei Kategorien bedient. Bei der ersten Kategorie handelt es sich um Arbeitsaufträge, die Sie von der FDP-Landtagsfraktion bekommen haben. All das ist in Haushaltsanträgen nachzulesen, die – teilweise über mehrere Jahre gestellt – von uns kamen. Sie wurden von Ihnen dann jeweils verspottet, im Effizienzteam dann aber zumindest aufgegriffen.

Wir sagen Ihnen seit Jahren: Sie können, wenn Sie wollen, zweistellige Erträge im Bereich der Landesbetriebe heben. Sie haben das immer bestritten. Ihr Team sagt Ihnen nun: Das geht. – Wir fordern Sie seit Jahren auf, das Beschaffungsmanagement zu verbessern, neu aufzustellen und dort Synergien zu erheben. Das haben Sie jahrelang abgelehnt. Auf einmal schreiben Sie es in Ihren Bericht hinein. – Das ist Kategorie 1: Abschreiben bei der Opposition.

Bei der Kategorie 2 geht es um pure Selbstverständlichkeiten, für die eigentlich gar kein Expertenwissen notwendig ist. Sie schauen sich an, wie sich Kosten bei Beamten und Angestellten entwickeln. Es ist eine ganz schlichte Erkenntnis, dass es, wenn man einen Tarifvertrag nicht eins zu eins umsetzt bzw. darunter bleibt, weniger Kosten verursacht. Das hat aber nichts mit Effizienz, sondern eher mit Verfassungswidrigkeit zu tun. Denn Ihr Team hat es nicht einmal geleistet, hier etwas vorzulegen, was wenigstens rechtlich Bestand hat.

Wenn Sie hergehen und sagen „Wir zahlen keine Subventionen mehr aus, welche die Empfänger behalten dürfen, sondern wir vergeben nur noch Darlehen, die dann irgendwann zurückzuzahlen sind“, dann ist dazu festzustellen: Es ist eine schlichte Selbstverständlichkeit, dass das weniger kostet, als Geld auszugeben, das die Empfänger behalten. – Das war also die zweite Kategorie: Plattitüden ohne notwendiges Expertenwissen.

Die dritte Kategorie fällt in die Abteilung „Verteuerungen“. Dabei geht es ja gerade nicht um Effizienz, mit der man Prozesse besser macht, sondern da kassiert man einfach nur mehr Geld von Menschen und Unternehmen ab. Das trifft zu, wenn Sie Vorschläge unterbreiten, Steuern und Gebühren zu erhöhen und somit für Mehreinnahmen zu sorgen. Das passt zwar in Ihre allgemeine Steuererhöhungsstrategie, die Sie verfolgen und die Sie auch mit der Verdoppelung der Grunderwerbsteuer sehr eindrucksvoll praktiziert haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, interessant ist aber nicht nur das, was Sie gemacht haben – dafür war es viel zu wenig –, sondern das, was Sie unterlassen haben bzw. hätten tun sollen, was aber dieses Team nicht geleistet hat. Sie haben sich nämlich keine Gedanken über eine ernsthafte Verwaltungsmodernisierung, über eine Aufgabenkritik und über den Abbau von viel zu viel bürokratischer Kontrolle gemacht. Das hätte nicht nur Geld eingespart, sondern wäre auch ein immenser Freiheitsgewinn für Menschen und Betriebe in unserem Land gewesen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben sich keine Gedanken gemacht, wie man sich auch von Landesbetrieben trennen und damit wirtschaftliche Risiken minimieren kann. Weiter haben Sie sich keine Gedanken darüber gemacht, dass man an der Großbaustelle BLB nicht nur ein bisschen daran herumschrauben sollte, sondern dass man den BLB in Gänze infrage stellen und Leistungen an den Markt vergeben könnte.

Sie haben sich keine Gedanken über die Minimierung der WestLB-Lasten gemacht. Da hätte es viele interessante Fragestellungen gegeben, die uns tagtäglich verfolgen: Fremdwährungskredite, Anspruchsverfolgung aus Schrottpapieren im Ausland, vermögensschonende Abwicklung ohne Insolvenzen von Tochtergesellschaften. Das alles wären substanzielle Punkte gewesen, die auch ein entsprechendes Volumen repräsentiert hätten.

Sie haben sich keine ernsthaften Gedanken über Stelleneinsparungen durch Lean Management, durch Prozessoptimierung oder durch flachere Hierarchien gemacht, also all das, was eine Verwaltung modern macht.

Sie haben einen letzten großen Bereich ausgelassen, mit dem Sie Einnahmen hätten erzielen können. Aber dadurch, dass die Wirtschaft an Ertragsstärke gewinnt ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralf Witzel (FDP): Wenn Sie sich, Herr Kollege, tatsächlich Gedanken über einen Entfesselungsimpuls gemacht hätten, wie wir mehr wirtschaftliche Dynamik schaffen, dann würde es wahrscheinlich allen besser gehen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Dann müssten wir nicht die Steuersätze erhöhen, und trotzdem würde das Steueraufkommen steigen.

Das wären anspruchsvolle Fragestellungen gewesen, denen Sie sich aber nicht gestellt haben. Da bleiben wir Ihnen auf den Fersen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn sich draußen die Sonne verfinstert, geschieht das doch aus dem Grunde, weil dies die sinnfreiste Aktuelle Stunde seit Langem in diesem Haus ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben jetzt seit fünf Jahren die Regierungsverantwortung, und wir haben in jedem Jahr die Nettoneuverschuldung konsequent gesenkt. Wir werden 2015 die Marke von 2 Milliarden € unterschreiten. Dazu haben auch die 214 Millionen € durch die Umsetzung der Vorschläge aus dem Effizienzteam beigetragen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Laschet fordert in jeder Talkshow „mehr Mut“ und will „alles auf den Prüfstand“ stellen. Das hören wir in jeder Rede der Opposition.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wenn die Landesregierung dann zu diesem Zwecke Experten einlädt, um darüber zu diskutieren, um alles auf den Prüfstand zu stellen und Einsparpotenziale zu finden – was machen Sie dann?

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch alles ausgeklammert!)

Sie versuchen, einen Vorgang zu skandalisieren, der im Bund ganz normal ist – im Schnitt gibt es 20 Expertengremien in einer Legislaturperiode –, ebenso in allen anderen Bundesländern.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben doch alles ausgeklammert! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Zwischenrufe bitte auf dem Niveau der Rede!)

Sie haben damals zu Ihrer Zeit Schnittenempfänger auf dem Petersberg gemacht, die wesentlich teurer waren und überhaupt nichts gebracht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Das wird nur noch von Kommissionen mit sinnfreien Slogans getoppt, etwa: „Zukunft ist gut für alle“, wobei man nicht genau weiß, ob das von Ihnen war oder von Dr. Udo Brömmle.

(Heiterkeit von Hans-Willi Körfges [SPD] und Minister Thomas Kutschatj)

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in ihrer letzten mittelfristigen Finanzplanung für dieses Jahr eine Neuverschuldung von 6 Milliarden € vorgesehen. Ja, Sie waren von weniger Steuereinnahmen ausgegangen, und ganz klar ist: Wir haben deutlich

mehr zur Verfügung, als Sie damals prognostiziert haben. Insofern ist es natürlich richtig, dass uns steigende Einnahmen und eine gute Konjunktur helfen.

Gleichzeitig haben wir da investiert, wo Sie uns die größten Baustellen hinterlassen haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Allein für die U3-Betreuung stellen wir in diesem Haushaltsjahr 2,3 Milliarden € zur Verfügung. Das ist eine 1 Milliarde € mehr als unter Minister Laschet. Wir haben jetzt 166.000 Plätze. Als wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, waren wir bei 75.000 Plätzen. Wir haben diese Zahl mehr als verdoppelt und trotzdem die Neuverschuldung gesenkt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir haben die Studiengebühren abgeschafft. Wir waren ganz vorn an der Spitze der Bewegung. Jetzt hat keines der 16 Bundesländer noch eine Campusmaut. Uns ist es gelungen, in den letzten vier Jahren den Anteil der Studierenden pro Jahrgang von 46 % auf 60 % zu erhöhen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Meine Damen und Herren, wir bilden zurzeit 26 % aller Studierenden in Deutschland aus.

(Ralf Witzel [FDP]: Reden Sie mal über die Abbrecherquote!)

Wir sind das Bundesland, das in Relation zu den Ausgaben am meisten in Wissenschaft und Hochschule investiert. Auch das gehört zur Wahrheit dazu!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zustimmung von Ministerin Svenja Schulze)

Das alles konnten wir tun, weil einerseits die Einnahmesituation besser ist, weil wir andererseits aber auch konsequent gespart haben. Bei jeder Maßnahme, die hier zur Debatte steht, waren Sie dagegen. Allein durch die Auswertung der Steuer-CDs haben wir Mehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden € erzielt. Es gibt 21.000 Selbstanzeigen; allein 2014 waren es 7.500. Diese 1,5 Milliarden € – ich erinnere mich noch an die Debatte, in der Sie den Finanzminister als „Hehler“ bezeichneten und Sie sich massiv dagegen ausgesprochen haben – sind alleiniges Verdienst dieser Landesregierung und des Finanzministers. Das muss man von Ihrer Bilanz abziehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Sie wollten nicht nur das nicht;

(Armin Laschet [CDU]: Herr Linssen hat damit angefangen! – Zuruf von der SPD: Erst

kaufen Sie selbst, dann beschweren Sie sich über uns!)

Sie haben zu jedem einzelnen Kürzungsvorschlag Nein gesagt. Das liegt in der Natur der Sache. „Oppositio“ bedeutet: das Entgegengesetzte.

(Zurufe von der FDP und Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Sie haben die angenehme Situation, dass das, was Sie fordern, nicht kongruent sein muss. Aber Sie überdehnen diesen Spagat schmerzhaft. Sie lehnen nicht nur jeden konkreten Sparvorschlag ab, sondern Sie sind fleißig dabei, mehr zu versprechen. Deswegen sind auch Ihre Reihen immer so leer, weil Sie durch Ihre Wahlkreise tingeln und allen alles versprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU)

Wir haben uns mal die Mühe gemacht, die Mehrausgabenwünsche der CDU in den Haushaltsberatungen zusammenzutragen. Wir kommen auf einen Betrag von über 3 Milliarden €. Ich bitte die Medienvertreterinnen und -vertreter, nachher bei der Debatte um den Nachtragshaushalt einmal darauf zu achten.

Ich nehme jetzt nur mal die Diskussion der letzten zwei Tage hier im Plenum und bei der Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Ich habe mir beim Kollegen Lürbke von der FDP notiert, dass er bei der Rede zum Nachtragshaushalt, als es um die Aufstockung der Sicherheitskräfte ging, Folgendes gesagt hat:

„Allerdings bleibt dieser Nachtragshaushalt doch eher ein Tropfen auf den heißen Stein. Er wird leider keinerlei wirklich nachhaltige Entlastung für die Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen bewirken.“

Ja, was ist denn die Konsequenz aus dieser Aussage?

(Ralf Witzel [FDP]: Eine Reduzierung der Absenkung!)

Fordern Sie mehr Stellen? Wo ist denn Ihr Antrag? Wo ist Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Etwas subtiler als Sie – das war bei der gemeinsamen Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, des Innenausschusses und des Unterausschusses Personal; die Sitzung dauerte bis 21:30 Uhr, also leider bis zum 2:0 für Turin – fragten Herr Sieveke und Herr Lohn beim Innenminister nach, ob das genug Stellen seien und ob das ausreiche. Er habe doch auch eine Mehrheit für mehr. – So geht es jedes Mal, so auch gestern bei der Debatte um Flüchtlinge und bei der Gesundheit.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Die Metabotschaft von Ihnen ist immer: Wir würden mehr machen, wir würden mehr Stellen schaffen, wir würden mehr Ressourcen bereitstellen usf. Das machen Sie in jeder Ausschuss- und in jeder Plenarsitzung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir müssen damit leben, dass Sie in Ihrer Rolle nicht kongruent sein oder rational handeln müssen. Dazu gehört für Sie offensichtlich auch, einen ganz normalen Vorgang zu skandalisieren.

Die Landesregierung hat für drei Jahre ein Effizienzteam eingesetzt. Auf Basis der Vorschläge dieses Teams sind strukturelle Einsparungen insbesondere bei den Förderprogrammen und bei den Landesbetrieben erzielt worden.

Es gab in den letzten zehn Jahren mehrere solcher Beratungsgremien. Sie hatten auch welche; über den Erfolg kann man streiten. Wir haben jetzt das Effizienzteam und Einsparungen von 214 Millionen €. Es hat mit dazu beigetragen, dass es einen Kurswechsel gibt.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

Die weiteren Vorschläge sind dem Parlament öffentlich zugänglich gemacht worden.

Wir müssen jetzt damit leben, dass Sie die Vorlage nutzen, um gegen jeden einzelnen Vorschlag zu polemisieren. Aber es sind Vorschläge. Der Abschlussbericht des Effizienzteams liegt nun vor. Es war ein Beratergremium, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und daheim! Herr Kollege Abel, vielen Dank für die Sachlichkeit, die Sie an den Tag gelegt haben, mit der Sie sich zumindest ansatzweise mit dem Bericht befasst haben, den Sie hier eigentlich hätten vollständig verteidigen müssen. Das war beim Kollegen Zimkeit leider nicht ganz so. Er sprach von der Schuldenkurve, der Senkung der Neuverschuldung. Eines steht fest, Herr Kollege Zimkeit: Das ist keine Folge der Arbeit des Effizienzteams, sondern, wie der Kollege Abel sagte, eine Folge der Mehreinnahmen, um es ganz klar auf den Punkt zu bringen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben dem Kollegen Abel scheinbar nicht zugehört!)

Seit Monaten kursiert hier im Landtag der Running Gag: Wo bleibt der Bericht des Effizienzteams? –

Jetzt ist er da, aber der Gag bleibt. Oder anders formuliert: Auch der Bericht ist nichts anderes als ein eher schlechter Scherz. Als Beispiel zitiere ich einen Satz von Seite 5 des Berichts:

„Ein Ergebnis der umfangreichen Untersuchungen des Effizienzteams war, dass es einfache, pauschale Lösungen für die Konsolidierungsherausforderungen nicht gibt.“

Derart tautologische Feststellungen ziehen sich durch den ganzen Bericht. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die verlangen dem Leser schon eine hohe Fremdschämtduldsanz ab.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vier Jahre nach seiner Einsetzung liegen nun Einsparvorschläge mit Wirkung ab 2018 in Höhe von jährlich 214 Millionen € vor. Das sind – Kollege Schmitz hat es bereits gesagt – 0,3 % des Landeshaushaltes, geht vom heutigen Stand aus. Das Effizienzteam hat über drei Jahre gearbeitet und Kosten in Höhe von 1,8 Millionen € produziert.

Effizienzteam, Effizienz, effizient oder doch eher ineffizient? – Kollege Witzel hat es schon gesagt: Es bleibt ein Ineffizienzteam. Außer Spesen nichts gewesen! Ich sage Ihnen schon jetzt: Im Prinzip, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch liebe Landesregierung, sollten Sie in Ihren Landesverbänden eine Sammelaktion durchführen und dafür Sorge tragen, dass der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen diese 1,8 Millionen € zurückbekommt.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vieles, was in dem Bericht steht, ist altbekannt, zum Beispiel: keine Zuschüsse für zinsgünstige Darlehen. Andere Bundesländer wie Niedersachsen machen das schon lange. Man hätte einfach mal mit den Nachbarn reden müssen. Man sitzt doch häufig genug zusammen, Herr Finanzminister.

Vieles in dem Bericht ist völlig unkonkret – ich nenne das Beispiel BLB –, und Vorschläge sind, falls überhaupt vorhanden, nicht durchformuliert und müssten teilweise, so steht es ebenfalls an mehreren Stellen in dem Bericht, „gutachterlich ausgelotet“ werden. Was hat das Effizienzteam denn dreieinhalb Jahre unter Einbeziehung der vielen Spezialisten und Experten, Externen – ich weiß gar nicht, woher die alle gekommen sind – getan? Wir wissen ja sowieso nicht alles. Das, was im Effizienzteam stattgefunden hat, ist ja ein arkaner Bereich gewesen.

Jetzt sehen wir in dem Bericht, was dort tatsächlich stattgefunden hat, und jetzt wissen wir auch, warum während der Arbeit des Effizienzteams nicht mehr nach außen getragen worden ist, nämlich weil möglicherweise diesem Mummenschanz schon vorher der Garaus gemacht worden wäre, und zwar vonseiten der Opposition.

Im Nachhinein wird man ohnehin noch betrachten müssen – und wir werden dazu wohl eine entsprechende gerichtliche Entscheidung bekommen –, wie mit der Opposition umgegangen wurde. Und wir werden damit letztendlich auch eine Entscheidung darüber bekommen, Frau Ministerpräsidentin, wie das mit der Politik der Einladung aussieht. Es wäre doch nur sinnvoll und einzig richtig gewesen, alle hier im Landtag vertretenen Fraktionen in die Überlegungen, wo Einsparpotenziale struktureller Natur gegeben sind, mit einzubeziehen.

Es nützt also nichts, liebe SPD, der CDU vorzuwerfen, was sie nicht tut, und umgekehrt nützt es natürlich auch der CDU nicht, den regierungstragenden Fraktionen vorzuwerfen, was sie nicht tun. Das bringt uns alle im Land nicht weiter. Dieser Bericht zeigt, dass auch das Effizienzteam dieses Land keinen Meter vorangebracht hat, sieht man einmal davon ab, dass PwC ein durchaus akzeptables Demografiegutachten erstellt hat, was im Wesentlichen den Bericht ausmacht.

Was Rot-Grün im Landtag beschließen wollte, war – das kann man dem Bericht entnehmen – sowieso tabu. Und wie es scheint, durften politische Wertentscheidungen, wie zum Beispiel der Wegfall der Studiengebühren und sodann die Verteilung der freien Mittel, schon gar nicht infrage gestellt werden.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Die Landesregierung wollte intelligente Sparvorschläge erarbeiten, fand aber im 65-Milliarden-€-Etat nur Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von jährlich 214 Millionen €. 145 Millionen € von den 214 Millionen € sollen bei den Förderprogrammen des Landes wegfallen, die weitgehend auf Darlehen umgestellt wurden. Das Gremium unter Vorsitz von Finanzminister Walter-Borjans empfahl 100 Einzelmaßnahmen, von denen die meisten in den Landesetat eingearbeitet seien. Tiefgreifende Strukturentscheidungen wie eine große Polizeireform oder die Umstellung von Landesbeamten auf Tarifbeschäftigte listete der Finanzminister zwar in der Pressekonferenz als weitergehende Optionen auf, wollte sie sich aber nicht zu eigen machen.

Das heißt also, das, was das Effizienzteam erarbeitet oder auch nicht erarbeitet hat, ist noch nicht einmal das, was die Landesregierung am Ende aus dem Bericht des Effizienzteams herausziehen möchte. Dann hätte man es auch gleich lassen können. Dann hätten auch die regierungstragenden Fraktionen und die Landesregierung mit den Ministerialapparaten dahinter arbeiten können. Das hätte doch völlig ausgereicht. Wofür sitzen denn in der Landesregierung bzw. in den Ministerien die Leute? Das muss man sich hier doch einmal ernsthaft fragen. Ist das nur ein reiner Verwaltungsapparat?

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Effizienz – Kollege Schmitz, Sie hatten es eben gesagt –, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit – im Bericht ist nichts davon zu erkennen, was der Name und die großspurigen Ankündigungen und Begleiterscheinungen verheißen haben. Das Ergebnis von 24 Sitzungen: im Verhältnis zu den Kosten praktisch nichts.

Hinzu kommt, dass das Effizienzteam für die gewählten Fraktionen des Parlaments – mit Ausnahme der Regierungsfaktionen – völlig intransparent gearbeitet hat und angeblich an mögliche Sparmaßnahmen herangegangen ist. Nichts davon ist zu sehen, meine Damen und Herren.

Im Prinzip könnte man diesen Bericht im Detail wahrscheinlich stundenlang auseinandernehmen, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Schulz (PIRATEN): ... um klar und deutlich aufzuzeigen, dass die Landesregierung, aber insbesondere auch die regierungstragenden Fraktionen – das muss ich leider sagen – hinsichtlich dessen, was das Effizienzteam uns verheißen hat, versagt haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn wir noch in der Vinylzeit wären, würde ich Herrn Schmitz raten, sich langsam eine neue Platte zu kaufen; denn Sie brauchen ganz dringend einen Plan B. Wer heute noch herumläuft und ankündigt, diese Landesregierung werde die Schuldenbremse nicht einhalten – bei dem Weg, den wir seit 2010 beschritten haben, und angesichts dessen, was Sie hinterlassen haben –,

(Lachen von der CDU)

müsste wirklich dringend im Plattenschrank nach einer neuen Platte suchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen bin ich bei dieser Debatte, die ich hier von der Opposition erlebe, geradezu dankbar, in einem Effizienzteam gesessen zu haben, das sich wirklich einmal mit Augenmaß mit dem Thema beschäftigt und sich einmal angeguckt hat, was von den vollmundigen pauschalen Ankündigungen, die Sie in Ihrer Regierungszeit gemacht haben und immer noch machen, zu halten ist.

Ja, Herr Witzel, wir haben uns mit Ihren Vorschlägen auseinandergesetzt. Dabei wird deutlich, was es heißt, wenn Sie einfach zig Millionen € in den

Raum stellen und sagen: Die kann man sparen; mal hier 5 %, mal da 80 Millionen €. – Wenn man sich das genauer ansieht, schmilzt das wie Eis. Jetzt komme ich auch noch auf die Sonnenfinsternis zu sprechen; eigentlich wollte ich sie nicht auch noch bemühen; das ist schon oft genug passiert. Hier scheint es aber auch eher der Mond gewesen zu sein, der sich davorgeschoben und das Klima stark beeinträchtigt hat.

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dieses Effizienzteam hatte nie die Aufgabe, den Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes zu leisten. Es leistet aber einen wichtigen Beitrag – das möchte ich hier noch einmal für die Zuhörerinnen und Zuhörer sagen – zu der bisher erfolgreichsten und anhaltendsten Haushaltskonsolidierung,

(Christian Möbius [CDU]: Was? Ach!)

die dieser Landeshaushalt in den letzten Jahrzehnten überhaupt erlebt hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Es ist 10:47 Uhr! Das ist der Höhepunkt der Sonnenfinsternis!)

Im Jahr 2015 – also auf der halben Strecke zwischen der Regierungsübernahme durch diese Regierungskonstellation und dem Jahr 2020, in dem der Haushalt ohne neue Schulden ausgeglichen werden muss – haben wir die seinerzeit geplante Neuverschuldung schon um 70 % gesenkt.

(Ralf Witzel [FDP]: Durch Steuererhöhung!)

Um nur ein Beispiel zu nennen: In dem letzten Haushalt, den uns die vorige Regierung hinterlassen hat, war es nötig, für jeden einzelnen Euro, der ausgegeben werden sollte, 15,5 Cent bei der Bank zu leihen. Wir sind jetzt bei einem Haushaltsentwurf, bei dem wir 3,3 Cent leihen müssen. Für das nächste Jahr haben wir einen Haushalt vorgeschlagen, bei dem es noch 2,2 Cent sind. Trotzdem stellen Sie sich hierhin und fragen: Wie wollt ihr eigentlich die Schuldenbremse einhalten? – Das ist der niedrigste Wert seit Jahrzehnten, der an Krediten gebraucht wird, um den Haushalt auszugleichen.

(Christian Möbius [CDU]: Alles Ablenkung!)

Noch nie ist die Neuverschuldung über fünf Jahre strukturell Schritt für Schritt heruntergefahren worden.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Wegen Steuererhöhungen!)

Sie von der Opposition leben von den drei Jahren Ihrer fünf Regierungsjahre, in denen die Neuverschuldung sank.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Aber das ist doch nicht Ihr Verdienst! – Zurufe von der CDU)

Die zwei Jahre danach haben Sie wahrscheinlich vergessen. Damals gab es keine Sonnenfinsternis. Sie nehmen die weltweite Hochkonjunktur bis 2008 für sich als Leistung der Landesregierung in Anspruch. Und dass Ihnen danach alles wieder aus den Händen gefallen ist, daran war dann die weltweite Finanzkrise schuld.

Dass diese Landesregierung seit fünf Jahren erfolgreich und solide konsolidiert, ohne sich – wie seinerzeit Schwarz-Gelb – bei den Kommunen zu bedienen,

(Beifall von der SPD)

dass wir unsere Aufgaben erledigen, Herr Witzel, und dass wir unsere Versprechen einhalten, ist für Sie offenbar etwas, von dem Sie glauben, damit die Menschen verunsichern zu können.

Wir kündigen an, dass wir die Studiengebühren abschaffen, und tun es auch noch. Sie halten es ja offenbar für unmöglich, dass so etwas passiert. Wir haben diese Versprechen eingehalten. Gleichzeitig haben wir die gute Lage – das ist überhaupt keine Frage – genutzt, um beides zu bewerkstelligen, nämlich den Haushalt zu konsolidieren und die Aufgaben zu erledigen.

Bitte vergessen Sie doch nicht, dass uns das nicht alles in den Schoß gefallen ist. Ich frage Sie nämlich: Wie wären Sie denn mit der Verfolgung von Steuerhinterziehung umgegangen? Was hat diese Landesregierung weit über die Landesgrenzen hinaus dazu beigetragen? Sie wollten das mit einem Steuerabkommen vernebeln

(Armin Laschet [CDU]: Das hat mehr Geld gebracht!)

und haben auf der Bundesebene behauptet, das ergäbe 10 Milliarden €. Davon wäre nichts herausgekommen. Unsere Aktivitäten haben hingegen dazu geführt, dass bundesweit jetzt schon 5 Milliarden € eingenommen werden konnten. Das sind die Ergebnisse.

(Beifall von der SPD)

Da ist mir ein Effizienzteam, das 200 Millionen € Einsparungen alleine im Förderbereich und anderen nahen Bereichen ankündigt und umsetzt, doch viel lieber als die von Ihnen eingesetzte Zukunftskommission, die von 8 Milliarden € geredet hat. Damals hatten Sie noch ein Jahr Zeit, etwas in die Wege zu leiten, bevor Sie abgewählt worden sind. Es ist nichts passiert. Nach Ihrer Aussage war da mal eben der Abbau von 30.000 Stellen drin. Weil es in diesem Vorschlag ja um gut bezahlte Menschen ging, hieß es dann auch, der Abbau von 30.000 Stellen führe zu Einsparungen von 3 Milliarden €. Da kann man ja 100.000 € pro Stelle rechnen. Da sind Sie ja echt wirklichkeitsnah und realitätsnah beraten worden!

(Beifall von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Mit den 1,8 Millionen €, die wir ausgegeben haben, haben wir mindestens – selbst wenn wir die anderen Werte, die entstanden sind, weglassen – 214 Millionen € erzielt. Sie hingegen haben die Millionen ausgegeben, um in zwei Petersberger Konferenzen großmäulig anzukündigen, was Sie tun wollen. Davon ist dann überhaupt nichts passiert.

(Beifall von der SPD)

Sie machen die perfide Rechnung auf, dass mehr als 200 Millionen € vom Haushaltsvolumen eingespart werden könnten – als ob man Pensionen, Zinsen und Ähnliches bei dem, was man einsparen kann, einfach mit einrechnen könnte! Jeder weiß doch, dass das nicht zu dem Einsparbetrag gehört. Wenn Sie aber schon so rechnen und sagen, es seien ja nur 0,33 % an Sparvorschlägen gekommen, müssen Sie auch erwähnen, dass es auch nur 0,0028 % gekostet hat. Das bedeutet, dass ein Vielfaches der eingesetzten Mittel schon realisiert worden ist.

(Christian Möbius [CDU]: Ich male mir die Welt, wie sie mir gefällt!)

Natürlich enthält der Bericht Vorschläge, die wir gemacht haben. Es ist doch gerade sein Wert, dass wir uns nicht von wirklichkeitsfremden, abgehobenen Leuten haben beraten lassen, sondern dass wir uns ausgetauscht haben. Ja, wir haben Vorschläge gemacht. Es ist der Bericht eines Teams, das über Effizienz reden soll. Effizienz heißt nicht, ob man ein Ziel verfolgt, sondern wie man es erreicht. Ob man es verfolgt, ist politische Entscheidung und bleibt politische Entscheidung.

Es wird nicht so sein, dass ein Effizienzteam hinget und der Landesregierung sagt: „Ihr schließt eine Klinik“, oder: Ihr macht dieses und jenes. – Aber alles auf den Prüfstand zu stellen, das lässt sich das Team nicht nehmen. Und die Landesregierung lässt es sich nicht nehmen, aus den 100 Vorschlägen diejenigen auszuwählen, die sie für praktikabel, für zielführend hält, und diejenigen zu verwerfen, bei denen sie nicht dieser Meinung ist.

Das Gesamtergebnis – das kann ich nur noch einmal wiederholen – hatte noch eine Qualität: In einem Effizienzteam wird auch erkennbar, was in einem Land schon effizient gehandhabt und wo effizient gehandelt wird ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: ... und deshalb nichts mehr einzusparen ist. Das ernüchtert an vielen Stellen, wenn man das mit Ihren großmäuligen, großspurigen Ankündigungen vergleicht, die sich aber bei näherer Betrachtung in Luft auflösen.

So, wie beschrieben, haben wir in diesem Team gearbeitet. Ich bin dem Team dankbar dafür und glaube, das hat uns als ein Baustein der bislang erfolgreichsten Konsolidierung ein ganzes Stück weitergebracht. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Bevor ich Herrn Dr. Optendrenk für die CDU-Fraktion das Wort erteile, möchte ich Sie gerne darüber informieren, dass es im Laufe der Abarbeitung der heutigen Tagesordnung eine Veränderung gibt.

Unter Tagesordnungspunkt 3, Stichwort „Volksfestkultur/fliegende Bauten“, standen ursprünglich zwei Anträge zur Debatte, einer von der FDP und einer der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Mittlerweile haben sich vier der im Haus vertretenen Fraktionen darauf verständigt, einen gemeinsamen Antrag einzubringen. Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Dieser gemeinsame Antrag liegt jetzt vor. Er trägt die Drucksachennummer 16/8234 und wird gleich verteilt. Die beiden Ursprungsanträge werden zurückgezogen und durch den neuen Antrag ersetzt.

Die Fraktion der Piraten hat sich bereit erklärt, dieses Verfahren mitzutragen. Ich erwähne das jetzt schon, damit unter Tagesordnungspunkt 3 keine Irritationen entstehen, kein Missverständnis auftritt, kein Remonstrieren einsetzt. Die Redeliste bleibt aber so, wie sie ausgedruckt ist. – Das nur, damit alle Bescheid wissen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE] und Sven Wolf [SPD])

Herr Dr. Optendrenk, vielen Dank für Ihr Verständnis. Sie haben jetzt das Redepult.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bezeichnend, dass der Minister heute nicht die Gelegenheit genutzt hat, dem Parlament die wesentlichen Ergebnisse des Effizienzteams vorzustellen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Dafür haben wir doch eine Ausschusssitzung! – Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Er hat sich stattdessen dafür entschieden, Nebelkerzen zu werfen und Märchen von der Haushaltskonsolidierungsleistung der Landesregierung seit 2010 zu erzählen. Anschließend hat er dann auch noch erklärt, das sei im Grunde die längste Phase von Haushaltskonsolidierung, weil man das mit der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 ja gar nicht so sehen könne.

Da kann ich nur sagen: Das ist eine derartige Form von Wirklichkeitsverweigerung, dass es einem schon den Atem verschlägt, Herr Minister.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh!)

Wenn man sich anschaut, was seinerzeit die Ursachen waren, warum die Landesregierung mit diesem Propagandainstrument begonnen hat, dann verweise ich auf die Zitate von damals. Journalisten haben kommentiert, dass es sich bei dem damaligen Finanzminister offensichtlich eher – jedenfalls bei seinen Erfahrungen in Münster, so das Zitat – um einen notorischen Verfassungsverbrecher denn um einen Haushaltskonsolidierer handele.

(Beifall von Christian Möbius [CDU])

Ich will mir das Zitat als solches ausdrücklich nicht zu eigen machen, aber so stand es in der Zeitung.

Die Vorstellung des Berichts des Effizienzteams, den nicht das Effizienzteam vorgelegt hat, sondern den Sie vorgelegt haben, ohne dass in dem Bericht selbst ein Absender steht,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Er ist Vordenker!)

ist in der Tat ein Beispiel dafür, was passiert, wenn man mit ganz großen Worten anfängt und anschließend an den Taten gemessen wird.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat Herr Röttgen auch gemerkt!)

Sie haben sich vier Jahre hinter dem Effizienzteam versteckt. Ich erinnere an die Pressemitteilungen, die Sie 2011 herausgegeben haben: 2012 soll ein neu gebildetes Effizienzteam unter der Federführung des Finanzministeriums die Suche nach möglichen Ausgabekürzungen weiter intensivieren. – Das liest sich im Abschlussbericht ganz anders. Eben haben Sie erzählt, dass Effizienz ja nicht Ausgabekürzungen heißt. Dann schauen Sie mal in Ihre Presseerklärung vom 15. Februar 2011. Damals war das noch anders.

Dann gab es weitere Presseklärungen von Ihnen, zum Beispiel am 10. März 2011. Danach sollte das Effizienzteam die Sparpotenziale ermitteln und den Haushalt durchforsten. Schon beim Haushalt 2012 sollten in größerem Umfang verstärkt Einsparungen erzielt werden. Davon ist heute nicht mehr die Rede, und Sie wissen, dass damals keine Einsparvorschläge in Ihren Haushalt 2012 eingeflossen sind. Da war nichts.

„Ein Effizienzteam wird am morgigen Mittwoch damit beginnen, weitere Sparpotenziale im Landeshaushalt zu identifizieren“, wurde zwei Wochen später erzählt.

Ein halbes Jahr später, am 22. Juli 2011, wurde erklärt, dass es nach der Landtagswahl eine neue Auflage geben würde. Da sollte das Effizienzteam

„Struktur und Volumen des Landeshaushalts grundlegend auf den Prüfstand stellen und Konsolidierungspotenziale ermitteln“, die dann ab 2013 wirksam werden sollten. Da war nicht mehr die Rede davon, dass es nur um eine effiziente Aufgabenerfüllung geht.

Zwischendurch haben Sie dann auch gemerkt, dass das alles ein bisschen mühsamer ist, als Sie es 2011 der Presse erzählt haben. Weil Sie selbst 2011 mit solchen Äußerungen, wie ich sie zitiert habe, diese Erwartungen geweckt haben, müssen Sie sich bei diesem Bericht und bei der Debatte heute genau daran messen lassen, Herr Minister.

(Beifall von der CDU)

Daran gemessen kann man nur sagen: Die Vorschläge, die Sie vermeintlich als Vorschläge des Effizienzteams umgesetzt haben, die zehnmal vorher diskutiert worden sind – die Umstellung von Förderprogrammen von verlorenen Zuschüssen auf Darlehen –, sind keine Erfindung des Effizienzteams. Das ist auch da nicht das erste Mal geprüft worden, das sind alte Kamellen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: So ist es!)

Dafür hätten Sie das Effizienzteam nicht gebraucht, da hätten Sie nur Ihre Haushaltsabteilung fragen müssen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Schulz [PIRATEN] – Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Warum haben Sie das denn nicht beantragt, Herr Kollege?)

Wenn Sie bei der Beamtenbesoldung Kürzungen vornehmen und anschließend nur so weit kürzen, wie es das Verfassungsgericht zulässt, damit in Münster aber wieder auf die Nase fallen, können Sie nicht anschließend sagen: tolle Arbeit des Effizienzteams. – Ich hätte gerne mal gesehen, dass die sich das zu eigen gemacht hätten.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich hätte auch gerne mal gesehen, was aus den ständigen Nachfragen nach Transparenz wird. Warum machen Sie denn einen Bericht, in dem Sie prosaisch beschreiben, was man alles untersucht hat, und legen immer noch nicht offen, was und auf welcher Basis das Effizienzteam tatsächlich untersucht hat? Das haben Sie immer noch nicht getan.

Stattdessen haben Sie ein Fazit geschrieben, aus dem ich gerne einen Satz zitieren möchte: „Das Effizienzteam hatte weder den Auftrag noch die Absicht, politische Wertentscheidungen infrage zu stellen“ – als wenn Sie alle politischen Wertentscheidungen schon vorgegeben hätten. Das hört sich so an wie der Satz mit der Mauer: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.

(Norbert Römer [SPD]: Oh! Das war aber daneben!)

Das Effizienzteam hat also in 2014, Herr Minister, nichts zu melden als: Außer Spesen nichts gewesen. Sie haben das dann auf über 100 Seiten zusammengefasst.

Sie haben einen Offenbarungseid der Einsparmöglichkeiten im Landeshaushalt aus Ihrer eigenen Sicht, aus Sicht der Landesregierung geschrieben. Das allerdings diesem Effizienzteam anzuhängen, das halte ich schon für ein bisschen gewagt. Sie haben ihm nämlich offensichtlich im Nachhinein vorgegeben, dass es bestimmte Vorschläge gar nicht machen darf. Sie haben die Themen „Kindergartengebühren“, „Studiengebühren“ und Ähnliches selbst angesprochen.

(Minister Dr. Norbert Walter-Borjans: Ja!)

Wenn man aber erklärt: „Ich habe so viele Tabus, wo ich nichts einsparen will“, dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn man anschließend sagt: Dann können eben nur andere Vorschläge kommen. – Und die haben Sie dann auch nicht umgesetzt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist echt gaga! Glauben Sie, dass wir die Studiengebühren wieder einführen? Wie oft wollen Sie das noch sagen?)

Frau Beer, Sie haben zum Beispiel nicht hineingeschrieben – die Kollegen Mostofizadeh, Römer, Priggen und Börschel auch nicht –, dass man über die Frage des Abbaus von Bürokratie – Bürokratie, die Sie mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz und vielem mehr selbst aufgebaut haben – mal hätte reden müssen. Das hat Ihnen die Clearingstelle Mittelstand vorhalten müssen. An der Stelle haben Sie aber gekniffen.

Und weil Sie gekniffen haben, ist dieser Abschlussbericht des Effizienzteams eine Mogelpackung. Sie werden jetzt vor der Aufgabe stehen, dass das Einsparen im Landeshaushalt eben nicht nur auf der Einnahmenseite über Steuereinnahmen, die Ihnen zugefallen sind, geschehen kann. Sie können auch nicht mehr darauf hoffen, dass die Zinsen noch weiter fallen. Wohin sollen sie denn fallen? Und dann hat das Umschulden auch mal ein Ende.

Ich sage Ihnen ganz eindeutig: Dieses Effizienzteam war eine propagandistische Mogelpackung. Als solche ist sie entlarvt worden. Damit stehen wir heute auch am Ende dieser Debatte: Sie müssen jetzt selbst sparen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Börschel.

(Unruhe und Zurufe von der CDU und der FDP)

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin geradezu gerührt, welch große Freude ich Ihnen machen kann.

(Beifall von der SPD)

Sehr schön! Wenn es nur daran liegt, gerne wieder; denn ich finde, dass wir unsere politischen Beratungen in einer angenehmen Atmosphäre durchführen sollten. Und wenn ich einen bescheidenen Beitrag dazu leisten kann, mache ich das gerne.

(Heiterkeit)

Ich hoffe sehr, dass Sie auch am Ende meiner Ausführungen noch so begeistert von dem sind, was ich Ihnen gern mit auf den Weg geben würde.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Die Sonnenfinsternis geht gerade zu Ende!)

Denn eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist doch auch in dieser Debatte mal wieder deutlich geworden: Je tiefer die Opposition in die Mottenkiste von Plattitüden greifen muss, umso weniger hat sie selbst beizutragen.

(Beifall von der SPD)

Was haben wir hier alles an platten und plumpen Sprüchen und Zuschreibungen gehört, die wirklich jeder Substanz entbehren. Wir wären doch dankbar dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn wir hier endlich mal über substanzielle Vorschläge von Ihnen reden könnten, statt uns nur mit irgendwelchen Sonnenfinsternisgleichnissen aus früheren Jahrhunderten beschäftigen zu müssen. Dazu ist unsere Zeit wirklich zu schade.

(Beifall von der SPD)

Da Sie uns, Herr Kollege Optendrenk, gerade noch einmal das Etikett „notorische Verfassungsbrecher“ um die Ohren geschlagen haben, will ich Sie kurz kurz an ein aktuelles Ereignis erinnern. Vor dem Bundesverfassungsgericht Schiffbruch zu erleiden ist nun wirklich eine sehr seltene Auszeichnung, die man bekommen kann. Es war Ihre schwarz-gelbe Landesregierung, die jetzt gerade mit dem Kopftuchurteil die letzte große Klatsche kassiert hat. Meine Güte, nehmen Sie doch mal zur Kenntnis, dass man mit solchen Dingen nicht immer so leichtfertig umgehen sollte, wie Sie das hier tun!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man sich also mit dem Landeshaushalt und auch mit der Arbeit des Effizienzteams auseinandersetzen will, dann, glaube ich, kommt man nicht umhin, sich wenigstens ein bisschen mit dem zu beschäftigen, was Absicht war und auch immer transparent als Absicht der Öffentlichkeit übermittelt wurde und wie es dann umgesetzt wurde. Und das will ich gerne tun.

Es stand nämlich schon in beiden Einsetzungsbeschlüssen zum Effizienzteam durch die Regierung –

zuletzt im Juni 2012 –, dass es natürlich um eine Beratung der Regierung geht – was denn sonst? – und dass es natürlich darum geht, sich im Rahmen politischer Zielsetzungen zu bewegen. Auch dazu sage ich: Was denn sonst? Glauben Sie denn im Ernst, ein Effizienzteam wäre dazu da, die Politik der Opposition in Zahlen und Fakten zu gießen? Nein! Das ist weder unsere Aufgabe noch unser Wille. Denn wir sind stolz darauf, dass wir uns in der Koalition von SPD und Grünen beim Punkt „Vorfahrt für Bildung und Betreuung“ von Ihnen unterscheiden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ja, wir freuen uns darüber. Das werden wir auch immer wieder deutlich artikulieren. Denn diese Themen müssen eben nicht fiskalisch, sondern politisch entschieden und aufbereitet werden. Genau in diesem Bereich setzen wir einen Schwerpunkt. Wenn das anders ist, als Sie das wollen, dann sagen Sie das den Menschen – und Sie werden die Quittung einmal mehr dafür bekommen.

Da die Rede davon war, dass diese jahrelange Beschäftigung mit dem Landeshaushalt und dessen Einzelteilen doch so teuer gewesen sei, will ich Ihnen eine ganz kleine Rechnung nicht ersparen.

Wenn die Arbeit des Effizienzteams einmalig 1,8 Millionen € kostet und dauerhaft strukturell, also Jahr für Jahr, zu mindestens 214 Millionen € Einsparungen führt, dann sind das Kosten von einmalig weniger als 1 % verglichen mit dem, was jährlich addiert an Einsparungen herauskommt. Da frage ich mich allen Ernstes: Wo ist eigentlich das Problem? Wenn Sie in Ihrer Regierungszeit nur halbwegs so effizient gearbeitet hätten und in Ihrer jetzigen Oppositionszeit nur halb so effizient arbeiten würden, wären die Probleme des Landes, die wir jetzt abarbeiten müssen, deutlich kleiner.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte Sie noch mit einem weiteren Vergleich behelligen: 214 Millionen € Mindesteinsparungen durch die Arbeit des Effizienzteams, mit denen wir rechnen können bzw. die schon umgesetzt sind oder sich in der Umsetzung befinden, sind mehr als 10 % der Nettoneuverschuldung, die noch für dieses Jahr prognostiziert sind. Auch dazu frage ich Sie allen Ernstes: Wo ist eigentlich das Problem? Wenn man 1,9 Milliarden € Nettoneuverschuldung hat und 214 Millionen € abbauen kann, dann ist das eine Menge Holz, die Sie selbst zur besten Zeit Ihrer Regierung nicht geschafft haben. Das ist, glaube ich, schon der Rede wert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Rest – das will ich ganz ehrlich sagen – ist ein mühsamer Weg, wenn der Landeshaushalt bis 2020, was nach wie vor die feste Absicht und der Wille von Regierung und regierungstragenden Fraktionen ist – es wird auch so kommen –, ohne Neu-

verschuldung auskommen soll. Das wird nicht gehen, indem man sich nur Plattitüden um die Ohren haut, sondern dann muss man sich tatsächlich sehr intensiv mit jedem Einzelfall, mit jedem Titel dieses Landeshaushaltes beschäftigen, muss dabei auch die Fakten zur Kenntnis nehmen und darf sie nicht ignorieren.

Sie müssten doch eigentlich genauso gut wie wir wissen, dass über 40 % des Landeshaushaltes durch Personalausgaben gebunden sind. Auch Sie müssten zur Kenntnis nehmen – das ist ein Faktum und keine Propaganda –, dass Nordrhein-Westfalen schon jetzt die geringsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer im deutschen Vergleich hat. Damit will ich überhaupt nicht sagen, dass nicht noch mehr gehen kann. Wer gut ist, kann auch noch besser werden. Aber man darf doch nicht wie Sie den Eindruck erwecken, als hätte es am mangelnden Willen gelegen, sondern man muss sich schon in die Sachen reinknien und sich mit ihnen ernsthaft beschäftigen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist der Größenvorteil!)

Ich will Ihnen nur mal einen einzigen Punkt als kleinen Beleg nennen.

Wenn wir uns zum Beispiel für die Beratung der Regierung, die daraus dann ihre Schlüsse ziehen und sie gegebenenfalls dem Parlament zur Beratung und Beschlussfassung zuleiten muss, damit beschäftigen: „Wie sieht eigentlich der Vergleich von Tarifangestellten und Beamten kostenmäßig aus?“, müssen doch zunächst mal die Fakten auf dem Tisch des Hauses liegen. Ob Ihnen das gefällt oder nicht: Das ist nun mal so.

Die Angelegenheit ist durchaus komplizierter, als man das manchmal glauben mag. Man will die fiskalischen Kurz- und Langfristelemente ja ernsthaft analysieren. Die hängen etwa vom Familienstand, von der Anzahl der Kinder, vom Eintrittsalter in den öffentlichen Dienst, von der Lebenserwartung ab. Wenn man all das zur Grundlage macht, wird klar: Ganz so einfach und stereotyp sind die Antworten, die man sich vielleicht erhofft haben mag, nun auch wieder nicht.

Aber wir haben die Fakten analysiert. Und jetzt ist es tatsächlich Aufgabe der Regierung und des Parlaments, daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Einbeziehen in diese Frage muss man aber selbstverständlich, dass Nordrhein-Westfalen – ich bleibe bei der Astronomie – nicht der einzige Fixstern in Gottes Universum ist, sondern es gibt auch noch andere. Es gibt andere Arbeitgeber, es gibt andere Bundesländer. Und selbstverständlich ist in diese Fragestellung auch miteinzubeziehen: Was machen denn die anderen? Verschlechtern wir möglicherweise in einem demografisch ohnehin schwieriger werdenden Umfeld zur Gewinnung von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unsere

Position? Das muss man zumindest miteinbeziehen, ob einem das gefällt oder nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich meine, man darf auch von Ihnen erwarten, sich konstruktiv auf einen solchen Weg zu begeben.

Ich möchte mit dem „Gipfel der Unverfrorenheit“ schließen, den die Opposition uns hier eben noch mit auf den Weg gegeben hat, nämlich dass der Bericht des Effizienzteams zu großen Teilen von der Opposition abgeschrieben sei; Herr Witzel hat das gerade gesagt. Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder steht in dem Bericht nichts drin, oder wir haben von Ihnen abgeschrieben.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Nur eines ist überhaupt theoretisch denkbar. Ich kann Ihnen jedoch versichern: Beide Vorwürfe treffen nicht zu.

Ich möchte Ihnen Folgendes mit auf den Weg geben: Sie bringen es tatsächlich fertig, die einzige Opposition in Deutschland zu sein, die es jeden Tag aufs Neue, nachhaltig, fortgesetzt und immer wieder schafft, gleichzeitig mehr Einsparungen und mehr Ausgaben zu fordern. Das schaffen nur Sie. Stolz darauf sollten Sie nicht sein. – Danke.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Börschel. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Wedel.

Dirk Wedel (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Abschlussbericht des Effizienzteams ist – wie die rot-grüne Haushaltspolitik insgesamt – eine einzige Enttäuschung: unambitioniert, uninspiriert und ungeeignet, das Ziel einer nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts zu erreichen. Das, was Sie uns hier nach mehr als zweieinhalb Jahren präsentieren, also knapp ein Dreivierteljahr nach Beendigung der Arbeit des Effizienzteams, ist vom Umfang her so dünn, dass Sie sich dazu veranlasst gesehen haben, die vor mehr als zwei Jahren mit Vorlage 16/333 vom 31. Oktober 2012 veröffentlichten PwC-Gutachten im wahrsten Sinne des Wortes einzubinden, um zumindest Broschürenformat zu erreichen.

Dass der Inhalt ebenso dünn ist, haben Sie auch selbst gemerkt. In der Einleitung und im Fazit verwenden Sie deshalb die größte Mühe darauf, Ihr Scheitern zu kaschieren, indem Sie Ihr Hauptaugenmerk darauf richten, zu begründen, weshalb nicht so viel gespart werden sollte und NRW im Ländervergleich eigentlich bereits jetzt glänzend dasteht. Mit dieser Wahrnehmung stehen Sie allerdings ziemlich allein.

Da stellt sich umso mehr die Frage, welche Vorschläge Ihnen eigentlich Baker Tilly Roelfs und

Ernst & Young gemacht haben, die von Ihnen für Beratungsleistungen sechsstellige Summen erhalten haben. Dazu werden wir von Ihnen aber nur dann eine Antwort bekommen, wenn Sie durch den Verfassungsgerichtshof dazu gezwungen werden sollten.

Für die Zukunft stellen Sie dann konsequenterweise auch nichts in Aussicht. Denn – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

„Der vorliegende Abschlussbericht bietet eine Übersicht über die vom Effizienzteam erarbeiteten und im Wesentlichen bereits umgesetzten Vorschläge ...“

Im Klartext: Da kommt also auch nichts Wesentliches mehr.

Im Fazit stellen Sie deshalb fest – ich zitiere –:

„Das Effizienzteam hatte weder den Auftrag noch die Absicht, politische Wertentscheidungen in Frage zu stellen.“

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja!)

Wohl deshalb brauchten Sie auch unbedingt die Vorsitzenden der Regierungsfaktionen als Mitglieder im Effizienzteam. Da ist Ihre Argumentation in sich überhaupt nicht schlüssig, Herr Minister. Sie haben ja gerade gesagt: Um das politisch abzustimmen, müssten die da drinsitzen. – Wozu aber, wenn es politisch gar nichts abzustimmen gibt?

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, selbst bei manchen in dem Abschlussbericht aufgeführten Positionen in den Bereichen „Förderprogramme“ und „Landesgesellschaften“, die angeblich priorisiert bearbeitet wurden und einen Großteil der personellen Kapazitäten des Effizienzteams gebunden haben sollen, handelt es sich um bloßen Etikettenschwindel. Sogar bloße Anpassungen von Veranschlagungen an Istausgaben sollen der Öffentlichkeit als strukturelle Einsparungen verkauft werden.

Hätten Sie sich mal der Mühe unterzogen, einen Blick in den Bericht über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 04, Vorlage 16/2281, zu werfen, hätte Ihnen etwas auffallen müssen: Mit der 2013 erfolgten Kürzung des Kostenansatzes der nachsorgenden Betreuung entlassener Gefangener in forensischen Ambulanzen um 1 Million € auf 936.000 € wurde lediglich Luft aus dem Haushalt gelassen. Da das Justizministerium die insoweit realistischen Ausgaben auf gerade einmal 500.000 € taxiert, weist der Ansatz also immer noch einen Puffer von über 400.000 € auf.

Wenn man sich dann beispielsweise die Vorschläge des Effizienzteams zu den großen Landesbetrieben anschaut, erscheint es noch im Nachhinein als bodenlose Frechheit,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

wie die Haushaltspolitiker der Regierungsfractionen, die ihre Aufgabe offensichtlich in erster Linie darin sehen, die Opposition zu beschimpfen, in den Haushaltsberatungen regelmäßig den Konkretisierungsgrad von Anträgen der Opposition kritisiert haben.

Die vom Effizienzteam vorgeschlagenen Maßnahmen wie – ich zitiere – „Optimierung des Wirtschaftswalds“ oder „Sonstige Ertragssteigerungen/Aufwandsminimierungen im hoheitlichen Bereich“ beim Landesbetrieb Wald und Holz bleiben völlig im Nebulösen.

Auch der CIO war in der letzten Sitzung des Unterausschusses „Landesbetriebe und Sondervermögen“ nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wo und wie die ihm zugeordneten 7,5 Millionen € erwirtschaftet werden sollen.

Beim Thema „BLB“ schmücken Sie sich auch noch mit fremden Federn, wenn Sie von der vom Effizienzteam geforderten Unterbringungsrichtlinie sprechen. Diese hat der Landesrechnungshof bereits im April 2013 im Bericht über die Prüfung des Neubaus des Landeskriminalamts gefordert.

Meine Damen und Herren, zieht man einen Strich unter die Arbeit des Effizienzteams, dann bleibt festzustellen: Mit diesem Abschlussbericht haben Sie das Scheitern der rot-grünen Haushaltspolitik dokumentiert. Die juristische Niederlage wird hoffentlich noch folgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wedel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dann brauche ich gar nicht mehr zu erklären, was ich eben mit meinem Beitrag meinte: dass die Opposition insinuiert und immer mehr fordert.

Während wir zugehört haben, kam ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU: Kein Stückwerk bei innerer Sicherheit. – Dieser Entschließungsantrag hat nur einen Feststellungsteil. Es gibt überhaupt keine konkreten Maßnahmen. Darin findet sich genau das Schema wieder, das ich eben meinte. Sie schreiben: Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Polizei und der Verfassungsschutz gestärkt wird. Gleichwohl – unter Punkt 2 – führt das zu einer Schwächung der Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden.

Dann wäre es doch logisch, zu sagen – und hier auch mal Farbe zu bekennen –, wie Sie das, was Sie von uns gemeinsam feststellen lassen wollen, lösen wollen. Wo ist Ihr konkreter Finanzierungsantrag? Wo ist Ihr Gegenfinanzierungsvorschlag?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Peer Steinbrück sagte dazu immer: was nicht gefordert, sondern was insinuiert wird. – Das kommt auch auf die Liste, die wir zusammengestellt haben; das kommt dann noch auf die 3,2 Milliarden € drauf.

Herr Dr. Optendrenk hat die „Oldie but Goldie“-Forderung nach den Studienbeiträgen noch einmal gebracht. Da frage ich mich immer: Wenn Sie ernsthaft fordern, die wieder einzuführen und als Einsparpotenzial zu verbuchen, gleichzeitig aber auch in jeder Sitzung des Wissenschaftsausschusses bemängeln, dass die Hochschulen zu wenig Geld haben, dann muss Ihnen doch klar sein, Herr Dr. Optendrenk, dass das ein Nullsummenspiel für die Hochschulen sein wird.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie 250 Millionen € mit Studienbeiträgen einsparen wollen, dann verlagern Sie das zulasten der Studierenden. Sie müssen die 250 Millionen €, um einen Einspareffekt zu erzielen, den Hochschulen doch wieder wegnehmen. Die Hochschulen haben dabei doch gar nichts gewonnen.

(Zuruf von der CDU)

Erinnern Sie sich mal, wie Sie in den Wahlkampf gegangen sind: Röttgen hat noch gesagt, Sie würden die Studienbeiträge nicht wieder einführen, die Leute könnten sich darauf verlassen. – Auf Sie kann man sich ja noch nicht mal in der Opposition verlassen. Sie halten Ihre Versprechen ja noch nicht mal in der Opposition, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Herr Witzel und Herr Wedel, wenn Sie von Bürokratieabbau und Effizienz sprechen, ist das so – es tut mir leid –, als wenn der Blinde von der Farbe redet.

Ich komme gerne zurück auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Ralf Witzel mit der Drucksache 16/6497: „Personalwirtschaftlicher Umgang mit Handy, Smartphone, Laptop, Token & Co.“ Herr Witzel, wenn Sie die Landesregierung dann fragen – ich zitiere aus der Kleinen Anfrage –:

„Wie hat sich die Ausstattung von Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen speziell in den Ministerien durch den Arbeitgeber Land mit mobilen Telekommunikationsgeräten in den letzten vier Jahren jeweils jährlich differenziert nach Ressort, Laufbahn und dienstlicher Funktion entwickelt? (bitte unter Nennung der Anzahl von Geräten und betroffenen Personen, um Doppelnennungen bei Mehrgeräteüberlassungen beurteilen zu können)“

Und wenn Sie dann noch ernsthaft von Effizienz und Bürokratieabbau reden, ist das doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Getoppt wird das eigentlich nur noch durch Ihre Kleine Anfrage Drucksache 16/8207. Ich habe zweimal hingucken müssen. Sie trägt den Titel:

„Sexvideo „Endstation! Alles aussteigen bitte.“ oder das unromantische Ende eines Bürgerentscheids zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 105 mitten im Ruhrgebiet“

Das ist wirklich eine Perle des parlamentarischen Betriebs. Wir sind alle gespannt – Herr Minister Groschek ist jetzt leider nicht anwesend –, wie der Verkehrsminister die Frage beantwortet:

„Hält Verkehrsminister Groschek das Sexvideo für ein geeignetes Medium, um den von ihm so formulierten Zielen ... gerecht zu werden?“

Das ist an Lächerlichkeit doch nun wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Witzel, Sinn der Anfrage ist ja, dass ein städtischer Betrieb eine Werbekampagne macht. Wenn Sie sich dafür wirklich interessieren, muss man sich wirklich fragen: Wo waren Sie denn dann bei der Messe Essen, als Mitarbeiter der Messe Essen, als es um den Bürgerentscheid ging, Plakate geklebt und Flyer verteilt haben? Das hat Sie nicht interessiert, wahrscheinlich weil die kein Video gemacht haben.

Zu dem Punkt, den Herr Kollege Wedel zum Schluss genannt hat: die Untersuchung durch PricewaterhouseCoopers. Das ist ein Vergleich aller 16 Bundesländer. Das ist etwas, was uns allen zu denken geben sollte, wo wir Sie als Opposition fragen, wie Sie dazu stehen.

In relevanten Zukunftsbereichen ist das Gefüge eben auseinandergedriftet. Nordrhein-Westfalen leistet aus eigener Kraft mehr als alle anderen Bundesländer. Da ich keine Redezeit mehr habe, beschränke ich mich auf den Hochschulbereich.

Wir bilden 26 % aller Studierenden aus. Wir bekommen für den Hochschulneubau aber nur 15 % der Bundeszuschüsse. Nach dem Königsteiner Schlüssel erhalten wir nur 21 % der Mittel für Wissenschaft und Forschung. Wir sind ein solidarisches Land, wir leisten mehr aus eigener Kraft. Dann brauchen wir auch Hilfe. Wir müssen das Bundesländer-Finanzgefüge neu ordnen. Und das sind die Hausaufgaben. Sie sollten das nicht einfach so abtun, sondern sich ernsthaft damit auseinandersetzen. Denn da sind wir alle gefragt, egal, wer gerade die Regierung trägt. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die Piratenfraktion spricht der Abgeordnetenkollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Der Titel dieser Aktuellen Stunde heißt: „Was bleibt von den Vorschlägen des sogenannten ‚Effizienzteams‘ übrig?“ 80 %, vielleicht auch nur 70 % dieser Debatte haben sich mit dem Thema überhaupt nicht befasst – um das mal festzuhalten.

Der Kollege Wedel hat es eigentlich auf den Punkt gebracht: Es kommt nichts mehr!

(Beifall von Dr. Marcus Optendrenk [CDU])

Es ist alles bereits vollbracht gewesen zu der Zeit, als das Effizienzteam gearbeitet hat.

Was hat es gearbeitet? – Die Menschen im Land sollen begreifen – und dem dient doch diese Aktuelle Stunde –, was da gearbeitet worden ist, was für Ergebnisse herausgekommen sind. Dann könnten wir uns damit auseinandersetzen. Aber hier wird drum herumgeredet. Jeder hier redet drum herum. Ich vielleicht auch. Die Kollegen der regierungstragenden Fraktionen werden sich ja kaum hierhin stellen, sich mit dem Bericht ernsthaft auseinandersetzen und ihn hier rechtfertigen.

Dann müssten Sie nämlich in die Einzelaspekte gehen, zum Beispiel in den Aspekt „Schulaufsicht“. Die Menschen im Lande müssen einfach mal erfahren, was in diesem Effizienzteam gemacht worden ist und wie das mit der Landesregierung, den regierungstragenden Fraktionen und der Opposition zusammenhängt.

Im Mai 2014 hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung unter anderem dem zuständigen Landtagsausschuss einen explizit auf die Schulaufsicht ausgerichteten Bericht über die Auswirkungen des Schulkonsenses vorgelegt.

Jetzt kommt das Effizienzteam. Und was macht das Effizienzteam? – Es regt an, ein Gutachten zu Aspekten der Effizienzaufgabenwahrnehmung und Rollenklärung der Schulaufsicht zu vergeben. Hört, hört! Das Effizienzteam will ein Gutachten über Effizienz haben.

Und welche Erkenntnis ziehen wir noch daraus? – Die Landesregierung – der Finanzminister ist immerhin Vorsitzender dieses Effizienzteams gewesen – traut sich selbst nicht über den Weg. Das ist die Erkenntnis des Effizienzteams. Das hat im Prinzip festgestellt, dass die Landesregierung nicht effizient ist. Die Landesregierung, wohlgemerkt! Es geht gar nicht um die Frage der Kosten oder der strukturellen Einsparungen. Es geht scheinbar auch um die Feststellung, ob die anderen Ministerien überhaupt wissen, was sie tun. Aber hier weiß die Linke offenbar nicht, was die Rechte tut oder umgekehrt.

Nächster Punkt: Förderprogramme und sonstige Landesleistungen. Das Effizienzteam hat zwei unterschiedliche Sparmaßnahmen bei Förderpro-

grammen initiiert. Es geht um die Umstellung der Förderung von einem anteiligen Zuschuss des Landes auf ein Darlehen der NRW.BANK. Oh, was für eine Wahnsinnserkenntnis!

Das wird schon lange getan, immer wieder! Das ist mir seit dem Tag bekannt, als ich zum ersten Mal im Haushalts- und Finanzausschuss des Landtags war. Das heißt, drei Jahre später gibt es immer noch keine neue Erkenntnis. Vielmehr wird dadurch die Förderung von Unternehmen, von Kultur, von Wirtschaft und so weiter und so fort, die eigentlich Aufgabe des Landes und des Landeshaushalts ist, in die NRW.BANK verschoben. Diese hat einen Schattenhaushalt mit einer Bilanzsumme von, ich glaube, 180 Milliarden € – das Dreifache des Landeshaushalts. Das ist natürlich einfach. Dann sagt man eben: Wir machen es nicht mehr selber, sondern es macht ein anderer. – Ganz großartig! Und das ist selbstverständlich ein Landesunternehmen. Die NRW.BANK gehört dem Land Nordrhein-Westfalen.

Kürzung von Zuschüssen, Streichung von Doppelförderungen, Anpassung der Fördermittel an Vorjahresniveaus, sukzessives Auslaufen der Förderung: Ich glaube, Herr Wedel sprach davon. Selbstverständlichkeiten sind in dem Bericht enthalten.

Das Effizienzteam empfiehlt, die Übertragung weiterer Förderprogramme und Beratungsleistungen auf die NRW.BANK zu prüfen. Zu prüfen! Es wird gemacht! Es ist Praxis! Was soll das?

Nächster Punkt: Demografiegewinne. An einigen Stellen im Abschlussbericht ist davon zu Recht die Rede. Immerhin 50 Seiten Demografiegutachten von PricewaterhouseCoopers erfordern das sicherlich. Auf Seite 52 des Berichts steht sinngemäß die Erkenntnis: Wenn weniger Kinder geboren werden, gehen weniger Kinder zur Schule. Dann braucht man weniger Lehrer. – Solche Feststellungen ziehen sich durch den gesamten Bericht.

Liebe regierungstragenden Fraktionen, lieber Herr Finanzminister, ich hätte erwartet, dass Sie sich hierhin stellen, es mal etwas kleiner machen, als es hier mit dem Effizienzteamabschlussbericht verkauft wird, und sagen: Wir haben wesentlich mehr erwartet von uns selbst, von dem Effizienzteam, von den Experten. Es ist am Ende leider nicht so ausgegangen.

Als ein Vertreter der Menschen in diesem Lande erwarte ich gar nicht, dass Sie sich hier dafür entschuldigen. Aber gestehen Sie doch zumindest mal ein, dass das Effizienzteam dreieinhalb Jahre lang nichts anderes getan hat, als zu tagen und keine Effizienz hervorzubringen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Schmitz das Wort.

Hendrik Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist noch mal über vieles geredet worden, zum Schluss aber leider nicht mehr über das Effizienzteam.

Herr Abel, wenn Sie den Vorwurf erheben, dass Abgeordnete kleine Anfragen stellen, dann muss ich sagen: Das ist ein Abgeordnetenrecht. Egal, welchen Inhalt sie haben, sollten wir uns darauf berufen. Denn das fällt immer auf einen selbst zurück.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Das müssen wir an der Stelle sagen. Das ist wichtig.

(Zuruf von der SPD: Verstand ist aber erlaubt! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Ich überlasse es Ihnen in der Diskussion, zu beurteilen, wer Verstand hat oder nicht. Wenn Sie das so wollen: Bitte schön!

Ich möchte jetzt gerne zum Effizienzteam reden.

Wir haben vieles gehört. Der Finanzminister hat in seiner Rede gesagt: Es war alles ein großes Missverständnis. Damit sollten gar nicht wirklich Effekte erzielt werden. Es sollte letztendlich ein Gremium sein, das Vorschläge macht. – Das war es doch.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist unwahr! Freierfunden, was Sie da erzählen!)

Wir müssen mal überlegen, was das denn bedeutet. Herr Finanzminister, Fakt ist doch – da sind Sie ja Medienprofi genug –, dass Sie zu dem Zeitpunkt was brauchten, um es den Leuten zu verkaufen. Das war weiße Salbe. Es sollte irgendwas in den Raum gestellt werden, und sei es dafür, Ihren eigenen Leuten mal aufzuzeigen, wo man denn sparen könnte. Nichts anderes war es. Es war ein Placebo. Es gab keinen Effekt. Sie hatten niemals vor, konkret zu sparen. Das ist der Kern des Ganzen. Und das Ergebnis, das müssen Sie sich heute hier anhören.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Herr Börschel und Herr Abel haben uns vorgeworfen, wir würden uns nicht damit auseinandersetzen, wo man strukturell sparen kann. Ich darf Sie daran erinnern, dass wir 2013 insgesamt 86 konkrete Änderungsvorschläge gemacht haben. Die haben Sie in toto abgelehnt. Wo war denn damals Ihre inhaltliche Diskussion, Herr Börschel? Wo war die denn?

(Beifall von der CDU – Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Jetzt kommen wir doch mal zum Punkt des Ganzen: Das Effizienzteam sollte sich gerieren, damit man in

der Öffentlichkeit etwas darstellen kann, etwas verkaufen kann. Um nichts anderes ging es. Das ist in die Hose gegangen; das muss man in der heutigen Debatte so sehen. Da kann man sich nicht hierhin stellen und immer mit dem Finger auf die Opposition zeigen. Denn das wahre Problem ist, dass Sie an der Stelle nicht das tun, wofür Sie gewählt worden sind, nämlich dieses Land zu regieren und es auch mit einer soliden Finanzpolitik zukunftsfest zu machen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Wir brauchen hier keine Schaubilder, um uns davon zu überzeugen, dass wir eine vernünftige Politik in diesem Land brauchen. Diese Debatte und dieses Effizienzteam waren ineffizient. Darum kommen Sie auch mit Ihren Verschwurbelungen nicht herum, lieber Herr Kollege. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Bund-Länder-Finanzbeziehungen transparent und fair weiterentwickeln!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/8103

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8202

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Nordrhein-Westfalen ist benachteiligt. Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist benachteiligt bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Und das muss ein schnelles Ende haben.

(Zurufe von der CDU)

Diese Benachteiligten sehen alle, die sich mit den Fakten beschäftigen. Wir haben in der vorherigen Debatte mal wieder erlebt, dass Teile dieses Hauses lieber faktenfrei argumentieren. Wer sich mit den Fakten beschäftigt, stellt diese Benachteiligung fest. Der Stabilitätsrat stellt das fest. Herr Schäuble hat selbst mittlerweile festgestellt, dass Nordrhein-

Westfalen beim Umsatzsteuerausgleich benachteiligt wird.

Gerade eben hat die KfW Bank sehr deutlich festgestellt, wie stark Nordrhein-Westfalen beim Soli benachteiligt ist: 1,4 Milliarden € mehr für NRW bei einer fairen Verteilung nach nachvollziehbaren Kriterien sind dort festgestellt worden. Das sind Fakten, denen man sich nicht verschließen darf.

Und weil wir so benachteiligt sind und weil wir dies beenden wollen, möchten wir, dass dieses Haus ein klares Signal nach Berlin und an die anderen Bundesländer gibt, hier gerechte Lösungen für Nordrhein-Westfalen zu finden. Wir würden uns gerne an dem gestern hier zitierten Antrag zu den Kommunal финанzen orientieren. Da hat sich dieses Haus mit breiter Mehrheit – die FDP konnte sich nicht entschließen, feiert aber jetzt den Erfolg mit – dafür ausgesprochen, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine stärkere Unterstützung erhalten. Dieses Signal ist in Berlin gehört worden. Deswegen schlagen wir vor, dass wir hier ein gemeinsames Signal auch in der Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen nach Berlin senden.

Und damit dieses gemeinsame Signal möglich ist, haben wir in diesen Antrag auch nicht dezidierte Instrumente hineingeschrieben, mit denen diese Benachteiligung aufgehoben werden soll, weil wir genau wissen, dass die Frage der Instrumente hier im Haus an der einen oder anderen Stelle umstritten ist. Wir haben Ziele formuliert, hinter denen sich dieses Haus eigentlich versammeln können müsste.

Der Länderfinanzausgleich soll gerechter und transparenter werden. Er soll alle Steuerarten einbeziehen und damit auch Benachteiligungen Nordrhein-Westfalens abbauen. Bund, Länder und Kommunen, insbesondere auch Kommunen, müssen eine angemessene Finanzausstattung erhalten. Da gilt für uns das Wort der Kanzlerin: Auf das Aufkommen des Solis kann in diesem Zusammenhang nicht verzichtet werden.

Ich appelliere insbesondere an die CDU – Herr Laschet kann leider nicht da sein –: Verhindern Sie bitte, dass gute Vorschläge und Argumente von Frau Merkel, von Herrn Schäuble in diesem Zusammenhang von Herrn Seehofer kassiert werden! Es darf nicht sein, dass in dieser Frage die Entscheidungen in Bayern getroffen werden. Da bitten wir Sie sehr herzlich, Ihren Beitrag aus Nordrhein-Westfalen zu leisten.

(Beifall von der SPD)

Der vorliegende FDP-Antrag ist an einem Punkt, glaube ich, wieder bezeichnend, weil er klarmacht, dass es der FDP nicht darum geht, sich über Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälischen Interessen zu unterhalten, sondern Bundespolitik zu machen. In Ihrem ganzen Antrag kommt Nordrhein-Westfalen nicht einmal vor. Das zeigt, dass Sie sich

nicht ausreichend mit dieser Thematik und mit den Interessen in Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

Uns geht es darum, durch einen gerechten Finanzausgleich dafür zu sorgen, dass mehr von dem Geld, das in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet wird, auch hierbleibt

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

und im Interesse der Menschen Nordrhein-Westfalens eingesetzt werden kann. Wir brauchen dringend Investitionen in Bildung und Kinder. Dazu stehen wir. Wir halten weitere Steigerungen in diesem Bereich für notwendig. Wir brauchen Investitionen in Infrastruktur. Wir brauchen eine finanzielle Unterstützung der Kommunen. Wir brauchen – das werden wir noch diskutieren – wegen einer veränderten Sicherheitslage auch eine Stärkung der Polizei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um die Interessen von Nordrhein-Westfalen, die wir alle im Blick behalten müssen. Deswegen lassen Sie uns dieses gemeinsame Signal senden! Es geht um mehr Transparenz. Es geht um mehr Gerechtigkeit. Und es geht um mehr für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe ganz kurz auf den FDP-Antrag ein. Ich erinnere nur kurz daran, wie der Soli entstanden ist. 1992 hat die damalige Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl, eine christlich-liberale Bundesregierung, den Solidaritätszuschlag eingeführt. Zwei Jahre später wurde dieser Solidaritätszuschlag im Niveau etwas abgeschwächt, aber weitergeführt.

(Ralf Witzel [FDP]: Richtig!)

Bis 1998, als die Vorgänger von Herrn Lindner im Bundestag das Sagen hatten, wurde dieser Solidaritätszuschlag nicht abgeschafft. Insofern wissen wir ganz klar, wo er herkommt. In der weiteren Entwicklung der Steuerstruktur in Deutschland ist es so gewesen, dass die Arbeitseinkommen immer stärker belastet wurden und die Vermögenstatbestände immer weniger stark.

Wenn jetzt die FDP bei der Erbschaftsteuer fordert, dass ein verfassungswidriges Gesetz in seiner Struktur fortgeführt wird oder am besten gar keine Steuern mehr erhoben werden sollen,

(Ralf Witzel [FDP]: Wer hat das denn gemacht? Totaler Unsinn, was Sie erzählen!)

und gleichzeitig bei der Einkommensteuer die Besserverdienenden entlastet werden wollen, dann ist

das Ihr Politikkonzept. Das stimmt aber nicht mit unserem überein.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Sachverhalt zurück. Wir reden über den Bund-Länder-Finanzausgleich. Da muss man ein paar Sachen wissen. Nordrhein-Westfalen hat in der Vergangenheit bis zu 5 Milliarden € jährlich zur Sicherung der Energiereserve bekommen. Im Gegenzug wurde Nordrhein-Westfalen massiv außerhalb des Bund-Länder-Finanzausgleichs benachteiligt. Bei den Infrastrukturmitteln für Straßen, für Hochschulen, für verschiedene andere Dinge – ich will nur exemplarisch den Verkehrsbereich herausnehmen – bekommen wir nicht einmal 15 % der Infrastrukturmittel. Von der Funktion her wäre Nordrhein-Westfalen mit mindestens dem Doppelten dabei.

Deswegen haben wir einen Antrag vorgelegt – Kollege Zimkeit hat das ausgeführt –, der deutlich macht: NRW ist solidarisch. NRW möchte mehr Transparenz, und NRW möchte mehr von dem Geld behalten, was in diesem Bundesland, liebe Kolleginnen und Kollegen, erwirtschaftet wird.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich möchte deshalb nach vorne gerichtet auch sagen, dass wir in diesem Spiel eine wichtige Verantwortung als größtes Bundesland haben. Wir dürfen der Bundesregierung, die natürlich auch als intensiver Partner mit am Tisch sitzt, nicht in die Hände spielen. Bundesfinanzminister Schäuble hat in den Verhandlungen versucht, die Länder zugunsten des Bundes ein Stück herüberzuziehen, indem man die Sozialentlastungen, die im Koalitionsvertrag des Bundes enthalten sind, mit in diese Soße drückt. Das ist nicht in Ordnung. Wir stellen klar, es muss außerhalb dieser Versprechung geschehen. Dann ist es relativ einfach, wohin es gehen muss.

Der Umsatzsteuervorwegausgleich muss ganz klar aus dem System so herauskommen. Er muss natürlich in der dritten Stufe wieder Berücksichtigung finden. Das ist völlig klar. Unser Landesfinanzminister ist nicht unterwegs, um die Ostländer über den Tisch zu ziehen. Aber es gehört zur Transparenz, zu sagen: Alle drei Stufen müssen in einem transparenten Prozess ausgeglichen werden, und die Finanzkraft muss wirklich nach Finanzkraft und nicht nach einer doppelten Täuschungsmethode errechnet werden. Das führt dann dazu, dass man am Ende des Tages mehr Geld, auch in der Horizontalen, für Nordrhein-Westfalen herausbekommt. Das ist auch richtig, weil Nordrhein-Westfalen eine besonders hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Strukturumschwünge zu gestalten hat.

Es gibt noch einen Fakt, den ich Erinnerung rufen möchte und in Richtung Süddeutschland sagen will: Die Pensionslasten und auch die Altschulden wurden den Ostländern 1995 abgenommen bzw. sind gar nicht erst entstanden. Auch dieser Fakt muss in

die Neustrukturierung des Länderfinanzausgleichs einbezogen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deswegen bitte ich ausdrücklich alle Kolleginnen und Kollegen im Hohen Hause, diesem Antrag zuzustimmen. Er macht nicht die Tür zu bestimmten Instrumenten zu, er macht ausdrücklich die Tür Richtung Süddeutschland und auch in Richtung Bouffier auf, der ebenfalls Vorschläge hat.

Aber eines dürfen wir nicht tun, nämlich aus Egoismen einzelner Bundesländer das Gesamtinteresse der Länder infrage zu stellen. Denn diese Bundesländer müssen mehr für Bildung, mehr für Klimagerechtigkeit und mehr für soziale Gerechtigkeit tun. Wenn wir das in der neuen Struktur in den nächsten 30 Jahren nicht machen können, haben wir ein strukturelles Problem. Wenn sich die Opposition darüber erfreut, ist das zum Schaden und nicht zum Nutzen des Landes. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Mostafizadeh. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion hat bereits vor mehr als zwei Jahren Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen in die parlamentarischen Beratungen eingebracht. Die Empfehlungen in unserem Antrag beruhen – das ist mit Blick auf die Frage, wo man gemeinsam am Schluss erfolgreich sein kann – auf einer Einigung aller haushalts- und finanzpolitischen Sprecher von CDU und CSU in den deutschen Landesparlamenten.

Wir haben in unserem Antrag bestimmte Voraussetzungen beschrieben, mit denen man solidarisch gemeinsam zu einer Lösung unter den Ländern kommen kann. Das Hohe Haus hat über diesen Antrag noch nicht abschließend beraten, auch deshalb, weil sich die Regierungsfaktionen bislang noch nicht inhaltlich zu diesem Thema geäußert haben. Das haben Sie von Rot-Grün jetzt mit diesem Antrag getan, auch wenn er nur die nordrhein-westfälische Sicht widerspiegelt.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Andere Bundesländer sind nach zwei Jahren schon ein Stück weiter. Gestern hat beispielsweise die baden-württembergische Landesregierung einen sogenannten Konsensvorschlag gemacht, wobei im Zentrum die Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer und im Gegenzug der Abbau der kalten Progression steht. Auch eine Deckelung

des Umsatzsteuervorwegausgleichs ist eingerechnet. Allerdings: Dieser brächte nach den Tabellen, die gleich mit vorgelegt worden sind, Nordrhein-Westfalen nur Mehreinnahmen von netto 183 Millionen €. Die erste Reaktion der nordrhein-westfälischen Landesregierung, soweit ich das verstanden habe, war Ablehnung; der Vorschlag geht ihr nicht weit genug.

Wir sagen an dieser Stelle ganz deutlich: Insgesamt kann man diesem baden-württembergischen Vorschlag auch nicht zustimmen. Auch wir glauben, dass es bei einer Veränderung der Ausrichtung insgesamt der Finanzbeziehungen unter den Ländern und zwischen Bund und Ländern für Nordrhein-Westfalen mehr geben muss.

Herr Präsident, die Neuorientierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2019 ist ein solcher Meilenstein in der Länderfinanzierung, dass es ein wichtiges Anliegen ist, dies möglichst gemeinsam aus diesem Hohen Haus anzugehen. Insofern bedauern wir sehr und bitten, darüber nachzudenken, ob die Regierungsfaktionen nicht doch zu der Einschätzung kommen, heute keine direkte Abstimmung zu machen.

Ich will Ihnen auch sagen, warum. Wenn Sie heute eine direkte Abstimmung von uns verlangen, dann können wir dem pauschalen Satz im dritten Spiegelstrich, wo es um die unbeschränkte weitere Einbeziehung des Solidaritätszuschlags über 2019 hinaus geht, so nicht zustimmen. Sie machen uns das Leben an dieser Stelle sehr schwer.

Unsere Empfehlung wäre, darüber nachzudenken, ob Sie, weil wir noch einen offenen Antrag der CDU im parlamentarischen Verfahren haben, nicht auch diesen Antrag heute überweisen wollen. Sonst müssten wir ihn – leider – wegen der inhaltlichen Unschärfen und Unterschiede ablehnen. Wir wollen aber gerade gemeinsam für Nordrhein-Westfalen etwas erreichen, und wir wollen auch als CDU-Landtagsfraktion, wie wir mehrfach gesagt haben, daran mitwirken.

Allerdings müssen wir eine Bemerkung an dieser Stelle noch machen. Dazu gehört dann auch – das erleben wir, wenn wir mit den Vertretern anderer Bundesländer, auch mit anderen Parlamenten, reden –, redlich zu sagen: Wir sind bisher nicht Opfer. Wir haben als Land Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit auch in erheblichem Umfang über das Maß des Länderfinanzausgleichs hinaus Hilfe bekommen in Sonderprogrammen der 80er-Jahre, aus dem Jahrhundertvertrag, aus dem Kohlepfennig und Ähnlichem für Sonderlasten, die dieses Land zu tragen hatte, für Strukturwandel und vieles mehr. Das ist alles passiert.

Da sollten wir nicht einfach so tun, als hätten wir den Strukturwandel allein aus eigener Kraft bewältigt und gar keine Solidarität bekommen. Doch, wir haben sie bekommen. Es wäre eine gute Sache,

wenn die Landesregierung gleich sagen würde: Lassen Sie uns gemeinsam die Interessen Nordrhein-Westfalens sehr dynamisch für die Zukunft vertreten. Aber hören wir auf, zu erzählen, wir seien bisher immer nur Geber oder Opfer gewesen. Das ist falsch; das wissen Sie auch. Das macht uns eine gemeinsame Verhandlungsposition gegenüber allen anderen unglaublich schwer.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie sollten auch sagen, dass wir deshalb solidarisch sein konnten, weil wir in der Vergangenheit gut gewirtschaftet haben, und es in Zukunft nicht mehr können, weil unsere Wirtschaftskraft pro Kopf immer weiter zurückgeht.

Damit sinkt unsere Steuerkraft. Damit sinken die Möglichkeiten, dass wir selbst unsere Zukunft gestalten. Das BIP pro Kopf geht dramatisch zurück in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen, verglichen mit dem Länderdurchschnitt, nicht in der allgemeinen Zahl, aber in der Tendenz.

Damit droht uns bei aller Neuordnung, die wir dann machen, dass wir weiter rutschen, möglicherweise nur auf höherem Niveau. Das würde allerdings den Herausforderungen dieses Landes nicht gerecht. Insofern müssen wir uns dieser Sichtweise sicher auch noch einmal annehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Witzel. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte mir schon von den regierungstragenden Fraktionen gewünscht, dass sie anerkennen, dass die Opposition in diesem Haus in dieser Legislaturperiode immer, wenn es um das Thema der Neuordnung von Bund-Länder-Finanzbeziehungen ging, ausdrücklich konstruktiv mitgewirkt hat. Das ist kein Showdown gewesen – die eine Seite des Parlaments gegen die andere oder Parlament gegen Regierung. Wir haben das Thema in vielen Erörterungsrunden auch im Haushalts- und Finanzausschuss sehr sachbezogen besprochen.

Wir sagen ausdrücklich: Da, wo berechnigte Landesinteressen von Nordrhein-Westfalen betroffen sind, sind wir selbstverständlich mit im Boot und vertreten die entsprechenden Argumente.

(Beifall von der FDP)

Ich selber komme als Parteivorsitzender der FDP aus dem Ruhrgebiet, die vor elf Jahren schon ein umfangreiches Papier beschlossen hat mit der Überschrift „Strukturfinanzierung an ökonomische Kriterien und nicht an Himmelsrichtungen knüpfen“. Da finde ich auch an der einen oder anderen Stelle

vieles von Ihrem Vokabular wieder. Insofern: Da, wo es berechnigte Gründe gibt für unser Land und Argumente, da sollten wir auch zusammenarbeiten.

Es gibt Sachargumente für die Reform des Länderfinanzausgleichs. Es gibt Fehlanreize im heutigen System, einen Negativausgleich. Wenn man sich anstrengt und mehr eigene wirtschaftliche Dynamik realisiert und das dann in ähnlicher Größenordnung vom Länderfinanzausgleich abgezogen bekommt, ist das kein Anreizsystem.

Wir haben keinen Wettbewerbsföderalismus, wo die Länder ernsthafte Gestaltungsoptionen hätten. Es wäre mal interessant zu sehen, was in Bayern anders ist. Dort ist ja die Grunderwerbsteuer nur etwa halb so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Es wäre interessant, da auch mal die Wähler über Standortpolitik entscheiden zu lassen.

Wir haben selbstverständlich auch sachlich ungegerechtfertigte Besserstellungen wie die Einwohnerveredelung bei den Stadtstaaten oder die jetzt seit Jahrzehnten laufende Ostförderung, die natürlich auch zurückgefahren gehört. Das ist gar keine Frage.

Entscheidend ist aber der Umgang mit der Debatte. Jeder will nur möglichst viel vom Kuchen – so wie sich das hier bei SPD und Grünen anhört –, obwohl eine immer größere Torte auf dem Tisch steht.

Wir sagen: Das ist nicht ausreichend. Wir brauchen eine Neuordnung der Finanzbeziehungen, die wir für zweierlei nutzen müssen, nämlich erstens für mehr Leistungsgerechtigkeit zwischen den Ländern und zweitens aber auch für eine Entlastung der Bürger und Betriebe, nämlich der Steuerzahler. Beides sind Ziele, die in diesem Prozess verfolgt werden müssen.

(Beifall von der FDP)

Genau dieser zweite Ansatz fehlt der rot-grünen Landesregierung. Sie möchten im Kern eigene Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand vermeiden. Das konnte man ja gerade auch bildlich bei der Debatte über Ihr Ineffizienzteam studieren. Das ist Ihr eigentlicher Antrieb.

Die Lage ist aber eine andere. Wir haben viele Jahre hinter uns mit immer neuen Steuereinnahmerekorden. Wir haben eine Fortschreibung der eiskalten Progression, die den Bürgern jedes Jahr weniger Geld in der Tasche lässt anteilig von dem, was sie produktiv erarbeiten. Es gibt Kommunen, die ständig neue Steuern einführen. Die Länder – wie gerade auch Nordrhein-Westfalen – machen bei Landessteuern Steuersatzerhöhungen. Wir haben jetzt auch noch Ihr Ziel einer indirekten Steuererhöhung dadurch, dass Sie den Soli Ost mit einem neuen Dauerabgabecharakter umgestalten als Sondersteuer West.

Das lehnen wir ab. Die Politik muss Wort halten und den Soli abschaffen. Das ist in der Tat unser Antrag

in dieser Debatte. Die FDP-Landtagsfraktion erwartet, dass der Soli allerspätestens 2020 endet. Es darf keine dauerhafte Beibehaltung dieser Ergänzungsabgabe geben.

Zum einen ist das, was dazu als neues Sonderopfer West für Infrastruktur in Ihrem Antrag steht, in der Konstruktion, die der Soli heute hat, verfassungswidrig.

Zum anderen beschädigt das, so wie es an unterschiedlichen Stellen auch von Schwarz-Rot-Grün gefordert wird, in massiver Weise das Ansehen der Politik und die Glaubwürdigkeit, wenn etwas, was ein befristetes Instrumentarium war, um einen speziellen Zweck zu erfüllen, dann auf Dauer bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag fortgeschrieben wird, wenn dieser Zweck längst erfüllt ist.

Der Soli ist kein Wanderpokal, der jetzt vom Osten in den Westen ziehen soll. Es geht darum, die Zusatzbelastungen, die wir an dieser Stelle gehabt haben, dadurch, dass der Zweck und die Aufgabe erfüllt sind, jetzt auch wieder einzustellen. Deshalb gibt es mit uns keine Verlängerung des Soli bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Ein wesentliches Anliegen neben der Verteilung zwischen den Ländern muss auch eine gerechte Verteilung zwischen Staat und Bürgern sein. Deshalb keine indirekte Steuererhöhung, sondern eine Entlastung der Steuerzahler an dieser Stelle!

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Bund-Länder-Finanzbeziehungen transparent und fair weiterentwickeln – ein Vorgang, der insbesondere vom Herrn Finanzminister und Herrn Staatssekretär Dr. Messal gerade in den letzten Monaten sehr akribisch und fleißig bearbeitet wird.

Es mag sein, dass der Solidaritätszuschlag ein ganz wesentliches Element dieser Debatten, dieser Auseinandersetzungen ist, insbesondere aber – darum geht es ja im Antrag der regierungstragenden Fraktionen – das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag, umgangssprachlich auch Soli genannt. Er ist eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer in Deutschland.

Das Aufkommen steht nach Art. 106 des Grundgesetzes allein dem Bund zu. Daher bedarf dieses Solidaritätszuschlagsgesetz auch nicht der Zustimmung der Länderkammer, des Bundesrates.

Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach Bedenken in Bezug auf die Fortführung des Solidari-

tätszuschlags geäußert. In den vergangenen Jahren gab es dazu zwei bedeutsame Anlässe. 2011 nahm der Bund erstmals mehr Geld aus dem Soli ein – nämlich 12,8 Milliarden € –, als er in den Aufbau Ost steckte, nämlich 12,7 Milliarden €. Seitdem sind die Ausgaben stetig gesunken. Zweckgebundenen Einnahmen stehen nicht mehr in gleichem Umfang zweckgebundene Ausgaben gegenüber. Im vergangenen Jahr brachte der Solidaritätszuschlag der Staatskasse 15 Milliarden € ein. Das war ein Anstieg um 4,6 % im Vergleich zu 2013.

Weil es sich beim Soli eben nicht um eine Steuer, sondern um einen thematisch klar zuordbaren Zuschlag handelt, wird seine Abschaffung immer wieder gefordert. Mit dem formellen Ende des Aufbaus Ost bzw. mit dem Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019 wird auch die verfassungsrechtliche Grundlage jenes Steuerzuschlags brüchig; sie entfällt.

Der Zuschlag wurde 1991 zur Finanzierung der deutschen Einheit eingeführt, wie wir wissen, was richtig war. Ergänzungsabgaben wie den Soli darf der Staat nach Ansicht vieler Verfassungsrechtler und auch der Piratenfraktion aber nicht einfach bis in alle Ewigkeit erheben. Sie müssen vielmehr abgeschafft werden, wenn die Begründung, mit der sie einst eingeführt wurden, weggefallen ist. Da gilt es auch nicht, dem Kind einen neuen Namen zu geben und zu sagen: Das Geld wollen wir behalten, wir wollen es weiter einnehmen. Ganz sicherlich geht das nicht in Zeiten immer noch steigender Steuereinnahmen.

Der Bundesfinanzhof entschied 2011, dass der Soli zwar rechtens sei, aber nicht auf ewig bestehen dürfe. Er darf nicht auf ewig bestehen! Nun versucht die Politik, ihn auf ewig bestehen zu lassen, indem das Ding einfach umbenannt wird.

Jetzt sitzen hier zwei Fraktionen im Saal – CDU und SPD –, die beide im Bund die Große Koalition bilden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Nutzen Sie doch bitte einmal Ihre Möglichkeiten und Ihren Einfluss im Bund und bewegen Sie etwas Visionäres! Das hat, glaube ich, zuletzt Friedrich Merz gemacht. Er hat darüber nachgedacht, wie es zwei große Volksparteien doch vielleicht einmal hinbekommen könnten, eine Steuerreform, die den Namen verdient, auf den Weg zu bringen. Das sind die Chancen, die aus einer Großen Koalition entstehen. Und das sind die Chancen, deren Realisierung die Menschen in diesem Land erwarten.

(Beifall von den PIRATEN)

Alles andere, liebe Kolleginnen und Kollegen, führt zu einem Glaubwürdigkeitsverlust und zu weiterer Politikverdrossenheit gegenüber der politischen Klasse. Die Bevölkerung hat kein Verständnis dafür, überhaupt nicht. Da können Sie fragen, wen Sie wollen. Dieses Vorgehen – nämlich den Solidaritätszuschlag bzw. dessen Aufkommen unter anderem Namen aufrechtzuerhalten – ist ein unrühmli-

ches Beispiel für die fehlende Verlässlichkeit von Politik. Dieses darf einfach nicht passieren!

Wenn die regierungstragenden Fraktionen jetzt anführen, im Antrag gehe es nicht um die Fortführung des Solis – das tun Sie ja –, sondern nur darum, dass das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag erhalten bleiben muss, muss man folgende Frage stellen: Auf welche Weise soll das Aufkommen des Solis über 2019 hinaus erhalten bleiben? Damit beschäftigt sich der Antrag. Das soll fair geschehen. Das Ding ist aber an sich schon unfair. Befassen Sie sich doch bitte einmal ganz klar mit Dingen wie Unternehmenssteuer und Stopfen von Steuerschlupflöchern. Das sind doch die großen Dinge, die Sie im Bund anstoßen können. Das sind die Leistungen, die die Menschen wollen und die sie verstehen.

Es muss ein Ende haben, hier einfach den Bürgerinnen und Bürgern des Landes bzw. des Staates in die Taschen zu greifen und ihnen eben nicht klarzumachen, worum es hier im Lande eigentlich geht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, die Redezeit ist deutlich überschritten.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Sie von SPD und CDU haben die Möglichkeiten dazu. Packen Sie das einmal im Bund an, und verlassen wir das Gebiet! – Wir werden dem Antrag der SPD leider nicht zustimmen können. Dem Antrag der FDP werden wir zustimmen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schulz. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben erstens die gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es für den Länderfinanzausgleich, für die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und für den Solidarpakt nach 2019 einen Anschluss gibt. Das ist deshalb so, weil wir alle miteinander feststellen müssen: Die Aufgaben, die mit dem bisher laufenden Pakt zu bewältigen waren, sind mit dem Ablauf des Jahres 2019 nicht abgeschlossen.

Es wird im Osten Deutschlands weiterhin Aufholbedarf geben. Es wird in einigen Ländern des Westens, in denen es von der Haushaltssituation her schwierig ist – ich nenne das Saarland, Bremen und auch Schleswig-Holstein –, das Problem geben, auch hier durch Umverteilung Hilfestellung zu geben. Das alles sind Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Zweitens. Nordrhein-Westfalen wird in diesem Prozess ein solidarischer Partner sein, so wie es auch in den vergangenen Jahrzehnten ein solidarischer Partner gewesen ist. Es geht aber auch darum – das ist hier von den Vertretern der Regierungsfractionen schon angesprochen worden –, dass dieser Prozess transparent gestaltet wird. Dazu gehört es, dass die horizontalen Finanzbeziehungen und auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern in ihrer Gänze dargestellt werden.

Es kann nicht sein, dass Nordrhein-Westfalen Jahr für Jahr unter dem Strich 1,5 Milliarden € für den Aufbau, den Umbau und die Problembewältigung anderer abgibt und in Statistiken als Nehmerland dasteht. Diese Aufteilung in dem Bereich, in dem Nordrhein-Westfalen ein Drittel des Umverteilungsvolumens bei der Umsatzsteuer auf die Schulter nimmt, auszublenden und sich immer nur dem einen Teil zuzuwenden, wo in der anderen Hälfte des Finanzausgleichs ein Stück zurückgezahlt wird, kann so nicht fortgesetzt werden.

Wir wissen: Wenn wir an dieser Stelle vorangehen und sagen würden, dass es keinen Anlass mehr gibt, die Umsatzsteuer anders als andere Steuern zu behandeln, und alles zusammengepackt werden würde, würde sichtbar, dass Nordrhein-Westfalen Geberland ist, zahlen muss und auch solidarisch sein müsste und wollte. Es würde sichtbar, dass es noch rund 400 Millionen € an andere abgeben müsste und trotzdem eine Haushaltsverbesserung zwischen 700 und 900 Millionen € hätte.

Dass das anderen nicht gefällt, weil sie fragen, woher diese Verbesserung kommt, die sich für Nordrhein-Westfalen ergibt – eine Entlastung und keine Übernahme durch andere –, ist doch klar. Dass man diese Ängste in der Gesamtdiskussion nehmen muss, ist auch klar.

Da gehört es auch dazu, über den Solidarzuschlag zu reden. Die schöne Überlegung, die jetzt von der Bundesregierung und insbesondere vom Finanzminister und der Kanzlerin zusammen mit Bayern angestellt wird, dass der Soli bis 2030 abgebaut werden soll – das wird als Steuersenkung und Steuererleichterung verkauft –, wird auf dem Weg bis 2030 dazu führen, dass der Bund noch sage und schreibe mindestens 175 Milliarden € für den Bundeshaushalt einnehmen wird. Sie müssen dann nicht im Rahmen der heute geltenden Vereinbarungen abgeführt werden.

An dieser Stelle muss man darauf hinweisen – egal, ob der Soli stabilisiert oder auf einer so langen Strecke zurückgeführt wird –: Der Bund hat ein Stück Mitverantwortung zu tragen, dass auch der horizontale Finanzausgleich transparenter, gerechter und zielorientierter läuft. Daran arbeiten wir.

Da hat Nordrhein-Westfalen in den letzten Wochen enorm viel erreicht. Nachdem wir jahrelang diese Position Nordrhein-Westfalens sozusagen in den

leeren Raum ohne Widerhall gerufen haben, sind die Wissenschaft und auch der Sachverständigenrat auf unserer Seite. Auch der Bundesfinanzminister ist an diesen Punkt gekommen. Das ist gut und richtig.

Baden-Württemberg hat das zwar angesetzt, allerdings nur ein bisschen weniger Intransparenz vorgeschlagen. Das reicht uns nicht. Wir sind auf einem richtigen Weg. Wir tun gut daran, wenn wir das gemeinsam als nordrhein-westfälische Politik auf allen unseren Ebenen in all unseren Fraktionen so fördern und fortsetzen würden. Darum bitte ich.

Wenn ich jetzt höre, dass wir diese Themen auch im Ausschuss weiterberaten wollen, ist das gut so. Dann ergeht meine herzliche Bitte an alle Beteiligten, nordrhein-westfälische Interessen auf der Bundesebene und im Konzert mit den anderen Ländern gemeinsam zu vertreten. In den letzten Monaten hat sich gezeigt, dass Hartnäckigkeit an dieser Stelle zum Erfolg führt. Den dürfen wir jetzt nicht durch Uneinigkeit untereinander verspielen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Zimkeit gemeldet.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Bei der von der CDU angesprochenen Frage der Aufkommensneutralität beim Soli bezieht sich das – das sage ich nur zur Klarstellung – für uns auf die Länderebene. Wenn der Bund auf seine Mittel verzichten möchte, kann er das natürlich gern tun.

Aber um diese und andere Fragen gemeinsam weiterberaten zu können und gleichzeitig den Versuch zu unternehmen, doch noch ein einheitliches Signal aus diesem Haus nach Berlin zustande zu bekommen, stimmen wir zumindest mit der größten Oppositionsfraktion dafür, den Vorschlag der CDU heute zu vertagen und weiter zu beraten, um möglichst zu einer gemeinsamen Position zu kommen.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit, für diese Erläuterungen. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben jetzt eine etwas veränderte Abstimmungskonstellation, denn alle Fraktionen haben sich inzwischen darauf verständigt, die Anträge Drucksachen 16/8103 und 16/8202 heute nicht direkt abzustimmen, sondern den **Antrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/8103** einschließlich des **Entschließungsantrags** der Fraktion der

FDP **Drucksache 16/8202** zur Beratung an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik zu überweisen**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wir stimmen über diesen Verfahrens- und Überweisungsvorschlag ab. Wer damit einverstanden ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Überweisungsvorschlag einstimmig vom Landtag angenommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

3 Bestandsschutz für ältere Fahrgeschäfte ermöglichen und Attraktivität von Volksfesten mit sicheren Fahrgeschäften erhalten

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8234

Auch hier haben wir – die Präsidentin hat vorhin darauf hingewiesen – eine etwas geänderte Verfahrenslage, auf die ich noch einmal hinweisen möchte. Alle Fraktionen sind damit einverstanden, den Antrag Drucksache 16/8234 jetzt zu beraten.

Die FDP-Fraktion hat ihren ursprünglichen **Antrag Drucksache 16/7875** mit Schreiben vom heutigen Tage **zurückgenommen**. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben ihren **Antrag Drucksache 16/8105** ebenfalls mit Schreiben vom heutigen Tage **zurückgezogen**.

Nach diesen Vorbemerkungen eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die FDP-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Wolf das Wort. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich direkt zu Beginn meiner Freude Ausdruck geben, dass aus ähnlich lautenden Anträgen letztlich ein gemeinsamer Antrag von vier Fraktionen geworden ist.

Ich glaube: Es ist richtig, dass wir an dieser Stelle nicht in die typischen parteipolitischen Auseinandersetzungen verfallen, sondern uns einem Thema mit Herz und Verstand zuwenden, das in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Bundesrepublik bedeutsam ist.

(Beifall von Carina Gödecke [SPD] und Minister Michael Groschek)

Meine Damen und Herren, das Schaustellerwesen verbindet Tradition und Moderne zum Wohle der Menschen. Es ist eine tragende Säule des jahrhundertealten Kulturgutes von Volksfesten, Kirmessen und Jahrmärkten. Auf mehr als 10.000 Volksfesten finden jährlich ca. 150 Millionen Menschen Freude und Entspannung. Nur zum Vergleich: In den ersten vier Ligen des Fußballs gibt es 22 Millionen Besucher. Also besucht ein deutlich größerer Anteil diese Volksfeste.

Die Kirmessen bedeuten Faszination. Sie bringen Freude und Zerstreuung. Kinderaugen leuchten – das wissen wir –, wenn Familien gemeinsam bei Spaß und Spiel erleben, welche Begeisterung solche Veranstaltungen auslösen können. Im Übrigen sind sie ohne Rücksicht auf Herkunft und Hautfarbe wahre Integrationsfaktoren.

Das Schaustellerwesen ist aber auch ein Wirtschaftsfaktor erster Güte. Das darf man nicht übersehen. Mit einem Bruttoumsatz von ca. 3,7 Milliarden € macht dies einen wesentlichen Faktor unserer Volkswirtschaft aus. Das gilt auch für die Kommunen. Man errechnet etwa 3 € pro Besucher für den kommunalen Haushalt vor Ort. Das kann sich sehen lassen. Und dafür muss sich dieser Landtag einsetzen.

(Beifall von der FDP und Rainer Schmeltzer [SPD])

Das Schaustellerwesen ist Mittelstand im besten Sinne des Wortes. Es sind familiengeführte Betriebe, die mit Einsatz und Fleiß, mit dem hohen Risiko der Selbstständigkeit arbeiten, vor allem auch mit einem großen Wetterrisiko. Wer sich damit auseinandersetzt, weiß, wie häufig es vorkommt, dass man bei schlechtem Wetter vielleicht gerade einmal das Wechselgeld durchgewechselt bekommt und im Endeffekt nichts verdient hat. Es ist also eine Branche, die es verdient, unterstützt zu werden.

Aus Europa ist nun eine europäische technische Norm über diese Betriebe gekommen, die bekannte und – in der Schaustellerbranche – ominöse DIN EN 13814. Sie sieht zwar vor, dass für Fahrgeschäfte, die vor 2005 gebaut worden sind, ein Bestandsschutz gilt, dieser Bestandsschutz ist aber am Ende in Deutschland nicht übertragen worden.

Meine Damen und Herren, das ist eine Besonderheit. Europäische Nachbarländer haben diesen Bestandsschutz. Erste Fahrgeschäfte sind bereits in die Niederlande verkauft worden. Bei uns wird den Schaustellern zugemutet, mit teilweise sechsstelligen Beträgen das Ganze nachzurüsten.

Meine Damen und Herren, wer in Deutschland einen Käfer aus dem Jahre 1978 fährt, wird auch nicht gezwungen, ihn mit ABS, ESP und ASR nachzurüsten. Hier, bei den Schaustellern, wird das jedoch gefordert. Ich finde, das kann so nicht stehen bleiben. Schausteller, mittelständische Betriebe sind aufgefordert, mit viel Geld in die Vorlage zu gehen.

An dieser Stelle sollte unserer Meinung nach der Bestandsschutz gelten, so wie er an anderer Stelle ebenfalls gilt.

Die Sicherheit in Deutschland ist gewährleistet. Wir haben im Schaustellerbereich ein hohes Sicherheitsniveau. Wir haben eine Gebrauchsabnahmeprüfung bei jeder Inbetriebnahme auf einem Kirmesplatz. Wir haben eine Verlängerungsprüfung für Ausführungsgenehmigungen. Und wir haben alle vier bis sechs Jahre eine Sonderprüfung. Es gibt also ein sicherlich auskömmliches Sicherheits- und Schutzsystem. Ähnlich wie andere Landesparlamente, die das ebenfalls so sehen, wollen auch wir den Mittelstandsschutz und den Bestandsschutz wieder zum Tragen bringen. Insofern bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Dr. Wolf. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich teile die Freude des Kollegen Wolf, dass noch in letzter Minute – aber es reicht ja – ein Vier-Parteien-Antrag zustande gekommen ist. Denn hier geht es in der Tat nicht darum, irgendwelche politischen Spielchen zu spielen, sondern es geht darum, einem Anliegen der Schaustellerinnen und Schausteller in Deutschland, aber auch in Nordrhein-Westfalen Rechnung zu tragen. Und da, wo wir es politisch untermauern können, wollen wir dies gerne tun.

Auf der Delegiertentagung des Deutschen Schaustellerbundes im Dezember 2014 mit Präsident Ritter, der dieser Plenardebatte beiwohnt und den ich herzlich begrüße, und auch in der Bundesversammlung des Bundesverbandes Deutscher Schausteller und Marktkaufleute im Februar in Essen wurde dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Landtagspräsidentin Gödecke, die bei beiden Veranstaltungen anwesend war, aber auch der zuständige Bauminister Groschek in Aachen – in Essen waren auch Wirtschaftsminister Duin sowie Abgeordnete, unter anderem Herr Wolf und ich – konnten zur Kenntnis nehmen, wo die Probleme der Schausteller zumindest in diesem Bereich liegen. Andere Problembereiche gab es auch, aber darüber wollen wir heute nicht debattieren.

Die Präsidentin hat es in ihrer Ansprache in Essen meines Erachtens sehr gut formuliert, indem sie in Richtung des Präsidenten Hans-Peter Arens sagte: Herr Präsident, wir haben sehr wohl verstanden. Und ich gehe davon aus, auch die anwesenden Abgeordneten haben sehr wohl verstanden. – Und dass wir es verstanden haben, zeigt dieser Antrag.

Wir alle kennen sie, die Volksfeste, die Märkte, die Kirmessen. Sie haben eine hohe soziokulturelle Bedeutung. Jeder von uns ist schon dort gewesen, als Kind, als Erwachsener, als Vater, teilweise auch schon mit den Enkelkindern. Letzteres kommt für mich noch nicht infrage, aber ich arbeite daran bzw. ich lasse daran arbeiten.

(Heiterkeit)

Die Sicherheit von Karussells, von Achterbahnen, von all den Fahrgeschäften, die wir auf den Kirmessen immer erleben, hat für uns Politiker und auch für die Schausteller oberste Priorität. Dazu dienen unter anderem die wichtigen und richtigen Sicht- und Funktionsprüfungen am jeweiligen Aufstellungsort, aber auch die klassischen Prüfungen, die wir alle von unseren Kraftfahrzeugen kennen, zum Beispiel die Prüfung zur Verlängerung der Ausführungsgenehmigung, die alle ein bis zwei Jahre stattfindet. Darüber hinaus gibt es alle vier bis sechs Jahre Sonderprüfungen für besondere Fahrgeschäfte. Es ist also ein bewährtes Prüfungssystem, das im Dreiklang funktioniert.

Worum geht es jetzt? Im Rahmen – Kollege Wolf hat es bereits angesprochen – des Normenübergangs von der Deutschen DIN 4112 zur europäischen DIN EN 13814 wurde die neue Norm als technische Baubestimmung auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt, ohne ihre Nichtanwendungsvorschrift zu übernehmen. Diese unvollständige Übernahme widerspricht meines Erachtens der Geschäftsordnung des Europäischen Komitees für Normung CEN.

Zu Recht beklagen die Schausteller nun, dass die Länder die neuen technischen Bestimmungen auch auf sogenannte Fliegende Bauten anwenden, die vor 2005 hergestellt wurden. Dies wäre mit extremen Mehrkosten – Herr Kollege Wolf hat es bereits erwähnt – verbunden, Mehrkosten, zu denen noch andere Mehrkosten hinzukommen. Als Energiepolitiker nenne ich unter anderem die Mehrkosten für Strom. Die Schausteller stellen zu anderen Strompreisen ihre Geräte auf, als das bei uns in den Kommunen vor Ort der Fall ist.

Bisher hat es zwei Rechtsstreite gegeben, einen in Niedersachsen und einen in Bayern. Diese Rechtsstreitigkeiten sind erstinstanzlich so ausgegangen, dass den Anträgen der Schausteller gefolgt wurde, also dass die Anwendung der europäischen DIN für ältere Fahrgeschäfte nicht zwingend ist. Weitere Klagen von den Schaustellern sind in allen Bundesländern in Vorbereitung. Der Niedersächsische Landtag hat bereits einen Antrag beschlossen, der Bayerische Landtag hat einen in Vorbereitung.

Es bedarf meines Erachtens einer bundeseinheitlichen Regelung. Dies soll – so steht es auch in unserem Antrag – im Rahmen der Bauministerkonferenz geprüft werden. Ich sage an dieser Stelle: Hinweise der Praktiker, der Schausteller, die wissen,

worüber sie reden, sind hier allemal richtig und wichtig.

Ich danke allen vier Fraktionen, die diesen Antrag zustande gebracht haben. Wenn wir ihn heute mit einer großen Mehrheit verabschieden, ist das ein deutliches Signal zum einen in Richtung Schausteller, aber zum anderen auch in Richtung Bauministerkonferenz. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich als nächster Rednerin Frau Kollegin Schneckenburger das Wort.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele von uns erinnern sich sicherlich noch an die erste Fahrt auf der Achterbahn, wahrscheinlich auch an das erste Skelett in der Geisterbahn und ganz bestimmt an das erste Rendezvous am Rande des Autoskooters. Wer hätte das vergessen? Das sind unvergessliche Erlebnisse, die wir wahrscheinlich alle miteinander teilen.

(Beifall von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: An der Raupe!)

Volksfeste haben also nicht nur etwas Verbindendes, sondern gehören auch zu unserer Biografie. Sie gehören zur Kultur. 12.000 gibt es im Jahr – mit über 150 Millionen Besuchern und Besucherinnen.

Man darf aber auch nicht vergessen, dass Volksfeste für die Schausteller und Schaustellerinnen natürlich ihre Existenzgrundlage sind. Darum ist es wichtig – mit diesem Antrag wollen wir unseren Beitrag dazu leisten –, dass diese Existenzgrundlage auch erhalten werden kann. Wir wollen gute Sicherheit für die Fahrgeschäfte, viel Vergnügen für die Menschen, die Volksfeste besuchen, aber auch eine gesicherte Existenzgrundlage für die Schausteller und Schaustellerinnen.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin trägt heute das Goldene Karussellpferd. Daran erkennt man auch die enge Verbindung zwischen dem Landtag Nordrhein-Westfalen und dem Gewerbe der Schausteller und Schaustellerinnen, die ein wichtiger Berufszweig in diesem Land sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist meine letzte Rede im Landtag Nordrhein-Westfalen. Erlauben Sie mir daher, dass ich nicht nur zu dem wichtigen Thema der Fliegenden Bauten spreche, sondern auch noch einige Sätze zu anderen Themen sage, die wir in den vergangenen Jahren hier miteinander bearbeitet haben.

Ich glaube, dass es gelungen ist, in Nordrhein-Westfalen in den letzten fünf Jahren in der Wohnungspolitik und in der Stadtentwicklungspolitik eine wirklich gute Strecke miteinander zu begehen.

Die Förderprogramme des Landes sind neu ausgerichtet worden. Wir haben mit Kündigungssperrfristverordnung, Zweckentfremdungsverordnung und Milieuschutzsatzung die Instrumente, die der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen braucht – gerade in der angespannten Situation in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben einen richtigen Weg eingeschlagen, um den Menschen zu helfen, die in Nordrhein-Westfalen bezahlbare Wohnungen brauchen.

Die Enquetekommission hat es sicherlich auch für die Bundesrepublik geschafft, bezüglich der Auseinandersetzung um Finanzinvestoren ein Stück weit vorzudenken. Ich habe für die Arbeit dieser Enquetekommission viele Rückmeldungen aus anderen Bundesländern erhalten, die erklärt haben: Wir haben eine ähnliche Problemlage. Ihr habt das behandelt. Das ist gut so. Wir werden uns an euch orientieren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das waren wichtige Meilensteine. Dennoch gibt es noch viel zu tun. Die Frage, was urbanes Leben in Nordrhein-Westfalen bedeutet, und die Frage, was die Menschen, die nicht in den großstädtischen Zentren in Nordrhein-Westfalen leben, für die Zukunft brauchen, sind zwei ganz zentrale Fragen, die in den nächsten Jahren auch auf die Agenda müssen.

Ich will noch einmal herzlichen Dank sagen – nicht nur an die Kollegen und Kolleginnen. Da gab es zwar manchen Streit in der Sache. Wie ich gestern schon einmal gesagt habe, fand ich es aber auch in der Wohnungspolitik fair. Ich fand es angenehm, mit Ihnen an der Sache entlang zu streiten. Natürlich gab es auch manchen Beitrag, den ich noch besonders im Gedächtnis behalten werde, zum Beispiel von Herrn Schemmer. So ist das in einer großen Runde.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Das wird Herrn Schemmer freuen!)

– Richten Sie ihm meine besten Grüße aus. – Ich will aber auch noch einmal Danke an den Minister und sein Haus sagen; denn dort ist gute Vorarbeit für die Beratungen dieses Landtags geleistet worden. Gerade der Minister hat immer engagiert in der Sache gekämpft. Herr Minister, Sie haben offensichtlich auch das Motto von Luther tief verinnerlicht: „Tritt fest auf, mach's Maul auf, ...“. Das ist für eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gut. Ich glaube, dass die Menschen das auch zu schätzen wissen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie leisten eine sehr wichtige Arbeit für dieses Land. Ich durfte fünf Jahre daran mitwirken. Sie werden das jetzt weiter tun. Ich werde eine neue Aufgabe übernehmen, auf die ich mich sehr freue. Aber ich werde natürlich mit großer Aufmerksamkeit weiterhin auf die Arbeit des Landtags Nordrhein-Westfalen schauen.

Ich habe in vielen Begegnungen mit Schülergruppen gelernt, wie wichtig es ist, dass wir hier den Streit um die Sache führen. Das ist für die Demokratieerziehung wichtig. Es ist auch wichtig, das aus dem Landtag heraus immer wieder zu kommunizieren und zu zeigen, dass Demokratie im Landtag Nordrhein-Westfalen ein festes Fundament hat. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Wie Sie selber angesprochen haben, haben Sie gerade zum letzten Mal im Landtag Nordrhein-Westfalen geredet, weil Sie Ihr Mandat niederlegen werden. Ich möchte Ihnen im Namen des gesamten Hohen Hauses sehr herzlich für die von Ihnen geleistete Arbeit im Parlament unseres Landes danken. Wir alle wünschen Ihnen für Ihre berufliche und persönliche Zukunft von Herzen alles Gute.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Nach diesem Augenblick des Abschieds geht es weiter in der regulären Tagesordnung. Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Hausmann für die CDU-Fraktion. Er steht auch schon bereit. Sie haben das Wort.

Wilhelm Hausmann (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch von dieser Stelle, Frau Schneckenburger – so ist der Übergang vielleicht am einfachsten –, noch einmal meine herzlichen Grüße und vielen Dank für die Zusammenarbeit, die wir beide im Bau- und Planungsausschuss hier im Hause erlebt haben.

Meine Damen und Herren, jeder von uns verbindet mit seiner Kindheit Erinnerungen an Jahrmärkte, Volksfeste und an die Kirmes. Auch noch heute als Erwachsene fasziniert uns das bunte und traditionelle Treiben. Viele von uns kennen die Schaustellerfamilien persönlich, die seit Generation dabei sind. Diese Schaustellerunternehmer sind stolz auf ihr Werk. Sie sind mit Freude dabei. Sie sind stolz auf den guten Zustand ihrer Fahrgeschäfte. Die gut gewartete und immer wieder bewiesene Technik tut ihren Dienst unter den Augen der Öffentlichkeit wie kaum eine andere Technik.

Jährlich kommen mehr als 1 Million Besucher und etwa 380 Schausteller auch in meine Heimatstadt

Oberhausen, zur Sterkrader Fronleichnamskirmes. Eckhard Uhlenberg, der hier eben noch gegessen hat, hat mir gestern von der Allerheiligenkirmes in Soest vorgeschwärmt, die ihm auch sehr am Herzen liegt.

Die Volksfeste und Jahrmärkte haben eine große Tradition, das ist schon gesagt worden. Darauf sind wir auch stolz. Solche Feste strukturieren das Jahr und geben das Gefühl von Heimat. Für eine Gesellschaft wie unsere sind solche Gemeinschaftserlebnisse wichtig. Sie verbinden uns. Gerade die Mischung aus Achterbahnen, Karussells, Schaukeln, Gastronomie und Musik hat einen besonderen Charme, und das bei allen Generationen, auch bei den Jüngeren, weil die Fahrgeschäfte immer wieder weiterentwickelt werden. Zugleich sehen wir dort gerne die traditionellen Karussells, Geisterbahnen und anderes. Sie führen Menschen aller Altersklassen, jeder Herkunft und jeder Schicht zusammen.

Daher ist es kein Wunder, dass sie deutschlandweit – das ist eben von Herrn Dr. Wolf schon mit dem Zuspruch zur Fußball-Bundesliga verglichen worden – einen ungeheuren Besucherandrang verzeichnen können.

Meine Damen und Herren, dass das alles so schön ist, wäre aber noch kein hinreichender Grund für eine Debatte hier im Landtag. An verschiedenen Stellen haben die Schausteller jetzt Alarm geschlagen.

Es ist zu befürchten, dass besonders die alten Fahrgeschäfte, an die wir uns gewöhnt haben, aus dem Verkehr genommen werden müssen. Grund dafür ist die Umstellung der deutschen Norm DIN 4112 auf die Europäische Norm 13814. Sie trägt den Titel „Fliegende Bauten und Anlagen für Veranstaltungspunkte und Vergnügungsparks-Sicherheit“. Diese Europäische Norm wurde im Sommer 2005 veröffentlicht. Im Mai 2012 wurde sie als technische Baubestimmung auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt.

Aber anders, als es die Europäische Norm ermöglicht, hat es die Landesregierung unterlassen, eine Ausnahmebestimmung für Fahrgeschäfte einzuführen, die bereits vor der Veröffentlichung der Norm zugelassen waren. Es wäre rechtlich möglich gewesen, aber es ist nicht gemacht worden. Allerdings hat der nordrhein-westfälische Bauminister diesen Fehler nicht alleine begangen, sondern zusammen mit seinen 15 Länderkollegen. Auch wenn man das gemeinsam macht, bleibt es ein Fehler, der aber zum Glück noch heilbar ist.

Meine Damen und Herren, wie auch immer es dazu gekommen ist, fest steht: Das geltende Recht stellt die Existenz älterer Fahrgeschäfte und damit auch die Existenz von Schaustellern infrage. Unser gemeinsames Anliegen muss es daher sein, zweierlei zu erreichen:

Erstens. Die Sicherheit der älteren Fahrgeschäfte muss weiterhin gewährleistet werden.

Zweitens. Die alten und traditionellen Fahrgeschäfte sollen auch in Zukunft viele Menschen erfreuen.

Ich glaube nicht, dass das die Quadratur des Kreises ist. Es ist eine lösbare Aufgabe, die unsere Beamtinnen und Beamten vernünftig hinbekommen können. Weil Fahrgeschäfte in der Regel nicht nur in einem Bundesland aufgebaut werden, sondern in verschiedenen Ländern, ist, glaube ich, auch klar – Kollege Schmeltzer hat es eben gesagt –: Wir brauchen eine bundeseinheitliche Regelung. Damit fordern wir den Bauminister auf, zusammen mit seinen 15 Länderkollegen dafür zu sorgen, dass dieses Stück Volksfestkultur auch in Zukunft so erhalten bleibt. Ich denke, in dem Sinne ist auch unser gemeinsamer Antrag, zu dem es am Ende zum Glück gekommen ist, zu verstehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Kern.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und zu Hause! Die Tagesordnung des Präsidiums sieht vor, dass ich nun zu Ihnen spreche. Ich werde versuchen, zu verhindern, dass Sie in all dem Einvernehmen, das wir gehört haben, in ein mittägliches Suppenkoma abgleiten. Ich hoffe, das gelingt mir.

(Dietmar Bell [SPD]: Hört sich nicht so an, Herr Kern!)

Zunächst möchte ich vorwegschicken, dass ich mich den Lobeshymnen auf das Schaustellergewerbe gerne anschließe. Auch ich habe meine Kindheit nicht zum großen Teil, aber doch des Öfteren auf Kirmessen verbracht. Natürlich ist das ein wichtiger Teil unserer Kultur. Wer möchte das bestreiten? Der Kollege Dr. Wolf hat darauf hingewiesen, wie viele Millionen Besucher ihren Spaß auf Volksfesten finden. Das soll unserer Meinung nach auch so bleiben.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir dürfen aber nicht vergessen, dass es sich hier durchaus um ein gefährliches Geschäft handelt. Niemand hat das Bild von einer Kinderkirmes oder einem Holzkarussell vor Augen, sondern wir reden über tonnenschweres Fahrgeschäft, das ziemlich rasante Geschwindigkeiten aufnimmt und daher sauschnell und auch saugefährlich ist.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vor allem auf der Autobahn! Da fahren zu viele Züge!)

Es gibt jetzt, um die Gefahren einzudämmen, sinnvollerweise Sicherheitsvorkehrungen, die in DIN-Normen geregelt sind. Das ist heute das Thema.

Bereits im Jahr 2005 wurde eine neue Sicherheitsrichtlinie, eine neue Norm verabschiedet, die ein höheres Sicherheitsniveau vorschreibt, wohlgemerkt, vor über zehn Jahren. Im Jahr 2012 wurde diese Vorschrift – das wurde schon angesprochen – von den Landesministern in die entsprechende Bauordnung der Länder aufgenommen.

Das führt jetzt zu Mehrkosten. Gerade in der Debatte wurde von sechsstelligen Summen gesprochen. Ich möchte das etwas relativieren; der Antrag ist da auch sehr viel deutlicher. Von mehreren Tausend Euro ist die Rede, die bei regelmäßig wiederkehrenden Sicherheitsprüfungen zu leisten sind. Da kann man sich fragen, ob das tatsächlich, wenn wir von einer milliarden schweren Branche sprechen, so eine Riesenbelastung ist.

Wie dem auch sei, die Schausteller haben Klage erhoben. Ich darf aber darauf hinweisen, dass diese Verfahren noch laufen, sie sind durchaus nicht rechtskräftig. Man könnte jetzt auch einfach abwarten, wie die Verfahren ausgehen, und sich dann ein Bild machen und entscheiden.

Es ist vom Gericht nicht bemängelt worden, dass es generell ein Umding wäre, ein höheres Sicherheitsniveau zu fordern und dass dies nicht auf dem Niveau aus dem letzten Jahrhundert stagniert, sondern es wurde gefordert, dass der Gesetzgeber eine Begründung liefert.

Wir sind auch ansonsten damit konfrontiert, dass sich die Standards in unserem Alltag erhöhen; auch die Sicherheitsstandards in allen anderen Lebensbereichen erhöhen sich. Deshalb denke ich, dass so argumentiert werden kann, auch in diesem Bereich höhere Sicherheitsnormen platzgreifen zu lassen. Unfälle in diesem Gewerbe sind nämlich keine Seltenheit, sondern treten mit einer unschönen Regelmäßigkeit auf.

An dieser Stelle gibt es nun zwei Möglichkeiten; dafür bräuchte es dieses Parlament und diese Debatte eigentlich nicht. Man könnte als Gesetzgeber diese Begründung nachliefern. Damit wäre dem Bedenken des Verwaltungsgerichts Hannover – das Gericht ist gar nicht aus unserem Land – schon Genüge getan. Oder man könnte offensiv hingehen und von dieser Ausnahmemöglichkeit, die die Norm als Bestandsschutz vorsieht, Gebrauch machen. Da es sich hier um eine Verordnung handelt, ist noch nicht einmal das Landesparlament als Gesetzgeber gefordert. Das könnte Rot-Grün unter sich ausmachen und hätte sofort das gewünschte Ergebnis zu dem Thema, über das wir hier sprechen.

Aber gut, es geht um die Entlastung des Schaustellergewerbes. Ob das unbedingt zulasten des Punktes „Sicherheit“ gehen muss, da bin ich mir nicht sicher. Ich könnte mir vorstellen, wenn man diesem Gewerbe entgegenkommen möchte, etwa über eine andere Strukturierung der Gema-Gebühren zu reden, die für dieses Gewerbe sicherlich genauso be-

lastend sind wie für das Weihnachtsgeschäft. Da ist uns schon aufgefallen, dass da gar keine Musik mehr gespielt wird. Daran könnte man also etwas tun. Außerdem könnte man an den Standmieten etwas machen. Zudem könnte man darüber sprechen, dass ein entsprechendes Sicherheitsniveau von den Besuchern auch mit höheren Preisen bezahlt werden kann. Ich denke, das ist in der Marktwirtschaft kein Ding der Unmöglichkeit.

Für uns ist Folgendes wichtig: Für uns ist Sicherheit an dieser Stelle nicht zu verhandeln. Das tut der Antrag leider, weil er von einem ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Achten Sie auf die Redezeit, Herr Abgeordneter.

Nicolaus Kern (PIRATEN): Ich komme zum Ende, Herr Präsident, vielen Dank. – In ihm wird davon gesprochen, dass die Sicherheit zu einem vertretbaren wirtschaftlichen Aufwand ermöglicht wird. Diese Abwägung machen wir so nicht mit. Wir hätten uns auch gewünscht, darüber noch einmal im Ausschuss in Ruhe diskutieren zu können. Das ist leider nicht der Fall.

Ich werde deshalb meiner Fraktion die Ablehnung des Antrages empfehlen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Kern. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Man kann den Kern des Antrages auf einen Punkt bringen: Alle sind sich einig – auch die Schaustellerinnen und Schausteller selbst –, dass es für Sicherheitsmängel keinen Bestandsschutz geben kann. Aber natürlich soll Bestandsschutz gewährt werden für bewährte Sicherheit. Dieses Dilemma muss jetzt konstruktiv aufgelöst werden.

Deshalb möchte ich den Eindruck korrigieren, als sei die Sicherheit der Fahrgäste gegen wirtschaftliche Erwägungen aufzuwiegen. Leib und Leben der Kundschaft können nie einem wirtschaftlichen Aspekt untergeordnet werden. Gemeint ist in dem Antrag vielmehr, dass die Schaustellerinnen und Schausteller bei einer Mängelbeseitigung einen Abwägungsprozess verlangen können, der den Sicherheitsnutzen zusätzlich abwägt gegen den wirtschaftlichen Aufwand.

Ich will nur darauf hinweisen, was überhaupt zu der Behandlung dieses Themas im Jahr 2012 geführt hat. Im Jahr 2012 hat mein Vorgänger in diesem

Gremium mitgestimmt oder mitstimmen lassen; diskutiert wurde ein Unfall, der sich in Bayern im Jahr 2011 ereignet hat. Da ist ein Sicherheitsbügel auf einem sogenannten Wellenreiter, also einem Discflyer, gerissen. Bei diesem Unfall gab es auch Verletzte.

Daraufhin ist ein Gutachten erstellt worden. Dieses Gutachten hat in die Diskussion und Beschlussfassung des Bund-Länder-Arbeitskreises Eingang gefunden. Da wurde signalisiert, dass Materialermüdung, die wir mit neuen Erkenntnissen der Materialprüfung nachweisen konnten, zu diesem schrecklichen Unfall geführt hat. Deshalb ist damals selbstverständlich veranlasst worden, die einschlägigen Sicherheitsbügel zu verändern und den Einsatz der Sicherheitsbügel, die solche Sicherheitsmängel bautypisch aufweisen konnten, nicht mehr zu gestatten.

Das ist eigentlich des Pudels Kern bei der gesamten Diskussion. Ich bin sicher: Wir werden länderübergreifend eine gemeinsame Position finden, die genau diese Güterabwägung nicht in Zweifel zieht.

Die Schaustellerinnen und Schausteller müssen sich darauf verlassen können, dass die Güterabwägung – die Wahrnehmung des Ermessensspielraums – mit gesundem Menschenverstand gegenüber dem Schaustellergewerbe getroffen wird. Es geht darum, dass bei diesen hochdynamischen Karussells – es geht nicht um Kinderkarussells, nicht um historische Karussells –, bei denen die „Post abgeht“, die aber nicht nietnagelneu sind, die Sicherheit zweifelsohne gewährleistet bleibt.

Ich habe mit meinem Freund, dem niedersächsischen Wirtschaftsminister, Kontakt zur niedersächsischen Landesregierung aufgenommen. Wir prüfen, ob wir nicht eine gemeinsame Initiative vorbereiten können, die beiden berechtigten Anliegen gerecht wird. Wir werden dann, wenn wir eine abschließende Empfehlung oder Verordnung hinbekommen haben, sicherlich gerne die einschlägigen Ausschüsse dieses Landtages unterrichten.

Liebe Daniela, ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, welch gewaltiges Luther-Wort mir von dir nachgerufen wird. Das finde ich astrein. Das bestätigt meinen Eindruck, dass die Zusammenarbeit mit dir fast immer Spaß gemacht hat. Deshalb rege ich an: Wenn doch von allen Fraktionen so viel Kirmesleidenschaft offenbart wird und wenn die Karussellpferd- und Karussellponyträgerinnen und -träger von Landtag und Landesregierung so engagiert sind in ihrem Bestreben, dass NRW Kirmesland Nummer eins bleibt und an der Spitze aller Bundesländer marschiert, dann sollte es doch möglich sein, einen „Daniela-Tag“ zu kreieren,

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

an dem sich der nordrhein-westfälische Landtag auf der Großkirmes in Oberkassel trifft, feiert und mit den Schaustellern zusammen diskutiert. Das wäre

die neue Barbara-Tradition, die wir gründen sollten. – Glück auf!

(Heiterkeit – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. Wir sehen einer entsprechenden Initiative der Landesregierung voller Freude entgegen. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben direkte Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/8234 beantragt. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/8234** mit den Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion mit großer Mehrheit **angenommen** worden ist.

Ich rufe auf:

4 Hochschulfreiheit a. D. – Landesregierung regelt nun auch bürokratisch die Anwesenheitspflichten von Studierenden

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8115

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Dr. Berger das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit dem 11. September 2014 gilt in Nordrhein-Westfalen das sogenannte Hochschulzukunftsgesetz. Gegen den Rat aller Experten hat Rot-Grün die Entmündigung der Hochschulen vor Ort eingeleitet und die Entscheidungen über Fragen des universitären Lebens in das Düsseldorfer Ministerium zurückverlagert.

Nebenbei bemerkt: Die Regierung tut das über eine Verordnung, die zumindest bei uns in dem Verdacht steht, verfassungswidrig zu sein.

(Dietmar Bell [SPD]: Wir freuen uns auf Ihre Klage, Herr Dr. Berger!)

Wir werden das noch endgültig klären.

(Beifall von der CDU)

Grundsätzlich haben Sie mit Ihrem Gesetz die Anwesenheitspflichten in nordrhein-westfälischen Hochschulen abgeschafft. Meine Damen und Herren – auch zu Hause am Stream –: In Nordrhein-

Westfalen besteht an den Hochschulen keine Anwesenheitspflicht mehr.

Die Tatsache, dass Sie jetzt in Düsseldorf zentral alle Entscheidungen treffen wollen, kommt in dieser Frage wie ein Bumerang auf Sie zurück. Sie müssen auch Ausnahmen regeln. Das Problem Ihrer Gesetzesphilosophie, hier in Düsseldorf alles regeln zu wollen, führt vor Ort zu grotesken Auswirkungen. Am Beispiel der Anwesenheitspflichten wird das schön deutlich. Demnach darf eine Anwesenheitspflicht nur ausgesprochen werden, wenn eine Exkursion, ein Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Lehrveranstaltung vorliegt.

Jetzt weiß eigentlich keiner der Dozenten mehr Bescheid, wann eine Anwesenheit erforderlich ist und wann nicht. Es gibt eine Verunsicherung, wann die Anwesenheit eingefordert werden darf. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat über einen Fragenkatalog des Ministeriums berichtet, der laut „FAZ“ Züge einer Realsatire trägt. Denn am Ende kommt das Wissenschaftsministerium zu dem Ergebnis, dass Anwesenheit nur dann zulässig sei, wenn ein formales Lernziel primär in der Einübung des wissenschaftlichen Diskurses und weniger im Erwerb fachlicher Kompetenzen und Fähigkeiten inhaltlicher Art liegt.

An der Stelle war ich mir nicht mehr sicher, ob ich lachen oder weinen sollte. Hier erklärt das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium offen, dass das Lernziel an unseren 30 Hochschulen in der Einübung eines Diskurses liegt und nicht im Erwerb fachlicher Fähigkeiten. Ein Dozent, der Anwesenheit einfordern möchte, muss also jetzt belegen, dass man bei ihm nichts lernt.

Meine Damen und Herren, das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid, ein Anschlag auf die Leistungsfähigkeit unseres Hochschulwesens. An die Stelle unserer jahrhundertealten Anwesenheitsuniversität tritt eine autodidaktische Hochschule. Die Kompetenz der Lehrenden, etwas zu vermitteln, wird bestritten, und die intellektuelle Produktivität des Kommunikationszusammenhangs zwischen Lehrenden und Lernenden wird negiert. Eine Hochschule lebt vom Diskurs. Sie lebt von Anwesenheit; sonst könnten wir überall Fernuniversitäten einrichten.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Dazu Prof. Stichweh von der Universität Bonn:

„Die Folgen der Abwesenheit werden kognitive Defizite der Studierenden sein, und diese müssen in informellen Formen der Nachschulung kompensiert werden.“

All das führt zu einer Absenkung des Bildungsniveaus. Überdies wird auch klar, welches Bild Sie vom Durchschnittsstudenten haben.

(Karl Schultheis [SPD]: Welches Sie haben!)

Aber ich sage Ihnen: Die alleinerziehende Mutter, die arbeitet, um ihr Studium zu finanzieren, ist eben nicht die Regel, sie ist die Ausnahme. Die jungen Studierenden, die zu unseren Bildungsinstitutionen kommen, erwarten, ein vernünftiges Rüstzeug für die Zukunft zu erhalten.

Die Landespolitik steckt Jahr für Jahr 8 Milliarden € in den Wissenschaftsbereich. Darauf sind Sie ja immer stolz. 8 Milliarden € steckten Sie in den Wissenschaftsbereich, Frau Ministerin Schulze, und dann sagen Sie den Studierenden: Ihr könnt ruhig zu Hause bleiben. – Das passt nicht zusammen. Darüber hinaus sagen Sie noch: Auch wenn ihr kommen wollt, lernt ihr nichts.

Das passt also nicht zusammen. Mit dieser Haltung wird die größte Hochschullandschaft Europas noch schneller degenerieren, als das unter dem Hochschulzukunftsgesetz ohnehin zu erwarten ist.

Deshalb bitten wir Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu! Verlegen Sie die Entscheidung über die Frage, ob eine Anwesenheit erfolgen soll oder nicht, zurück in die Hände der Lehrenden! Die wissen das sehr genau. Ich habe selbst einen Lehrauftrag.

(Karl Schultheis [SPD]: Da gehen wir aber nicht hin!)

Die Mehrzahl der Veranstaltungen hat ja keine Anwesenheitspflicht. Der Dozent vor Ort weiß doch am besten, wann es angezeigt ist, mit seinen Studierenden über bestimmte Dinge zu sprechen oder auch nicht. Beenden Sie also den bürokratischen Wahnsinn, der nur dazu führt, dass im Wissenschaftsministerium sinnlose Regelungen erdacht werden, und folgen Sie unserem Antrag! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Berger. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schultheis das Wort.

Karl Schultheis* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Berger, der Antrag, der seitens der CDU heute zur Beratung ansteht, ist in die Kategorie „Verzichtbar“ einzuordnen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Wortbeitrag hat dies noch nachhaltiger begründet, als ich ursprünglich gedacht habe. Ich weiß nicht, wie oft Sie in den letzten Monaten unsere Hochschulstandorte besucht haben. Die Wirklichkeit an diesen Hochschulstandorten hebt sich sehr stark von dem ab, was Sie hier beschreiben: Da gibt es sehr viel positive Energie, auch sehr viel positive Aufnahme dessen, was im neuen Hochschulrecht geregelt worden ist.

Erinnern Sie sich noch an die Forderungen des Bildungsstreiks? Das ist jetzt schon ein paar Jahre her, aber der Bildungsstreik hat sich in Nordrhein-Westfalen – und nicht nur hier – im Endeffekt auf ganz zentrale Positionen festgelegt. Es ging darum, wie die Bologna-Reform umgesetzt wird. Die Bologna-Reform, die mittlerweile auch weiterentwickelt worden ist, hat das Studium sehr stark verschult. Dazu gehören auch die Erfahrungen mit der Anwesenheitspflicht.

Diejenigen hier im Saale, die selbst ein Studium absolviert haben, haben dies unter den rechtlichen Bedingungen getan, die in Nordrhein-Westfalen jetzt wieder Gültigkeit besitzen. Ich wüsste von keinem der Rektoren, der Dekane und all derjenigen, die die Exzellenz unserer Hochschulen darstellen, dass sie persönlich Schaden genommen hätten, was ihre Bildungspotenziale angeht.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Alle beschweren sich darüber! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Er hört es ja nicht!)

Es wird deutlich, dass dies eine Scheindiskussion ist. Die jetzigen Bestimmungen des § 64 des Hochschulzukunftsgesetzes entsprechen im Übrigen den Vorgaben, die es in allen anderen Bundesländern auch gibt. Es ist nicht so, als ob Nordrhein-Westfalen hier eine Insel darstellen würde, sondern genau das hat die Runde der Kultus- und Wissenschaftsminister vereinbart. Diese Regelung hat die Landesregierung mit in das Gesetz aufgenommen, und diese Regelung wird auch von uns unterstützt. Im Übrigen ist diese Regelung seit 2009 gültig.

Unsere Studierenden in Nordrhein-Westfalen studieren erfolgsorientiert. Das zeigen alle Ergebnisse, im Übrigen auch die Studienzeiten, die erforderlich sind, um sowohl beim Bachelor als auch beim Master zum Erfolg zu kommen. Zu den wichtigsten Qualifikationen, die neben dem Fachlichen zu vermitteln sind – hier geht es schließlich um die zukünftigen Führungskräfte unseres Landes –, gehört doch, sich selber organisieren zu können und selber eine Entscheidungsfreiheit verantwortungsbewusst wahrzunehmen. Wir können an keiner Stelle feststellen, dass die Studierenden diese Aufgabe – die Soft Skills, die wichtig sind, um nachher auch in dieser Gesellschaft zu wirken – nicht erfüllen würden.

Sie sprechen bei der Debatte über das Hochschulzukunftsgesetz immer von Misstrauen. Das, was Sie hier vorlegen – wenn Sie das einmal genau lesen, Herr Dr. Berger –, ist Ausdruck des Misstrauens gegenüber unseren Studierenden,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

dass sie das, was an Lehr- und Forschungsangeboten in unseren Hochschulen angeboten wird, nicht wahrnehmen wollen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Sie senken das Eingangsniveau!)

Gehen Sie in die Veranstaltungen, und Sie werden sehen, dass die Studierenden diese Angebote wahrnehmen, weil sie selbst davon überzeugt sind, und durch gute Lehre davon überzeugt werden, dass es Sinn macht, an Präsenzveranstaltungen teilzunehmen. Sie wissen, dass sie die Freiheit haben, ihr Studium selbst zu organisieren. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung, die viele von uns in ihrem Studium erleben durften. Ich gehe davon aus, dass wir hier alle keinen Schaden genommen haben – ganz im Gegenteil.

Meine Damen und Herren, wenn ich hier unseren Plenarsaal sehe, gehe ich davon aus, dass die Studierenden in Nordrhein-Westfalen die Anwesenheitspflicht an den Hochschulen mindestens genauso ernsthaft und pflichtbewusst wahrnehmen wie die Abgeordneten des Landtags von Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Nun spricht für die grüne Fraktion Frau Dr. Seidl.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, Herr Berger: Wenn man einen Blick in Ihre Reihen wirft, möchte man sich fragen, wie Sie es eigentlich selber mit der Anwesenheit halten. Dann aber mit erhobenem Zeigefinger vor die Studierenden zu treten, das nenne ich doch Doppelmoral.

(Beifall von den GRÜNEN)

Insofern ist das Thema schon wichtig. Es gibt derzeit auf den Unifluren in Nordrhein-Westfalen wohl kaum ein Thema, das die Gemüter mehr spaltet als das der Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen. Deshalb herzlichen Dank, Herr Berger, für die Gelegenheit zur heutigen Debatte.

Um es aber vorweg zu sagen: Ich rate hier zu etwas mehr Gelassenheit. Studierende sind schließlich keine Kinder mehr, und Hochschulen sind trotz der gestuften Studiengänge mit dem Bachelor-Master-System keine Schulen, sondern Wissenschaftseinrichtungen. Klar ist: Studierende und Hochschullehrer müssen sich in der Tat begegnen, um wissenschaftlichen Austausch pflegen zu können.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Aha!)

Dies gilt auch noch heute für die auf allen Ebenen vernetzte Welt. Doch bedeutet dies auch die Pflicht zur Anwesenheit in sämtlichen Seminaren und Vorlesungen?

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Das haben wir nicht gefordert!)

Welchen Raum sollen aus Ihrer Sicht Freiheit und Verantwortung einnehmen? Das möchte ich Sie dann doch gerne fragen, da gerade Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Hochschulefreiheit in der Debatte als ein wichtiges Ziel herausgestellt haben.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Berger?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Gerne.

Dr. Stefan Berger (CDU): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen, Frau Kollegin. Sie haben gerade gesagt: Anwesenheit bei allen Veranstaltungen. – Bei uns im Antrag geht es aber um die Forderung, die Frage, ob eine Anwesenheitspflicht erfolgt oder nicht, in die Entscheidung des jeweiligen Dozenten zu verlegen. Glauben Sie wirklich, dass das dazu führen würde, dass in allen Lehrveranstaltungen Anwesenheitspflichten gefordert würden? Oder macht diese Forderung nicht doch Sinn, weil sie vor Ort flexibel handhabbar ist?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Berger, die bloße Pflicht, anwesend zu sein, unterstellt den Studierenden, dass sie nicht die Verantwortung übernehmen wollen und können, ein Studium den Erfordernissen gemäß zu absolvieren.

Zu dieser Verantwortung gehört es auch, die entsprechenden Konsequenzen zu tragen. Wer nicht hingehört, hat am Ende vielleicht Pech gehabt. Das ist dann auch eine wichtige Erfahrung. Im Unterschied zur Schule entscheiden sich die jungen Leute schließlich aus freien Stücken für ein Studium. Darum geht es doch.

Was wurde mit der Anwesenheitspflicht erreicht? Ich zitiere Prof. Sascha Liebermann aus der März-Ausgabe von „Forschung und Lehre“:

„Erreicht wurde ..., dass Studenten leiblich präsent waren, sie waren da, wir konnten sie sehen und hören.“

Doch, so fügt er hinzu:

„Leibliche Präsenz geht nicht notwendig mit intellektueller einher.“

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Ja, klar!)

– Ja, aber darum geht es doch. Es geht doch nicht nur um die leibliche Präsenz.

Tatsache ist, dass wir im Rahmen eines wissenschaftlichen Studiums eine eigenständige Urteilsbildung erwarten. Wir müssen bei den jungen Menschen den Wunsch voraussetzen, sich auf die Herausforderungen eines Studiums einzulassen. Deshalb empfinde ich es als absurd, wenn wir die De-

batte hier und heute lediglich auf die bloße Anwesenheit von Studierenden in Lehrveranstaltungen reduzieren, so wie Sie das jetzt machen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Die Politikwissenschaftlerin Christiane Florin lehrt seit zehn Jahren an der Uni Bonn. Sie hat völlig Recht, wenn sie in einem Interview mit der „Aachener Zeitung“ Ende 2014 sagt – ich zitiere –:

„Zu einer akademischen Bildung gehört auch, dass ich über das hinausgehe, was der Dozent mir da vorne erzählt.“

Sie trifft doch genau den Punkt, wenn sie sagt:

„Man kann sich auch auf den Standpunkt stellen: Ist doch egal, wenn die Studenten Credit Points sammeln wie andere Payback-Punkte an der Kasse, Hauptsache, sie schaffen den Abschluss. Ich stelle mir unter akademischer Bildung allerdings etwas anderes vor.“

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht doch hier nicht nur um Pflichtbewusstsein und Fleiß. Es geht auch um Leidenschaft und Neugier. Es geht nicht nur um die Freiheit der Lehrenden an den Hochschulen, die Sie eben genannt haben. Es geht auch um die freie Entscheidung und die Selbstständigkeit unserer Studierenden.

Die Regelung im Hochschulgesetz zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht an den Hochschulen ist aus unserer Sicht übrigens ziemlich eindeutig. Hier heißt es – Sie haben es eben auch schon zitiert –, dass eine Anwesenheitspflicht nur erlaubt ist, wenn es sich um eine Exkursion, einen Sprachkurs, ein Praktikum, eine praktische Übung oder eine vergleichbare Veranstaltung handelt. Vergleichbare Veranstaltungen sind jene, bei denen die Einübung des wissenschaftlichen Diskurses das Hauptlernziel der Veranstaltung ist, und nicht die Vermittlung von Inhalten.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Herr Berger, welche Veranstaltungen dazu gehören, lässt sich mit einem einfachen Blick in das jeweilige Modulhandbuch des Studiengangs erkennen. Die Regelung ist also sehr klar. Der einzige Aufwand besteht darin, in die Unterlagen zu schauen. Aufwendig wird es nur, wenn jemand versuchen will, diese Regelung zu umgehen. Darum geht es doch gerade in der Debatte. Darüber klagen unsere Studierenden. Einige Lehrende versuchen, ihren Hörsaal zu füllen, indem sie nach wie vor darauf drängen, dass sich Studierende in eine Teilnahmeliste eintragen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Ja, warum denn?)

Das soll dann der Garant für den Studienerfolg sein? Das frage ich Sie jetzt einmal.

Ich möchte im Übrigen darauf hinweisen, dass die Regelung im Hochschulgesetz gar nicht so neu ist. Hintergrund ist ein Rechtsgutachten der Universität Duisburg-Essen, welches der damalige Wissenschaftsminister Pinkwart allen Hochschulen mit der Aufforderung zur Verfügung gestellt hatte, die Anwesenheitspflicht deutlich zu reduzieren. Da sich die Hochschulen offensichtlich nicht an den Erlass gebunden fühlten, haben wir nun eine gesetzliche Regelung getroffen. Diese entspricht den ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 2009. Warum also jetzt dieser Aufstand?

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Kommen Sie doch einfach einmal auf den Boden der Tatsachen zurück. Die Aufhebung der Anwesenheitspflicht stärkt die Haltung der Freiwilligkeit, die sich bereits in der Entscheidung für ein Studium ausdrückt. Wo es sinnvoll erscheint, mit Studierenden über ihre Studienplanung zu sprechen – aber das ist eine ganz andere Frage –, sollte das auch getan werden. Nur so kann eine Hochschulkultur gefördert werden, bei der den Studierenden Aufmerksamkeit geschenkt wird, ohne dass man die Fürsorge an dieser Stelle übertreibt.

Vor diesem Hintergrund werden wir dem Antrag der CDU-Fraktion heute nicht zustimmen. Wir danken aber für die sehr interessante Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Für die FDP-Fraktion hat nun Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist sicherlich der Auftakt zu einer ganzen Reihe von Debatten, die sich deshalb ergeben, weil unsere Hochschulen sich fragen werden, wie denn Ihr Gesetz letztlich anzuwenden ist.

Hier haben wir es heute mit dem Thema „Anwesenheitspflichten“ zu tun. Sie haben geregelt, dass eine Anwesenheitspflicht in Kursen nur in Ausnahmefällen zu gestatten ist. Deshalb gibt es im Augenblick an unseren Hochschulen in der Tat Streit und Dissens darüber, welche Kurse mit einer Anwesenheitspflicht zu belegen sind und welche nicht. Es wundert mich, dass das geleugnet wird. Vor allem Seminare stehen im Zentrum der Diskussion.

Niemand hätte etwas dagegen, wenn Hochschulen, die Lehrenden und die Studierenden diese Regelungen selber treffen. – Es sind aber gerade Ihre Fragen und Antworten zum Verbot der Anwesenheitspflichten, die Sie am 2. Dezember 2014 herausgegeben haben, die die Hochschulen mit einer

gewissen Ratlosigkeit und Fassungslosigkeit belegen.

(Beifall von der FDP)

Es ist ja nicht so, dass unsere Hochschulen Schwierigkeiten hätten, selbst zu denken. In Ihren Fragen und Antworten zum Verbot von Anwesenheitspflichten erklären Sie detailliert, wie die Hochschulen die Regelungen des neuen Hochschulgesetzes auszulegen haben. Die Hochschulen werden deshalb über Ihre freundlichen Hinweise kaum hinweggehen können; schließlich haben Sie mit dem Hochschulgesetz einen Durchgriff geschaffen. Die Hochschulen sind deshalb in einer gewissen Sorge, weil Sie an jeder Stelle demonstrieren, dass Sie am längeren Hebel sitzen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Freimuth, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Seidl?

Angela Freimuth (FDP): Nein, das tue ich nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage. Okay.

Angela Freimuth (FDP): Mir persönlich ist dabei eine Passage ganz besonders ins Auge gefallen. Ich darf zitieren:

„Bei Anwesenheitspflichten geht es um regelmäßige Teilnahme, nicht um aktive Teilnahme. Letzteres ist eine selbstständige und von Anwesenheitspflicht rechtlich zu trennende Teilnahmevoraussetzung für die Zulassung zu Prüfungsleistungen und bleibt auch weiterhin zulässig.“

Aha. – Die Anwesenheitspflicht wird also verboten; Studierende können aber zur aktiven Teilnahme verpflichtet werden? Allein dieser Widerspruch wäre für die Praxis völlig untauglich.

Sie beglücken uns dann aber weiter mit einer konkreten Definition von aktiver Teilnahme. Ich darf erneut zitieren:

„Die Studierenden können sich beispielsweise selbst dann aktiv an einer Lehrveranstaltung beteiligen, wenn sie nur unregelmäßig oder gar einmalig in den Lehrveranstaltungsstunden anwesend sind.“

Es ist bezeichnend, welches Verständnis Sie von aktiver Teilnahme haben. Mit Ihren Hinweisen zum Verbot von Anwesenheitspflichten schüren Sie weiter gewaltigen Unmut und große Frustration an unseren Hochschulen. Viele Dozenten fühlen sich mittlerweile direkt in der Freiheit von Lehre und Forschung eingeschränkt.

Eigentlich ist Ihre erneute ministerielle Einflussnahme das Kuriosum. Sie haben sich doch selbst über

alle Maßen dafür gelobt, dass Sie die Hochschulen durch die paritätische Besetzung aller Gremien demokratisiert hätten. Wieso aber trauen Sie diesen demokratisierten Hochschulen nicht zu, dass sie die Frage der Anwesenheitspflicht selbst regeln können?

(Beifall von der FDP)

Ich glaube, das ist so, weil es Ihnen mit der Hochschulgesetznovelle nie um eine Stärkung der Selbstverwaltung oder eine Demokratisierung der Hochschulen ging. Sie wollten einzig und allein das Ministerium, seine Einflussmöglichkeiten und Durchgriffsrechte stärken. – Man bekommt den Eindruck, Frau Ministerin, dass Sie sich zur obersten Rektorin des Landes berufen sehen. Das sehen wir dezidiert anders.

Ich bitte Sie: Lassen Sie es endlich sein, die Hochschulen zu bevormunden! Die Hochschulen können das. Sie haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie diese Regelungen erfolgreich selber treffen können.

Das, was wir im Augenblick in der Praxis beobachten, sind Detailverliebtheit, Teilsteuierung, Vorgaben, Arroganz, Besservwisserei. Meine Damen und Herren, da haben wir in der Tat ein anderes Zutrauen in die Lehrenden, die Studierenden an unseren Hochschulen.

(Karl Schultheis [SPD]: In die Studierenden scheinbar nicht!)

Herr Kollege Schultheis, Sie sagen – und da bin ich mit Ihnen völlig d'accord –, an unseren Hochschulen werden Verantwortungsellen ausgebildet. Dort werden die Führungskräfte ...

(Karl Schultheis [SPD]: Das müssen die doch lernen!)

– Das lernen die auch. Aber dafür braucht man nicht solche völlig irritierenden Anweisungen, von denen kein Mensch in der Praxis weiß, wie man damit umgehen soll. Dann hätte man es doch einfach dabei belassen sollen, dass die Hochschulen selber entscheiden können, wo und wie sie Anwesenheitspflichten festlegen.

Meine Damen und Herren, ich finde, man sollte in den Antrag der CDU auch nicht irgendetwas hineinlesen, was ein Gebot von Anwesenheitspflichten angeht. In der Debatte hatte ich teilweise den Eindruck.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben doch auch studiert zu einer Zeit, wo es keine Anwesenheitspflicht gab!)

– Woher wissen Sie das?

Vizepräsident Oliver Keymis: Meine Damen und Herren, Diskussionen führen wir auf diese Weise nicht.

Angela Freimuth (FDP): Ich unterhalte mich mit Ihnen gerne einmal darüber, Herr Schultheis, wie das in meiner Studierendenzzeit mit den Anwesenheitspflichten war. Ich will einfach nur ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. Sie kommen zum Schluss, ja!?

Angela Freimuth (FDP): Das tue ich auch, bevor ich mich mit dem Kollegen Schultheis an dieser Stelle in den Diskurs hineinbegebe.

Vizepräsident Oliver Keymis: Verabreden Sie sich anderswo!

Angela Freimuth (FDP): Eben! Wir werden das Thema „Anwesenheitspflichten“ und die konkreten praktischen Umsetzungen aus Ihrer Gesetzgebung noch an vielen Stellen zu diskutieren haben. Hier, in diesem Fall, hat die CDU mit ihrem Antrag zu Recht den Finger in die Wunde gelegt. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Freimuth. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion der Piraten Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und daheim! Heute ist rhetorisch mehrfach die partielle Sonnenfinsternis bemüht worden. Ich habe mir für den Einstieg auch so etwas erlaubt. Aber ich weiß jetzt schon, das wird mir nicht gelingen, denn hochschulpolitisch herrscht in der Unionsfraktion eine permanente totale Finsternis.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sagen Sie mal, Herr Dr. Berger: Wo sollen eigentlich die Generalisten, die interdisziplinären, die transdisziplinären Problemlöser von morgen herkommen, wenn jetzt ein Gesetz auftaucht, das vorsieht – in dem Punkt stimmen wir mit der Landesregierung und dem Gesetzentwurf überein –, genau das zu entregeln, was vorher geregelt war? Haben Sie damals in Dialektik nicht aufgepasst?

(Zurufe von der CDU: Oho!)

Sie waren offensichtlich nicht da! Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass man etwas ablehnt, was ... Sie werfen der Landesregierung vor, sie würde den Lehrenden nicht vertrauen.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Tut Sie auch nicht!)

Ich werfe Ihnen vor: Sie vertrauen den Lernenden nicht. Denn in deren Hoheit liegt es letztlich, was von der Anwesenheit im Endeffekt übrigbleibt.

Ich will Ihnen mal einen Schwank aus meinem Leben erzählen. 1976 war in der Studienordnung der Ruhr-Universität Bochum für das Fach Physik die allgemeine und anorganische Chemie prüfungsrelevant.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Damals!)

Ich bin in dieser Vorlesung zweimal physisch anwesend gewesen. Das ist bestimmt nicht dem großartigen Kollegen Hermann Specker geschuldet, dass ich da nicht mehr hingegangen bin, sondern das lag daran, dass ich einen fantastischen Chemielehrer hatte – den hat nicht jeder, das weiß ich, dafür bin ich auch nach wie vor außerordentlich dankbar –, mit dessen Unterlagen aus dem Gymnasium es mir möglich war, locker durchs Vordiplom in Chemie zu kommen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das passiert nicht wieder!)

Die Frage ist jetzt: Was habe ich mit der freien Zeit angefangen? – Ich habe ein bisschen bei den Philosophen herumgeschnüffelt und bei den Medizinern Physiologie gehört. Wollen Sie tatsächlich, dass unsere Studenten so in ihrer Freiheit beschnitten werden, dass so etwas Interdisziplinäres, Transdisziplinäres nicht mehr rauskommt?

Der US-amerikanische Unternehmens- und Organisationsforscher Russell Ackoff hat mal sinngemäß gesagt: Wir sollten endlich aufhören, so zu tun, als seien Natur und Universum so organisiert wie die Fakultäten einer Universität.

Das Fächerübergreifende, die Generalisten, das geht alles den Bach runter, wenn wir die Studienordnungen durchregulieren wie in der Schule. Das liegt in der Verantwortung der Lernenden. Bitte lassen Sie es auch da! Wir sind zumindest in dem Punkt froh, dass die Landesregierung den Schritt unternommen hat, dass zu entregulieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Berger?

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Aber natürlich. Gern!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Dr. Berger, bitte schön.

Dr. Stefan Berger (CDU): Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Es war auch schon früher so, auch zu meiner Zeit, dass prüfungsrelevante Punkte in Vorlesungen angesprochen wurden – das war der

überwiegende Teil –, in denen keine Anwesenheitspflicht vorgesehen war.

Meinen Sie nicht, dass es auch eine bestimmte Form von Unterricht und Vorlesungen des universitären Lebens gibt, zum Beispiel Seminare, die nur über Anwesenheit und Zwischenspiel von Lehrenden und Lernenden erfolgen können, und dass eine Anwesenheit für den Erfolg dieser Veranstaltung dort zwingend erforderlich ist?

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Aber natürlich, Herr Berger. Ich stimme Ihnen völlig zu. Nur, die Lernenden wissen das auch, und die werden dann da sein.

Was Sie hier mit Ihrem Antrag vorschlagen, ist ein Zurück in die Steinzeitpädagogik mit Anwesenheitspflichten. Im Mittelalter dienten Vorlesungen und Seminare dazu, die Ausführungen der Professoren schriftlich zu verlegen, weil es noch keine Druckkunst gab. Wir befinden uns aber im digitalen Zeitalter, im Internetzeitalter.

(Beifall von den PIRATEN)

Da wollen Sie tatsächlich Anwesenheitspflichten regulieren? Das sollte man wirklich den Lernenden selbst überlassen!

(Beifall von den PIRATEN)

Ich weiß, auf die Union ist hochschulpolitisch Verlass. Ich nehme es jetzt mal so, dass dieser Antrag Folge 1 von Staffel 1 von „Fifty shades of Hochschulefreiheitsgesetz“ ist. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Schulze. Bitte schön.

Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir sollten uns diese Debatte noch mal in aller Ruhe ansehen. Es ist schon sehr verwunderlich, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, was Sie hier tun.

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Was tun?)

Sie schwenken immer wieder die Fahne der Freiheit. Sie malen ein unglaubliches Schreckensszenario von ferngesteuerten Hochschulen, das jeder Grundlage entbehrt.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Wenn es aber jetzt beim Thema „Anwesenheit“ mal um Freiheit geht, und zwar um die Freiheit der Studierenden, dann gehen Sie plötzlich hin und sagen: Pflicht statt Freiheit! – Freiheit ja, aber doch wohl bitte nicht für die Studierenden. Das ist das, was Sie

in Ihrem Antrag immer wieder betonen. Da stört Freiheit plötzlich.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, was haben Sie eigentlich für ein Bild von den Studierenden bei uns im Land? Glauben Sie wirklich, dass sie nicht Verantwortung dafür übernehmen können und wollen, ihr Studium den Anforderungen entsprechend zu absolvieren? Wir sind davon überzeugt: Wer sich aus freien Stücken für ein Studium entscheidet, der kann das sehr wohl.

Und, Herr Dr. Berger und Frau Freimuth, es sind keine neuen Regelungen zur Anwesenheitspflicht –

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Doch!)

vielleicht sollten Sie einmal mit Herrn Pinkwart darüber sprechen –, denn diese Regeln gelten seit 2009. Sie sind damals in der KMK verhandelt worden, und zwar von Herrn Pinkwart, und sind als ländergemeinsame Strukturvorgaben in der ganzen Bundesrepublik in Kraft gesetzt worden. Also: Wenn die Welt untergeht, dann ist sie 2009 an dieser Frage untergegangen, und zwar in der gesamten Bundesrepublik und nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen.

Es ist damals klar geregelt worden, wie das funktioniert. Wenn ein Studiengang akkreditiert wird, dann wird bei der Akkreditierung festgelegt, welches Lernziel jedes einzelne Modul verfolgt. Es ist sinnvoll, das so zu tun. Und wenn das Lernziel Interaktion ist, wenn die Studierenden mitmachen müssen, dann darf man Anwesenheitspflichten festlegen, sonst eben nicht.

Diese Regelungen haben wir in das Gesetz aufgenommen. Wir haben damit einen klaren rechtlichen Rahmen geschaffen, damit wirklich für alle deutlich ist, wie die Anwesenheit geregelt werden soll.

Das ist auch gut so, denn – das haben Sie vielleicht noch nicht bemerkt – Lehre verändert sich. Es ist heute viel vielfältiger, wer an den Hochschulen studiert und welche Anforderungen dort gestellt werden. Wir haben E-Learning-Angebote, wir haben so etwas wie Flipped Classroom, was Digitalisierung aufnimmt. Wer heute noch glaubt, dass Lehre, Forschung rein über Anwesenheit funktioniert, der hat eine ganz ganze Menge von dem verpasst, was an den Hochschulen los ist.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Wir haben es heute mit Digital Natives zu tun. Wir haben es mit einer ganz anderen Generation von Studierenden und übrigens auch Lehrenden zu tun, für die solche Diskussionen wirklich von gestern sind.

Also, meine Damen und Herren, es gibt keinen vernünftigen Grund, in der Aufhebung der Anwesenheitspflicht den Untergang der Lehre zu sehen. Gute Lehre kommt auch ohne den Zwang bei Studie-

renden an. Das zeigt der Alltag bei uns an den Hochschulen. Wer sich für sein Fach interessiert und wer sich auf den eigenen Studienerfolg konzentriert, der besucht gute Lehrveranstaltungen aus freien Stücken. Wir trauen den Studierenden die intellektuelle Eigenständigkeit und Verantwortung durchaus zu.

Sie reden doch immer von Misstrauen. Trauen Sie doch einfach einmal den Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen! Die können weit mehr, als Sie denken.

Meine Damen und Herren, eines finde ich bei der Opposition sehr bedenklich, und das möchte ich auch in aller Deutlichkeit zurückweisen: Wenn Sie wirklich glauben, dass die Lehre, die in Nordrhein-Westfalen gemacht wird, so schlecht ist, dass nur über eine Anwesenheitspflicht noch irgendjemand dahin geht,

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

dann sollten Sie sich wirklich mal Gedanken machen, welches Bild Sie von den Lehrenden in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hier wird fantastische Lehre geleistet. Eine solche Gängelung, wie Sie sie hier vorschreiben, brauchen die nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Wir sind am Ende der Beratung zu diesem Antrag.

Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Stimmen wir also direkt ab. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 16/8115** zu? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

Unterrichtung
des Kontrollgremiums gemäß § 23 VSG
über die Einwilligung in den
veränderten Wirtschaftsplan 2015
Drucksache 16/8176

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8231

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/8153

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8233

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8238

zweite Lesung

unmittelbar anschließend

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitslage in Deutschland, in Europa und auch in Nordrhein-Westfalen hat sich nach den Anschlägen unter anderem in Paris erheblich verändert. Das macht schnelle Reaktionen auch in Nordrhein-Westfalen notwendig.

Diese schnellen Reaktionen sind direkt eingeleitet worden. Um diese besser umsetzen zu können und die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in Grenzen zu halten, ist dieser Nachtragshaushalt notwendig, insbesondere um die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei noch einmal zu erhöhen und auf einen neuen Rekordstand hier in Nordrhein-Westfalen zu bringen.

Diese Stellen werden benötigt, um zu mehr Sicherheit beizutragen: für verbesserte Ermittlungen, für verbesserten Objektschutz und insbesondere auch zur verbesserten Beobachtung potenzieller Gefährder. Deshalb halten wir diesen Nachtragshaushalt für geboten und richtig.

Zudem ermöglicht er uns vor dem Hintergrund, dass wir beim letzten Bewerbungsverfahren der Polizei ausreichend qualifizierte Bewerber hatten, auch diesen eine Chance zu geben und so gleichzeitig dazu beizutragen, die Situation der Polizei weiter zu verbessern.

Aus haushaltspolitischer Sicht ist dies alles möglich, ohne die Nettoneuverschuldung, die weiter extrem sinkt, zu erhöhen – auch wenn Teile dieses Hauses das nicht wahrhaben wollen.

Dies alles ist wichtig und erhöht die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Deswegen hatte ich die Hoffnung, dass die Oppositionsfractionen bereit wären – wie die Landesregierung und wie die Koalitionsfraktionen –, in dieser wichtigen Frage Verantwortung zu übernehmen. Leider stellt sich nach der gestrigen Debatte im Ausschuss und auch mit den vorliegenden Entschließungsanträgen heraus, dass sich

die Oppositionsfractionen dieser Verantwortung verweigern. Das bedauern wir sehr. Nichtsdestotrotz werden wir zu unserer Verantwortung stehen und den Nachtragshaushalt beschließen.

(Beifall von der SPD)

Vor dem Hintergrund der langen Debatte, die wir gestern geführt haben, will ich mich jetzt in aller Kürze auf die Änderungs- bzw. Entschließungsanträge der Opposition beziehen.

Ich beginne mit den Piraten. Die versuchen in ihrem Änderungsantrag, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen Prävention auf der einen Seite und Ermittlungen und Repressionen auf der anderen Seite. Wir sehen das nicht so. Wir glauben, wir müssen beides tun und wir müssen beides vernünftig tun. Bei der Prävention – das ist ja in der Debatte vorgestern deutlich geworden – sind wir auf einem guten Weg, tun viel und werden das auch noch erweitern. Insofern halten wir es für falsch, das hier gegeneinander auszuspielen. Deswegen werden wir den Änderungsantrag der Piraten ablehnen.

Der CDU-Entschließungsantrag ist der verzweifelte Versuch, zu begründen, warum man einem guten Nachtragshaushalt mit wichtigen neuen Stellen für die Polizei seitens der CDU nicht zustimmen will. Deswegen wird noch mal all das herausgeholt, was man in den letzten Jahren schon mal aufs Tapet gebracht hatte.

Dabei finde ich es besonders putzig, dass man sich darauf bezieht, es würden keine strukturellen Veränderungen bei der Polizei gewünscht. Das kommt ausgerechnet aus der Fraktion, die, sobald das Stichwort „Polizeireform“ fällt, anfängt, Nein zu rufen, ohne Inhalte zu kennen. Wer dann sagt, man verweigere sich strukturellen Änderungen, ist wenig glaubwürdig.

Zudem lassen Sie einen wichtigen Punkt bei Ihren alten Vorschlägen weg. Sie wärmen ja die Thematik „Polizeiassistenten“ wieder auf und sagen, das wäre eine wichtige Möglichkeit zur Entlastung. Sie verschweigen aber, dass Sie gleichzeitig mit der Forderung nach den Assistenten die Streichung von über 1.000 Polizeidienststellen beantragt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wäre Ihr Beitrag zur Verbesserung der Personalsituation der Polizei. Die Streichung von Polizeistellen, das war Ihr Vorschlag. Herr Laschet hat ja sogar gesagt, wir sollten dem Beispiel des Saarlands folgen und überall 10 % streichen. Das wäre noch viel, viel mehr, nämlich 4.000 Stellen bei der Polizei. So gehen Sie mit der Ausstattung der Polizei um.

Der FDP-Antrag ist ein ähnlicher Versuch, irgendeine Begründung dafür zu finden, warum man dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen kann.

Wir haben es gestern diskutiert, und man regt sich dann wieder auf, aber ich muss es in diesem Zusammenhang trotzdem noch einmal sagen, da Sie sich hier auf die Zahlen beziehen: Wenn Ihr damaliger Innenminister Herr Wolf den Demografiebericht früher vorgelegt und dem Parlament nicht verschwiegen hätte, hätte man viel eher auf die Situation reagieren können. Wir sind jetzt schon bei einem Rekord von zusätzlichen Ausbildungsstellen und deswegen auf dem richtigen Weg.

Zudem zeigt sich hier wieder mal die gespaltene Zunge, mit der Sie in den Debatten sprechen. Vorhin hat Herr Witzel uns noch vorgeworfen, wir würden zu viel Geld ausgeben, und jetzt wollen Sie ungedeckt mehr Geld ausgeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Ralf Witzel [FDP]: Nicht bei der Polizei!)

Das ist Ihr Vorgehen. Deswegen lehnen wir auch diesen Antrag ab.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Lohn.

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganze drei Monate nach der ersten Haushaltsverabschiedung sehen wir hier bereits den ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015. Das deutet auf die Halbwertszeit von Haushaltsberatungen bei SPD und Grünen hin.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Bei der CDU ist keine Personalnot vorhanden, bei der Polizei hingegen schon. Die Personalnot bei der Polizei ist unumstritten. Bereits seit Mitte vergangenen Jahres wissen wir darüber hinaus,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

dass eine deutliche Verschärfung der Terrorbedrohung zu verzeichnen ist.

Deswegen wollen wir als CDU-Fraktion die personelle Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz nicht verhindern, sondern – im Gegenteil – im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

(Beifall von der CDU)

Insgesamt sollen in den Behörden 385 Stellen nach dreijähriger Ausbildung zur Verfügung stehen. Das heißt, faktisch kommt es erst ab 2018 zu einer personellen Verstärkung; die letzten Verstärkungskräfte werden die Behörden 2020 erreichen. Faktisch tragen diese Personalverstärkungen – so sinnvoll sie auch sind – nicht zur aktuellen Terrorabwehr bei.

Deswegen muss man Zweifel haben, ob ein Nachtragshaushalt in der vorgelegten Form, der im Blitz-

verfahren beschlossen werden soll, tatsächlich un-
ausweichlich war.

Wir werden der Verstärkung der Sicherheitsorgane nicht widersprechen, da sie auch mittelfristig richtig ist.

Wir akzeptieren ausnahmsweise auch das beschleunigte Verfahren, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sich die Politik in Zeiten von höchster Kriminalitätsrate und höchster Terrorbedrohung nicht in Verfahrensfragen verzetteln sollte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Lohn, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges?

Werner Lohn^{*)} (CDU): Das mache ich am Ende meiner Rede.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich meine, die Opposition zeigt sich so sehr verantwortungsbewusst. Der SPD-Redner hat eben deutlich gemacht, nur die SPD und die Grünen würden hier Verantwortungsbewusstsein zeigen. Ich kann Ihnen gleich beweisen, dass das anders aussieht. Denn Verantwortungsbewusstsein unterstelle ich natürlich auch der Landesregierung, vor allen Dingen in Zeiten der Terrorbedrohung.

Sie erinnern sich: Wir hatten am Mittwochabend von ungefähr 20:45 Uhr bis 22 Uhr eine relativ lange, geplante Sondersitzung von Finanz-, Innen- und Personalausschuss. Das war wichtig, weil dieses beschleunigte Verfahren sonst gar nicht funktionieren könnte. Viele Abgeordnete waren anwesend: von SPD, Grünen, CDU und FDP und auch von den Piraten. Wer nicht da war, das war der Initiator des beschleunigten Nachtragshaushalts.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Es war eigentlich unvorstellbar: Aber Finanzminister Walter-Borjans glänzte durch Abwesenheit. Verehrte Damen und Herren, was dem Kölschfass dann aber den Boden ausgeschlagen hat, war, dass er die Ausschusssitzung vernachlässigt hat und dafür lieber zu der Einweihung einer Kölner Brauhaus-
weiterung gegangen ist.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]:
Das ist eine Frechheit!)

Terrorismusbekämpfung und Nachtragshaushalt mussten hinten anstehen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Der Staatssekretär hat
ihn vertreten!)

Walter-Borjans soll bereits gegen 19:30 Uhr in Köln am Brauhaus gesehen worden sein. In lockerer Kölsch-Laune posierte er vor den Medien, während wir im Landtag vergeblich auf seine Erläuterungen zum Nachtragshaushalt warten mussten.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: „Arroganz der Macht“ kann man da nur sagen!)

Heute kann der Finanzminister aus nachvollziehbaren Gründen nicht dabei sein. Das Fehlen im Ausschuss war allerdings nicht zu entschuldigen. Das ist so nicht hinnehmbar. Wir erwarten von ihm bzw. von der Ministerpräsidentin eine Stellungnahme zu dieser Verantwortungslosigkeit. Wer sich bei einer Brauhausenerweiterung so fröhlich in Kölsch-Laune den Medien präsentiert, aber im Ausschuss fehlt, wenn es um wichtige Sachen geht, der hat im Prinzip den Sinn seiner Aufgabe nicht erkannt.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN – Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie auch etwas Inhaltliches beizutragen?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum gibt es bei diesem Nachtragshaushalt, der aus unserer Sicht gar nicht unbedingt so hätte erfolgen müssen, eine so große Eile? Die Maßnahme ist eigentlich richtig, aus unserer Sicht aber nicht so eilbedürftig, dass sie in dieser Form vollzogen werden muss.

Die Grünen haben mit der Polizei eigentlich etwas ganz anderes vor. Sie wollen bis zu 31 Polizeibehörden schließen, nur noch Megapräsidien zulassen und damit 2.000 Stellen bei der Polizei streichen. Das ist ziemlich genau das Gegenteil der heute zu beschließenden Polizeiverstärkung. Angesichts der Terrorbedrohung ist das nicht nur inhaltlich falsch; auch der Zeitpunkt ist völlig falsch, weil wir der Polizei nicht zumuten dürfen, sich in einer solch schwierigen Zeit monatelang oder jahrelang mit Umorganisationsmaßnahmen zu beschäftigen.

Bei mir kommt der Eindruck auf, dass Herr Jäger die Gunst der Stunde genutzt hat – wenn man angesichts der traurigen Lage überhaupt davon sprechen kann –, um die Grünen mundtot zu machen und den Widerstand gegen eine Polizeiverstärkung zu brechen. Das ist vom Ergebnis her zu begrüßen, Herr Jäger. Aber eigentlich ist das ein Konflikt, den Sie zwischen den regierungstragenden Fraktionen austragen müssen und nicht über einen Nachtragshaushalt hier im Plenum.

(Beifall von der CDU)

Wir als CDU haben einen sehr konkreten und detaillierten Entschließungsantrag vorgelegt. Er zeigt die Versäumnisse der Landesregierung auf, zeigt aber gleichzeitig auf, was wir machen wollen, damit sich die Polizei wieder um ihre Kernaufgaben, nämlich Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr, kümmern kann.

Ich darf Sie bitten, sich mit den einzelnen Fragen – auch wenn wir sie mehrfach andiskutiert haben – wohlwollend auseinanderzusetzen; denn mit dem heutigen Datum wird die Diskussion nicht beendet sein. Die Terrorbedrohung wird weiter anhalten. Wir müssen darauf drängen, die wirklich dringenden strukturellen Veränderungen, die auch für eine per-

sonelle Verbesserung bei der Polizei sorgen, auch umzusetzen.

Deswegen werden wir uns beim Nachtragshaushalt enthalten.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist peinlich!)

Unserem eigenen Entschließungsantrag werden wir natürlich zustimmen. Den Entschließungsantrag der Piraten werden wir ablehnen. Beim FDP-Antrag werden wir uns enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lohn. Bleiben Sie bitte am Pult, denn es gibt eine angemeldete Kurzintervention der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen: Das, was Sie hier gerade betrieben haben, war eine Aktion nach dem Motto „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“. Ihre Haltung, sich in der Frage zu enthalten, ist angesichts der Bedrohung, mit der wir es zu tun haben, überhaupt keine Haltung.

Ich darf mir an der Stelle nur die Frage erlauben – das trage ich jetzt seit einigen Tagen mit mir herum –: Warum haben Sie sich als Oppositionsfraktionen – der Vorwurf geht insbesondere an die CDU – nicht rechtzeitig da, wo es möglich gewesen wäre, über die tatsächliche Bedrohungssituation und die Szenarien informiert?

Wir haben – das will ich noch mal in Ihr Gedächtnis zurückrufen – eine Innenausschusssitzung gehabt, wo Gelegenheit dazu gewesen wäre. Es gab eine öffentliche Sitzung des PKG, wo auf die aktuelle Bedrohungslage hingewiesen worden ist. Des Weiteren haben wir zu jeder Zeit eine Verbindung insbesondere zwischen den zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz und der aktuellen Bedrohungssituation hergestellt. Wie Sie dann auf das schmale Brett kommen können, dass dieser Nachtragshaushalt nichts mit der aktuellen Terrorabwehr zu tun hat, wird Ihr Geheimnis bleiben. Ich glaube, Ihre Haltung ist eher der Frustration darüber geschuldet, dass nicht Sie, sondern wir es waren, die die notwendigen sicherheitspolitischen Schritte gerade mit dem Nachtragshaushalt gegangen sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Körfges. – Nun haben Sie das Wort, Herr Lohn. Bitte.

Werner Lohn^{*)} (CDU): Vielen Dank, Herr Körfges, für die Nachfrage und vielleicht auch für eine Steil-

vorlage. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ihre öffentlichen Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind schön und machen sich in den Medien gut. Nur kann man meistens schon am Tag vorher in der Zeitung lesen, was da am nächsten Tag besprochen werden soll. Von daher ist das, was die Wirkung angeht, kein Argument.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir können einmal über Ihre Beteiligung an Sitzungen sprechen!)

Ich bin dankbar dafür, dass wir hier über die Personalsituation bei der Polizei sprechen. Die Frau Ministerpräsidentin hat hier am Mittwoch einen relativ unsäglichen Auftritt gehabt. Sie hat versucht, das so darzustellen, als seien CDU und FDP für die Personalmisere bei der Polizei zuständig.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wer denn sonst?)

Das war ein großer Fehler! Ich sage es Ihnen ehrlich: Frau Kraft versuchte hier als Chronistin, Geschichtsdaten zu verändern. Ich sage Ihnen: Der größte Feind von Chronisten, die Daten verändern wollen, sind Zeitzeugen. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin Zeitzeuge.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich war zu der Zeit in der Polizeiausbildung tätig. Und zur Regierungszeit von SPD und Grünen sind in den Jahren um 2003 herum die Einstellungszahlen von 1.300 auf 480 abgesenkt worden.

(Beifall von der CDU)

Die Polizeischulen wurden geschlossen, oder man hat sie verkommen lassen. Erst nach 2008, nachdem wir den Laden wieder einigermaßen aufgeräumt und die Finanzmittel zur Verfügung gestellt haben,

(Lachen von Thomas Stotko [SPD])

hat die CDU die Einstellungszahl von 480 auf 1.100 mehr als verdoppelt.

(Beifall von der CDU)

Dass sich Frau Kraft dann hinstellt und uns erzählt, wir wären die Ursache für die Personalmisere ... Wenn wir so weitergemacht hätten wie Rot-Grün vorher, hätten wir heute 30 % weniger Polizisten. Das sollten Sie sich mal durch den Kopf gehen lassen – und nicht versuchen, Geschichte zu klittern. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lohn. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lohn, Sie wissen, dass dieser Plenarsaal in einem ehemaligen Hafenbecken gebaut wurde. Während Ihres Beitrags hatte ich zwischenzeitlich Angst, dass das Niveau so weit heruntergeht, dass wir alle nasse Füße bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Geht nicht, da ist eine Stahlwanne drunter! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ihre Strategie ist, eine Falschbehauptung nach der anderen aufzustellen, damit sich die nachfolgenden Redner daran abarbeiten. Diesen Gefallen werde ich Ihnen nicht tun.

Nur so viel: Wir haben in der ersten Lesung gesagt – das ist für uns Grüne klar –, dass wir starke Sicherheitsbehörden wollen. Wir wollen eine Polizei, die in der Lage ist, die bestehenden rechtlichen Instrumente umzusetzen und den Rechtsstaat durchzusetzen. Deswegen wollen wir keine voreiligen Verschärfungen der Sicherheitsgesetze, wie Sie das vorhaben. Wir wollen keine Einschränkung der Freiheitsrechte für uns alle. Deswegen stehen wir dazu, dass wir eine starke Polizei brauchen. Deswegen stehen wir zu diesem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Frank Herrmann [PIRATEN]: Überwachung durch den Verfassungsschutz!)

Wir hatten während des Champions-League-Spiels – ich wäre böse gewesen, wenn das ein gutes Spiel des BVB gewesen wäre, das uns entgangen wäre –

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

eine gemeinsame Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, des Innenausschusses und des Unterausschusses „Personal“. Ich frage mich wirklich, warum wir das gemacht haben, wenn Sie hier eine solche Rede halten, wie Sie sie gehalten haben.

Wir haben dezidiert darüber diskutiert, warum wir auf die veränderte Sicherheitslage reagieren müssen und was die veränderte Sicherheitslage ausmacht. Wir haben gesagt – das beantragen wir mit dem Nachtragshaushalt –, dass landesweit 110 zusätzliche Ermittler für den polizeilichen Staatsschutz, weitere 150 Spezialisten für den Ausbau von Fahndung und Observation und zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte noch einmal 100 Polizisten zuständig sind.

Wir wollen den Verfassungsschutz um 25 weitere Stellen aufstocken. Mit dem Haushalt 2015 haben wir bereits 29 Stellen geschaffen. Wenn Sie zugehört hätten, wäre Ihnen klar geworden, dass wir diese veränderte Sicherheitslage nicht bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr voraussehen konnten.

Bei Ihrem Beitrag beißt sich die Katze in den Schwanz. Denn Sie sagen, Sie hätten damals schon reagieren müssen, und werfen uns jetzt vor, das sei ein Eilverfahren gewesen. Sie haben diesem Verfahren doch ausdrücklich zugestimmt. Was soll das denn?

Meine Damen und Herren, es ist angemessen und sinnvoll. Dieses Verfahren wurde im Vorfeld mit allen Fraktionen besprochen. Sie fordern wieder mehr, um uns dann in der Haushaltsdebatte nach Ostern wieder vorwerfen zu können, wir würden die Neuverschuldung heben. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

Sie müssen auch anerkennen – so viel zu den vorliegenden Entschließungsanträgen; die FDP ist viel konkreter als Sie –: Sie haben in Ihrem Antrag lediglich einen Feststellungsteil. Es gibt keinen Beschlussteil, es gibt gar keinen konkreten Vorschlag der CDU, der hier auf dem Tisch liegt.

Der FDP kann man nur sagen: Es gibt keinen Arbeitsmarkt für Polizisten. Polizistinnen und Polizisten wachsen nicht an Bäumen. Wir müssen sie ausbilden. Wir haben jetzt schon einen Rekordwert bei den Anwärterinnen und Anwärtern, die wir ausbilden. Wir haben einen Rekordwert, und wir müssen sie gut ausbilden. Unsere Kapazitäten sind damit ausgeschöpft. Das hat der Innenminister, der bei dieser Sitzung war, ausführlich erklärt.

Sie behaupten, durch die Umschichtung würden Löcher gerissen. Sie spielen mit der Angst, durch diese Umschichtung würde es dazu kommen, dass die Polizei in den Kreispolizeibehörden ihrer Aufgabe der Kriminalprävention nicht mehr nachgehen könne. Aber damit das nicht passiert, machen wir diesen Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren.

Es ist wirklich unredlich, so etwas in der Debatte zu behaupten. Schade ist, dass Sie angesichts der Bedrohungslage und angesichts der ersten Lesung, in der Dr. Optendrenk für Sie gesprochen hat, diesen vernünftigen Pfad verlassen haben. Das versteht draußen kein Mensch. Deswegen werden wir Ihre Anträge ablehnen.

Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren, dass Sie unserem Nachtragshaushalt zustimmen. Das ist ein vernünftiger Weg. Wir machen keine leeren Versprechungen. Das ist das, was notwendig ist, was getan werden muss und was man auch schnell umsetzen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alles hängt bekanntlich

mit allem zusammen. Auch durch die Personalveränderungen bei der Polizei, die der Innenminister zu Recht mit dem Kamineffekt beschrieben hat, sind natürlich unterschiedliche Aufgaben von dieser Maßnahme infolge dieser Umsetzung betroffen.

Die bisherige Einstellungspraxis der Landesregierung führt schon bald faktisch zu einem Abbau von Polizeibeamten, da in wenigen Jahren deutlich mehr Personen bzw. Polizeibeamte aus dem Dienst ausscheiden, als umgekehrt neu ausgebildet werden.

Wir sagen sehr klar: Die Wahrnehmung der Aufgabe der Polizei ist klassische Hoheitsaufgabe. Es geht um das Sicherheitsmonopol des Staates. Es gibt wenige Tätigkeiten, die so originär öffentlich wahrzunehmen sind und nicht an private Strukturen abgegeben werden können, wie der Schutz der Menschen vor Kriminalität. In diesem Land kümmert sich der Staat oftmals um vieles, bis hin zu quengel-freien Supermarktkassen. Aber die innere Sicherheit ist sicherlich eine Kernaufgabe.

Deshalb sagen wir: Angesichts der uns in den nächsten Jahren bevorstehenden Entwicklung möchten wir die vorhandenen Ausbildungskapazitäten von 1.800 Plätzen auch genutzt wissen. Da starten wir mit einem Haushalt von 1.500 Anwärterstellen.

Das hat nichts damit zu tun, dass große zusätzliche Personalkontingente bei der Polizei aufgebaut würden oder irgendjemand von den Koalitionsfraktionen sagen muss: Die von der Opposition wollen nur Stellenaufwuchs. – Es geht überhaupt darum – damit wäre verdammt viel erreicht –, die personelle Auszehrung, die in den nächsten Jahren quantitativ bei der Polizei stattfinden wird, im Interesse der allgemeinen Sicherheit für alle Bürger aufzufangen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist der Vorschlag der Landesregierung mit Blick auf die Polizeistellen auch nur die Reduzierung eines stattfindenden Abbaus. Das ist für sich genommen natürlich nicht verkehrt, aus unserer Sicht aber für die nächsten Jahren nicht ausreichend.

Deshalb war es bemerkenswert, dass die Redner der Koalitionsfraktionen gesagt haben, die Opposition solle benennen, wo sie bei Stellen kürzen wolle – auch bei den Haushaltsgruppen, die wir heute Vormittag beraten haben. Wir tun das immer.

Wir sagen Ihnen konkret: Wir halten es für die falsche Abwägung, dass Umweltminister Rammel über 300 Stellen zusätzlich bekommen hat, um mehr Umweltbürokratie aufzubauen, während in den nächsten Jahren de facto bei der Polizei ein Personalstellenabbau stattfindet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb verstehe ich auch den Kollegen Lohn, dass er die Frage stellt, ob wirklich jeder Grüne ein so positives Verhältnis zur Polizei hat, wie man sich das wünschen kann, wenn man die gestrigen Äußerungen der Ruhrgebiets-Grünen zu diesen schrecklichen Frankfurter Straßenschlachten liest. Das haben nicht Sie als Landtagsfraktion verbreitet, aber das zeigt, wie da an der Basis durchaus gedacht wird. Wenn gesagt wird: „Leute, beruhigt euch, es werden doch nur Autos abgefackelt.“, dann muss man doch schon sagen: So was kommt von so was.

Ich finde das zum Fremdschämen und finde es richtig, dass wir uns als Landtag von solch peinlichen Nachrichten ganz klar und eindeutig und unmissverständlich distanzieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klocke?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich, immer.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann wird er das tun.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. Danke, Herr Witzel. – Herr Witzel, Sie haben gerade die Grünen im Ruhrgebiet angesprochen und kritisch angemerkt, wie da an der Basis gedacht wird. Sie wissen wahrscheinlich auch, dass es in jeder Partei Leute gibt, bei denen man sich fragt, was bei denen im Kopf vorgeht. Sie haben aber hoffentlich auch zur Kenntnis genommen, dass sich der von Ihnen angesprochene Bochumer Ratsherr gestern für diese Äußerung entschuldigt und die auch zurückgezogen hat. Die Äußerung, an der Basis der Grünen werde so gedacht, ist eine gewisse Verallgemeinerung, die hier nicht zuträglich ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Klocke, ich habe ausdrücklich gesagt – ich bitte, das auch richtig einzuordnen –, dass nicht Sie als Landtagsfraktion das so verbreitet haben. Es gibt aber schon eine breite Medienberichterstattung über Ausführungen von der Basis, die, wie Sie gesagt haben, zwar partiell korrigiert worden sind, aber nach der Berichterstattungslage, die es dazu gibt, nicht generell zurückgenommen worden sind. Sie sollten sich einmal das Vokabular dieser Äußerung ansehen:

„Deswegen wundert es mich immer wieder, wie die Deutschen ausrasten, wenn hier PKW angezündet werden. ... Noch verstärkend kommt dazu, dass sogar friedliche Proteste häufig mit har-

ter staatlicher Gewalt niedergedrückt werden. Bei Wasserwerfern, Tränengas und Knüppelorgien durch die Polizei wächst die Verzweiflung noch mehr.“

Ich finde schon, dass das eine bestimmte Dimension. Wir täten alle gut daran, uns von solchen Äußerungen und Gedanken zu distanzieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was sagt nun konkret die Vorlage der Landesregierung zur aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklung? – 25 Planstellen zusätzlich für den Verfassungsschutz, 120 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Polizeianwärter. – Der Bedarf besteht heute. Wir haben eine dreijährige Ausbildungszeit, die im Herbst beginnt. Das heißt, wir müssen mit anderen Maßnahmen, zum Beispiel Abordnungen, dreieinhalb Jahre überbrücken.

Der Innenminister sagt, dies solle durch Überstunden und Mehrarbeit gelöst werden. Wahrscheinlich kann man das in der jetzigen Situation in der Tat nicht anders machen. Wir fordern aber für die Zukunft ausdrücklich eine bessere Ausfinanzierung und Personalplanung, um den erforderlichen Bedürfnissen der Personalausstattung für die nordrhein-westfälische Polizei gerecht zu werden.

Weil wir über einen Nachtragshaushalt reden, sprechen wir natürlich auch die Frage der Finanzierung an. Für uns ist nach den Unterlagen, die heute zur Abstimmung vorliegen, keine auskömmliche Ausfinanzierung erkennbar. Es ist für uns nicht richtig, dass man sagt, es seien höhere Bußgeldeinnahmen zu erwarten als bisher angenommen. Das macht man dann durch mehr Blitzmarathons. Für diese Showaktionen werden dann viele Tausende, Zehntausende wertvolle Polizeiarbeitsstunden verbrannt. Auch das halten wir für kritisch.

(Zurufe von der SPD: Redezeit!)

Deshalb geht meine letzte Bemerkung in Richtung der Redner der Koalitionsfraktionen, die die Opposition zur konstruktiven Mitwirkung aufgefordert haben. Ich finde, das dürfen Sie uns ohne Weiteres unterstellen. Wir haben einem zeitlich ganz stark verkürzten Verfahren zugestimmt. Sonst hätten Sie gar nicht die Möglichkeit, das heute zu beschließen.

Wir enthalten uns. Wir sind nicht gegen die Maßnahme, weil sie in der Sache ja richtig ist; sie ist für uns aber nicht ausreichend. Und das darf auch eine Opposition mit eigenen Entschlüssen dokumentieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Herr Kollege Abel, ich bin schon recht erstaunt, mit welchem Pfund Bündnis 90/Die Grünen aufwarten – in einer Linie mit Innenministern wie Zimmermann, Schily, Schäuble für Antiterrorgesetze, die die Freiheit beschränken und für mehr Überwachung sind. Ich bin auch erstaunt darüber, Herr Kollege Abel, dass die Grünen sich hier an dieses Pult stellen und diesen Nachtragshaushalt in einem verkürzten Verfahren durchpeitschen wollen, wo doch wirklich namhafte Politiker, Gründungsmütter und Gründungsväter Ihrer Partei wie Claudia Roth, Cem Özdemir, Trittin, um nur einige zu nennen

(Marc Olejak [PIRATEN]: Ströbele!)

– Ströbele! –, sagen: „Verfassungsschutz ist ein blinder Fleck der Demokratie“, und Forderungen aufstellen wie: „Verfassungsschutz gehört in Bund und Ländern abgeschafft“.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Hört, hört!)

Die Grünen in Niedersachsen haben das sogar in ihrem Grundsatzprogramm stehen. Ich bin einigermaßen erstaunt, wie zerrissen die Grünen dort zu sein scheinen, wo sie mit in der Regierungsverantwortung stehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist nicht unbekannt, dass die Piraten bundesweit wie aber auch im Lande Nordrhein-Westfalen die Aufstellung und Arbeit der Verfassungsschutzbehörden kritisieren.

Wir haben hier bei Einbringung des Nachtragshaushalts durch den Herrn Finanzminister in zwei aufeinander folgenden Sätzen Folgendes gehört: Im ersten Satz sprach er sinngemäß – es gibt noch kein Protokoll – von einer Sicherheitslage, die sich seit Dezember verändert habe; diese mache den Nachtragshaushalt notwendig. Das nächste Satz lautete: Na ja, so sehr hat sich das nicht seit Dezember verändert, sondern die Erkenntnislage hat sich im Hinblick auf die Möglichkeiten und die Bereitschaft bestimmter terroristisch organisierter und terroristischen Zielen folgender Gruppierungen und Einzelpersonen ab Dezember verändert.

Man muss sich das einmal vorstellen. Es ist also keine Bedrohungslage erst seitdem entstanden, sondern eine Bedrohungslage entsteht jedes Mal, wenn irgendwo auf der Welt ein terroristischer Anschlag stattfindet. Das müssen wir uns einfach einmal vor Augen halten.

Der Nachtragshaushalt ist in gewisser Weise – ich habe das in meiner Rede anlässlich der Einbringung durchaus gesagt; dazu stehe ich auch – eine Stärkungs- und Imagekampagne für den, wie man hören durfte, angeschlagenen Innenminister des Landes.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Dass Sie das anders sehen, glaube ich gerne, Herr Minister. – Gleichzeitig wird hier eine Bedrohungslage als Popanz aufgebaut, um strukturelle Defizite zum Beispiel im Bereich der Polizei – darum geht es in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen – zu beheben.

Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. So ist der Entschließungsantrag der FDP auch übertitelt – bei dem wir uns im Übrigen enthalten werden. Das hat aber eher haushälterische Gründe und betrifft weniger die inhaltliche Frage der Aufstockung der Polizei; denn das ist auch eine wesentliche Forderung der Piratenfraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Piratenpartei.

Die Stärkung des Verfassungsschutzes als Reaktion auf die Anschläge in Kopenhagen und Paris lehnen wir ab. Die Polizei leistet wichtige Arbeit bei der Beobachtung und Verfolgung von verdächtigen Gefährdern. Die Arbeit des Verfassungsschutzes jedoch geriet, wie wir wissen – das ist auch Grund und Anlass zum Beispiel für den Untersuchungsausschuss im Landtag Nordrhein-Westfalen –, wiederholt in die Kritik.

Vor dem Hintergrund dessen, was der Finanzminister hier am Pult gesagt hat, muss man feststellen: Die Erkenntnislage hat sich verändert. Die Sicherheitslage wird sich aber ganz sicher nicht durch 25 Leute mehr verbessern. Die Erkenntnislage hat nämlich schon vorher bestanden. Der Verfassungsschutz ist aber mit dem Personal, das er im Dezember und auch in der Zeit davor hatte, offensichtlich nicht dazu in der Lage, die Bürgerinnen und Bürger des Landes in ausreichendem Maße präventiv zu schützen. Das kriegen Sie auch nicht durch 25 Stellen mehr hin. Deswegen lehnen wir das ab.

Der Nachtrag ist überflüssig. Herr Lohn hat es schon gesagt. Er wäre nicht notwendig gewesen. Die Verschiebungen innerhalb der Polizeidienststellen sind ohnehin schon erfolgt. Es geht hier um Nachbesetzungsszenarien. Diese halten wir für nicht ausreichend. Die Sicherheitslage hat sich also nicht verändert.

Weitere Punkte sind die Prävention und die resozialisierenden Eingriffe im Rahmen der Deradikalisierung. Dazu haben die regierungstragenden Fraktionen einen Antrag gestellt, über den wir gestern hier beraten haben. Da ist aber nichts unterlegt. Sie hätten doch die Chance gehabt, in diesem Nachtragshaushalt die von Ihnen angekündigten Möglichkeiten, die Sie im Rahmen der Deradikalisierung vielleicht einmal in Betracht ziehen wollen, schon einmal mit einem Haushaltstitel zu unterlegen. Dann würden Sie hier wirklich einmal nicht nur Worte platzieren, sondern auch gleich die Taten folgen lassen; denn beides gehört zusammen.

Stattdessen lesen wir in der Begründung zum Nachtragshaushalt, dass der Verfassungsschutz die Deradikalisierung in die Hand nehmen soll. Es tut mir furchtbar leid; das passt aber nicht.

Wenn Sie sagen, das sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, halten wir das für sehr fragwürdig. Dazu wurde hier schon etwas gesagt. Wir halten es aber zumindest für notwendig, es als zivilgesellschaftliche Aufgabe zu bezeichnen. Dazu dient zum Beispiel unser Änderungsantrag bezüglich des Haushalts.

(Beifall von den PIRATEN)

Wie gesagt, werden wir den Nachtragshaushalt ablehnen. Beim Antrag der FDP werden wir uns enthalten. Da die CDU hinsichtlich ihres Antrags um eine Einzelabstimmung über die drei Punkte gebeten hat, werden wir uns dazu teilweise ablehnend, teilweise bejahend verhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Als Nächster spricht für die Landesregierung in Vertretung des nicht anwesenden Finanzministers Herr Minister Jäger. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass ich den Finanzminister heute vertreten muss, hat einen traurigen Hintergrund. Er möchte der Beisetzung seines guten Freundes Klaus Ulonska beiwohnen. Köln hat mit Klaus Ulonska eine große Persönlichkeit verloren. Ich denke, dass man einem Finanzminister auch die Möglichkeit einräumen sollte, seinem Freund eine solche letzte Geste erweisen zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was seine Abwesenheit bei der gemeinsamen Sitzung von Haushalts- und Finanzausschuss, Innenausschuss und Unterausschuss „Personal“ am Mittwoch dieser Woche angeht, war zwischen uns beiden abgesprochen, dass auf der einen Seite der Finanzstaatssekretär und auf der anderen Seite ich an dieser Sitzung teilnehmen,

(Christof Rasche [FDP]: Das war aber nicht mit dem Parlament abgesprochen!)

weil es finanzpolitisch nur um eine formale Sitzung ging, aber die Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied des Fachausschusses sind, insbesondere den innenpolitischen Hintergrund der Notwendigkeit dieses Nachtragshaushalts erläutert bekommen sollten. Der Schwerpunkt lag also auf den innenpolitischen Themen, Herr Lohn, und nicht auf den finanzpolitischen Themen. Die wenigen Fragen, die dazu gestellt worden sind, hat Staatssekretär Rüdiger Messal auch ausreichend beantwortet.

Herr Lohn, dass die Schwerpunktsetzung so war, mögen Sie auch daran erkennen, dass Ihr eigener finanzpolitischer Sprecher, Herr Optendrenk, ebenfalls nicht an der Sitzung teilgenommen hat. Insofern ist das ein bisschen Popanz gewesen, den Sie hier aufgeblasen haben.

Meine Damen und Herren, ich bin aber froh – das will ich auch noch einmal deutlich sagen; damit wiederhole ich die Worte unseres Finanzministers Norbert Walter-Borjans – und den Fraktionen dankbar, dass wir diesen Nachtragshaushalt hier in einem beschleunigten Verfahren beschließen können.

Hätten wir ihn gemeinsam beschließen können, wäre dies ein gutes Zeichen an die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen gewesen, dass ein solcher Nachtragshaushalt vor diesem sicherheitspolitischen Hintergrund eben nicht den politischen Grabenkämpfen dient. Diese Chance ist nach den Beratungen, wie ich sie jetzt gehört habe, leider vonseiten der Opposition vertan worden. So ist es aber nun einmal, meine Damen und Herren. Die Ablehnung dieses Nachtragshaushalts oder Nichtzustimmung zu diesem Nachtragshaushalt ist für mich nicht zwingend nachvollziehbar.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben es ausführlich rauf und runter diskutiert. Die Anschläge von Kopenhagen und Paris haben das Sicherheitsrisiko nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in allen Bundesländern, in ganz Deutschland, in ganz Europa erhöht. Dieser Anschlagstyp und der Anschlagsablauf machen deutlich, dass wir von einer anderen Gefährdungssituation ausgehen müssen und mit anderen Maßnahmen, mit intensiveren Maßnahmen, insbesondere was Auswertung und Observation angeht, einem Anschlagsrisiko in diesem Land begegnen müssen.

Lieber Herr Lohn, Sie haben gerade wieder versucht, eine Legende aufzubauen, nämlich die Legende, dass zwischen 2005 und 2010 die damalige Landesregierung alles für die Polizei getan habe und wir heute zu wenig täten, um einer demografischen Lücke entgegenzutreten. Herr Lohn, Sie werden es nicht schaffen. Ich werde Ihnen das immer wieder neu erklären – in der Hoffnung, dass Sie es irgendwann verstehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die sehr qualifizierte Polizeiausbildung in Nordrhein-Westfalen in den drei Modulen – Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Trainingsmaßnahmen in Selm-Bork und Praktika in den Polizeibehörden – bedingt es, dass man nicht beliebig viele ausbilden kann, Herr Lohn. Sie als ehemaliger Polizeibeamter müssten das wissen. Eine solche Organisation hat eine absolute Ausbildungskapazität, eine absolute Obergrenze.

Wir werden dieses Jahr 1.644 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen. Das wird richtig kuschelig an der Fachhochschule. Da müssen die Studentinnen und Studenten richtig zusammenrücken. Man kann eine solche Ausbildungsgrenze nicht beliebig nach oben fahren, wenn man die Qualität der Ausbildung beibehalten will.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP] – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ist doch gut für Zuwachs!)

Jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Problem, das zwischen 2005 und 2010 entstanden ist. Der ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens, hatte eine Kommission eingesetzt, die die Altersstruktur und die demografische Entwicklung bei der Polizei in NRW analysieren sollte. Die Ergebnisse dieser Kommission waren klar und eindeutig, nämlich dass ab 2020, wenn man nicht gegensteuert, eine größere Lücke entsteht. Dieser Bericht ist dem Innenministerium im Mai 2006 zugeleitet worden. Gefunden habe ich ihn, Herr Lohn, im Juli 2010. Bis dahin war er nicht veröffentlicht.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Hätte die damalige Landesregierung die gleichen Anstrengungen unternommen, die wir heute vonseiten der Regierungstragenden Fraktionen unternehmen, hätten wir heute auf den Tag 2.700 Polizeibeamtinnen und -beamte mehr auf der Straße – 2.700!

(Beifall von der SPD – Christian Möbius [CDU]: Das ist falsch!)

Um es ganz deutlich zu sagen – in der Hoffnung, dass Sie es irgendwann verstehen –: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat keine und wird keine demografische Lücke haben. Sie wird eine schwarzgelbe Lücke haben, Herr Lohn. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Lohn?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir gedacht. – Bitte schön, Herr Lohn.

Werner Lohn (CDU): Herr Minister, ich lausche Ihren Ausführungen ja meistens mit Interesse, aber jetzt mehr mit Erstaunen. Dass Sie mir erklären wollen, wie Polizeiausbildung funktioniert, finde ich erstaunlich. Ich war zehn Jahre in der Polizeiausbildung tätig, war Leiter einer Ausbildungseinheit. Ich musste darunter leiden, dass Ihre Regierung Schulen geschlossen hat, die Einstellungszahlen redu-

ziert hat. Wie kommen Sie auf den Trip, mir erklären zu wollen, was Sie alles richtig gemacht haben? Das war falsch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich maße mir nicht an, Ihnen etwas erklären zu wollen. – Doch, eigentlich schon.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Aber ich maße mir nicht an, die Größe Ihrer Wissenslücken und Erkenntnislücken beurteilen zu können.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sind Sie arrogant!)

Wenn ich Ihre Vita richtig im Kopf habe, Herr Lohn, haben Sie in Ihrer Ausbildung nicht die zweigeteilte Beamtenlaufbahn kennengelernt, sondern die dreigeteilte. Dann können Sie natürlich auch nicht wissen,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

dass die Einführung der zweigeteilten Laufbahn dazu geführt hat, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen auf die Fachhochschulen, auf die Ausbildung im Bachelorstudiengang konzentriert haben und dass wir inzwischen eine andere Art von Ausbildung installiert haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie schnöseln hier rum, Herr Minister!)

Herr Lohn, wenn Sie damals so nach mehr Stellen gepfiffen hätten, wie Sie heute die Backen aufblasen, dann wäre die Situation bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen eine andere.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da war er wieder, der Oberlehrer! Arrogant!)

Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der FDP-Fraktion in Person von Herrn Witzel.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Witzel, Sie haben das Wort für Ihre Kurzintervention. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Innenminister Jäger, zu Ihren letzten Ausführungen habe ich mir noch mal die Zahlen aus der rot-grünen Beschlussfassung in der 13. Legislaturperiode herausgesucht, damit wir hier keine Vergangenheitfälschung betreiben. Im Jahr 2003 ist mit rot-grüner Mehrheit ein Doppelhaushalt für die

Jahre 2004 und 2005 verabschiedet worden. Dieser hat erstens vorgesehen, 1.429 kw-Vermerke für Polizeistellen auszubringen, und zweitens, für die nächsten Jahre die Anwärterzahlen von 1.090 auf 500 abzusenken.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Oh!)

Wollen Sie diese Beschlussfassung von SPD und Grünen in der 13. Legislaturperiode bestreiten, Herr Innenminister Jäger? Wenn ja, wie?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wo ist denn der zweigeteilte Jäger?)

Zum Zweiten: Sie haben die Ausbildungskapazitäten angesprochen. Sie haben mir vorhin sicherlich aufmerksam zugehört. Ich habe gesagt: Auch wir wollen keine neuen Strukturen schaffen, sondern vorhandene Kapazitäten nutzen. – Die können aus Sicht der Polizeipraktiker und auch aus Sicht der GdP problemlos für bis zu 1.800 Polizeikommissaranwärter genutzt werden. Bei dem, was Sie gerade dargestellt haben, gibt es im kleinen dreistelligen Bereich noch eine Lücke. Warum wird die nicht genutzt? Bestreiten Sie, dass die Kapazitäten, wenn man im Sechstagebetrieb voll belegt, tatsächlich für bis zu 1.800 Leute ausreichen?

(Beifall von der FDP und der CDU – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Jetzt bin ich aber mal gespannt!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Witzel, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Der Altersbericht ist im Mai 2006 vorgelegt worden. Er ist vonseiten der Landesregierung nicht veröffentlicht worden. Er ist vier Jahre unter Verschluss gehalten worden – vier Jahre, in denen dem Parlament nicht dargelegt worden ist,

(Zurufe von Ralf Witzel [FDP] und Marc Lürbke [FDP])

welche großen Lücken in der Zukunft bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen entstehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die größte Lücke, die Sie haben, ist die Erinnerungslücke!)

Hätte das Parlament – übrigens Sie in Person, Sie waren damals schon, glaube ich, Abgeordneter – Kenntnis von dem Bericht gehabt, dann hätten Sie gewusst, Herr Witzel, dass die kleinen Erhöhungen, die zwischen 2005 und 2010 stattgefunden haben, was Einstellungsermächtigungen im Haushalt angeht, nicht ausreichend sind, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Um es deutlich zu sagen: Die Probleme, die wir in der Zukunft haben, gehen zurück auf Fehler in der Vergangenheit.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Witzel, Sie können sich jetzt um die eigene Achse drehen, wie Sie wollen: Das Problem mit der demografischen Lücke ist, dass es sich hier um eine schwarz-gelbe Lücke handelt. – Das ist das Erste.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Was ist denn mit 2003 und 2004? – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das Zweite, Herr Witzel: Ich glaube, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen unglaubliche Anstrengungen unternimmt, nicht nur die Qualität in der Ausbildung zu halten, sondern die Quantität, die wir ihr jetzt abverlangen, sicherzustellen.

Ich sehe jeden Tag, dass die Polizeibehörden, dass Selm-Bork und dass vor allem die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung, in denen nicht nur die Polizeibeamten ihr Studium ablegen, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung und die Kommunalbeamten, aus allen Nähten platzen. Wie Sie da 1.800 darstellen wollen, das interessiert mich.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP] – Christof Rasche [FDP]: 2003/2004!)

Aber das tun Sie ja nur, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, die 1:30 sind rum.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: ... um eine Zahl zu setzen, um von Ihren Versäumnissen in der Vergangenheit abzulenken.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: 2003/2004! Nehmen Sie doch mal Stellung! Kann er nicht!)

Um es deutlich zu sagen: Das, was da auf uns zukommt, haben Sie zu verantworten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Ich will nur noch klarstellen, Herr Lohn: Im Rahmen der Kurzintervention gibt es keine Zwischenfrage mehr. Deswegen konnte ich die nicht zulassen.

Wir sind am Ende der Debatte. Ich habe auch keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar in einem etwas komplizierteren Verfahren, auf das wir uns alle noch einmal gut konzentrieren.

Erstens. Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/8231**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist

der Änderungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens. Wir stimmen nun ab über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Das Parlamentarische Kontrollgremium nach § 23 Verfassungsschutzgesetz NRW hat nach Drucksache 16/8176 in den veränderten Wirtschaftsplan 2015 des Verfassungsschutzes eingewilligt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/8153, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit nicht über die Beschlussfassung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 in zweiter Lesung** mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Die Abstimmungen über den vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8233 und der Fraktion der FDP Drucksache 16/8238 finden nach der dritten Lesung statt.

Wir kommen, wie zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart, unmittelbar anschließend zur dritten Lösung.

(Heiterkeit – Zuruf: Lösung? – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Neue Einbringung! Anhörung!)

– Das war eine rheinische Lösung. Also wir lesen.

Wir kommen zur dritten Lesung. Dies ist, wie alle wissen, nach § 78 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zulässig, wenn niemand widerspricht. Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe dann auf zur dritten Lesung: Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015, Nachtragshaushaltsgesetz 2015.

Eine Rücküberweisung hat nicht stattgefunden. Grundlage für unsere dritte Lesung ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 in der unveränderten Fassung nach der zweiten Lesung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/8153, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 auch in dritter Lesung unverändert anzunehmen.

Erstens. Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990. Das Beratungsverfahren der dritten Lesung ist hiermit abgeschlossen. Es handelt sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung.

Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dage-

gen? – Die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP. Damit ist so entschieden und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 ist in dritter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung von CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten angenommen und **verabschiedet**.

Zweitens. Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/8233**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat Einzelabstimmung zu dem Feststellungskatalog unter Abschnitt II beantragt.

Wir stimmen ab zunächst über Ziffer 1 unter II ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD.

(Unruhe)

Soll ich das noch einmal vorlesen? Ich will gerne zur Klarheit beitragen. Es handelt sich bei Abschnitt II um das, was unter der Rubrik steht: „Der Landtag stellt fest:“. Darunter sind drei Ziffern angegeben. Die erste Ziffer hat den Wortlaut:

„Dass die Landesregierung angekündigt hat, Polizei und Verfassungsschutz zum Zwecke der Terrorismusabwehr zu verstärken, ist grundsätzlich zu begrüßen.“

Ich frage das Hohe Haus, wer dieser Ziffer zustimmt? SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten. Damit ist die **Ziffer 1 unter II** mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Wir stimmen ab über Ziffer 2 unter II. Sie lautet:

„Die vom Innenminister angekündigten Personalverschiebungen innerhalb der Polizei führen ohne kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen gleichwohl zu einer Schwächung der Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden.“

Wer stimmt dieser **Ziffer 2 unter II** zu? – CDU, FDP und Piraten. – Wer stimmt gegen die Ziffer 2? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Ziffer 2 mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen nun ab über die Ziffer 3 unter II, die lautet:

„Die Landesregierung muss endlich die in ihrer Gesetzgebungskompetenz liegenden strukturellen Reformmöglichkeiten ergreifen und die ausstehende ‚Große Dienstrechtsreform‘ dem Landtag zur weiteren Beratung vorlegen.“

Wer möchte dieser **Ziffer 3 unter II** zustimmen? – CDU, FDP und die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen gegen diese Ziffer. Wer enthält sich? – Niemand enthält sich. Damit ist Ziffer 3 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur **Gesamtabstimmung** über den **Entschließungsantrag Drucksache 16/8233**.

Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – CDU. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen gegen diesen Entschließungsantrag. Wer enthält sich? – Es enthalten sich Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 16/8233 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Drittens. Wir kommen zur letzten Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt, nämlich zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8238. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? – SPD, Grüne sowie die Fraktion der Piraten.

(Widerspruch)

Das machen wir noch einmal ganz in Ruhe. Ich genieße das immer.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie zwei Mitglieder der Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Es enthalten sich neun Mitglieder der Fraktion der Piraten sowie die CDU in ihrer Gesamtheit. Das ändert aber alles nichts an der Entscheidung

(Heiterkeit)

– aber es ist schön, dass wir einmal durchgezählt haben. Der **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/8238** ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Das war ein wunderbarer Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

6 Erträge aus der digitalen Dividende II effizient für Ausbau des schnellen Internet nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8116

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8232

Ich eröffne die Aussprache für Herrn Kollegen Stein.

(Robert Stein [CDU] steht schon am Redepult.)

Sie werden es nicht leicht haben, bis alle ein bisschen ruhiger geworden sind, Herr Stein. Wir unterhalten uns vielleicht noch ein bisschen. Wie ist es denn jetzt so in der CDU-Fraktion?

(Robert Stein [CDU]: Alles prima!)

– Ja, alles in Ordnung.

(Robert Stein [CDU]: Das kann ich Ihnen auch empfehlen!)

– Man muss nicht alles nachmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe – Glocke)

wir fahren in der Tagesordnung fort. Aufgerufen ist Tagesordnungspunkt 6. Für die Fraktion der CDU hat Herr Stein das Wort. Bitte schön.

Robert Stein (CDU): Danke sehr. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, auch die Menschen am Stream! Seien Sie herzlich begrüßt! Wir haben gestern sowohl in der LEP-Debatte als auch in der Debatte über unseren Antrag „Industrie 4.0“ über das unterdurchschnittliche Wachstum der Wirtschaft in NRW gesprochen. Hätten wir in den letzten 25 Jahren hier nur ein durchschnittliches Wachstum gehabt, könnten wir heute jährlich gut 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen haben. Statt ständig neue Schulden zu machen, könnten wir mittlerweile Schulden zurückzahlen.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Wer gut regieren will, muss die Probleme des Landes erkennen, benennen und dann abstellen. Nicht wir reden NRW schlecht, sondern Sie regieren es schlecht.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht daher eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum. Die Debatten gestern haben gezeigt, die Botschaft ist bei Rot-Grün immer noch nicht angekommen. Deshalb werden wir auch zukünftig die Probleme des Landes in unseren Anträgen immer wieder klar und gerne wiederholt genauso benennen.

(Beifall von der CDU – Matthi Bolte [GRÜNE]: Vor allem wiederholt! – Lachen von den GRÜNEN)

– Ja. Nun, Herr Bolte, es ist doch so, wenn Sie nicht jagen wollen, tragen wir die Jäger zum Jagen. Mit dem Thema „Jagd“ kennen Sie sich doch sowieso gut aus. Deswegen ist es auch notwendig, dass wir immer wieder – wiederholt – darauf aufmerksam machen.

NRW braucht eine Politik, die Wachstumskiller wie den LEP verhindert und Wachstumstreiber wie die Digitalisierung fördert. Es drängt sich doch der Eindruck auf, dass diese Landesregierung nicht für, sondern gegen die Interessen des Landes arbeitet.

(Beifall von der CDU)

Alein eine erfolgreiche Umsetzung von Industrie 4.0 in Nordrhein-Westfalen kann das jährliche Wirtschaftswachstum nach Berechnung des Branchenverbandes BITKOM und des Fraunhofer-Instituts um 1,7 Prozentpunkte steigern. Industrie 4.0 braucht allerdings eine digitale Infrastruktur, und

wer Maschinen vernetzen will, braucht dazu nun einmal Netze.

Und wer Industrie 4.0 umsetzen will, braucht dafür den Mittelstand. 94 % unserer Industrieunternehmen sind mittelständisch geprägt. Das bedeutet, wer Industrie 4.0 umsetzen will, braucht Breitband im ländlichen Raum. Denn unser industrieller Mittelstand ist insbesondere dort zu Hause.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Schauen wir uns die Zahlen mal an!

Herr Vogt hat gestern wieder einmal davon geschwärmt, dass NRW beim Breitbandausbau spitze sei. Für die Ballungsgebiete mag das stimmen, im ländlichen Raum verfügt aber bislang nur ein Drittel der Haushalte über schnelles Internet von mindestens 50 Mbit pro Sekunde.

2012 waren laut Auskunft der Landesregierung 67,9 % der Haushalte an das schnelle Internet angebunden; 2014 waren es 70,7 %. Bei einer jährlichen Steigerung von gerade einmal 1,4 Prozentpunkten wird in Nordrhein-Westfalen frühestens 2035 jeder Haushalt an das schnelle Internet angeschlossen sein.

(Zuruf von der CDU)

Der Freistaat Bayern, Herr Vogt – Sie sehen, wir nutzen das Beispiel noch immer –, hat eine wesentlich höhere Dynamik hingelegt.

(Beifall von der CDU)

Bayern hat im gleichen Zeitraum fast 20 Prozentpunkte geschafft, also jährlich nahezu 10 Prozentpunkte.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Die hatten heute auch mehr Sonnenfinsternis!)

Diese Dynamik zeigt, Herr Bolte, wenn wir nicht bald Gas geben, werden wir auch hier mal wieder abgehängt werden.

Um Gas zu geben, fehlen aber derzeit Fördergelder. Sie machen wenig über ELER, vielleicht noch ein klein wenig über EFRE. Auch das Förderprogramm bei der NRW.BANK wird nicht nachgefragt. Ideen, wie Sie wenigstens die Ausbaukosten senken könnten, haben Sie ebenfalls nicht. Und jetzt kommen die Mittel aus der Digitalen Dividende II. Immerhin hofft die Ministerpräsidentin so auf bis zu 140 Millionen €. Klar, da entstehen Begehrlichkeiten, und es bleibt die Frage: Wie setzen wir die Mittel effizient ein?

Eines direkt vorneweg, eine Zweckentfremdung für den Ausgleich von Lücken im Landeshaushalt wäre absolut kontraproduktiv. Auch die Eingliederung der Fördermittel in ein bestehendes Darlehensprogramm oder die Neuauflage eines Darlehensprogramms wäre wenig effizient. Eine solche Strategie würde den für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes notwendigen Breitbandausbau keinen Schritt vor-

ranbringen. Die entfallenden Mittel aus der Versteigerung der 700-MHz-Frequenzen müssen vollständig in ein eigenständiges Förderprogramm zum Ausbau des schnellen Internets eingebracht werden.

Unserem Antrag können Sie eine ganze Reihe von Forderungen an ein solches Programm entnehmen, die wir im Ausschuss ausführlich diskutieren sollten.

Lassen Sie mich kurz auf drei dieser Forderungen eingehen:

Erstens. Nach Berechnungen des TÜV Rheinland entfallen etwa 40 % der Investitionskosten auf gerade einmal 5 % aller Haushalte. NRW braucht daher ein Programm, das insbesondere diese Haushalte in den Fokus nimmt.

Zweitens. Sofern wir andere Projekte fördern müssen, sind solche vorrangig zu bedienen, die eine hohe Upload-Rate gewährleisten, da diese insbesondere für gewerbliche Anwender immer wichtiger wird.

Drittens. Das Förderprogramm muss zudem technologieneutral für NGA-Projekte gestaltet werden, auch für solche NGA-Projekte, bei denen die kupferbasierte sogenannte letzte Meile in ihrer Übertragungsfähigkeit optimiert ist. Sonst werden wir die Breitbandziele des Landes verfehlen.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stein. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Stein, es ist schon bewundernswert, in welcher kurzen Zeit Sie in den Reihen der CDU-Fraktion die Redebausteine dieser Fraktion übernommen haben, natürlich auch das Beispiel Bayern. Ich gebe Ihnen noch einen Tipp: Lassen Sie sich von Herrn Laschet noch den Redebaustein Sachsen geben, dann haben Sie die Zitate, die in jeder Rede auftauchen, fast komplett. Das Tariftreue- und Vergabegesetz – das habe ich vergessen – hätte auch noch vorzukommen müssen.

(Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU] – Lachen von Matthi Bolte [GRÜNE])

– Herr Lienenkämper, gut, dass wir nächste Woche im Ausschuss die Evaluation debattieren. Gucken Sie sich die einmal an! Die ist gnadenhaft gut. Darauf freue ich mich schon. Da bricht ein Szenario von Ihnen zusammen; das wird eine tolle Sache.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zur heutigen Sache – Herr Lienenkämper muss gehen, er will gar nicht weiter zuhören –: In Ihrem Antrag zur digitalen Dividende fordern Sie, die zukünftig möglicherweise auf NRW entfallenden Mittel aus einer zukünftigen Versteigerung durch die Bundesregierung in ein eigenständiges Förderprogramm einzubringen. Ich gehe jetzt nicht auf die einzelnen Punkte Ihres Antrags ein, dafür haben wir im Ausschuss noch genügend Zeit.

Für dieses Thema allgemein – die Betonung liegt auf „allgemein“ – kann man durchaus Sympathie haben. Das haben wir auch dadurch schon bewiesen, dass es bei uns schon längst Thema ist, dass die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin dazu auch schon einiges gesagt hat.

Aber Sie wissen doch ganz genau, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass Sie mit diesem Antrag das Fell eines Bären verteilen wollen, der noch gar nicht erlegt ist. Die Fakten sind doch anders. Wir kennen doch alle bislang nur die Vereinbarung, die Länder an den zu erwartenden Erlösen der Versteigerung zu beteiligen. Sie kennen die Zusage der Landesregierung – ich hoffe es jedenfalls, ich unterstelle, dass Sie zuhören, wenn wir und die Landesregierung reden –, die zu erwartenden Mittel eins zu eins für den Breitbandausbau und den digitalen Wandel in unserem Land einzusetzen. Das ist von Ministerpräsidentin Kraft dargelegt worden, und natürlich vom Minister Duin immer wiederholt worden.

Sie wissen wesentliche Dinge, wir wissen wesentliche Dinge, aber heute noch nicht. Aber, wie hoch werden denn die Erlöse sein? In welchem Jahr und wie werden die Erlöse vom Bund an die Länder überwiesen? Daher mein Appell: Verantwortlich und politisch Handeln sollte man dann, wenn man weiß, worüber man spricht. Wir sollten klare Ziele für den Ausbau des Breitbandes und der Internetinfrastruktur dann auch genauso formulieren. Wir sollten natürlich – klar, wir sind dabei – offene Fragen klären, Entscheidungen dann zügig treffen, wenn die Grundlagen für diese Entscheidungen auch vorhanden sind. Deswegen ist es nur konsequent, dass natürlich dieser Antrag überwiesen wird in der Hoffnung, dass er auch dann beraten wird, wenn wir wissen, was auf Nordrhein-Westfalen an Geldern zukommt.

Die gleiche konsequente Weise ist angebracht bei der Überweisung des Piratenantrages. Auch den werden wir dann ordentlich beraten. Ich gehe davon aus, dass dies noch einige Zeit dauern wird, da die Versteigerung ja noch nicht in der nächsten Woche ansteht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stein hat sich eben schon gefreut, dass er hier die Textbausteine aus den Breitbandanträgen der CDU wiederholen durfte. Ich habe es gestern schon gesagt: Nur zur Übung, nicht zur Strafe – das ist mittlerweile der fünfte Antrag, bei dem Sie diese Textbausteine zusammenkopiert haben. Nichtsdestotrotz debattieren wir immer wieder gerne darüber.

Mich erinnert das so ein bisschen an die Simpsons-Folge „Eine Klasse für sich“, in der Marge Simpson ein Chanel-Kostüm in einem Outlet findet. Um in den Springfielder Country Club aufgenommen zu werden, muss sie dieses jeden Tag ändern. So viel sei verraten: Am Ende wird das Kostüm von Homer Simpson zerstört, und die Familie landet bei Krusty Burger statt im Country Club. Das ist vermutlich auch das Schicksal, das mit Ihren Anträgen passiert.

So steht am Ende doch immer dasselbe darin. Ein bisschen Quengelei über die Landesregierung, ein bisschen Schlechtreden unseres Landes, ein Sammelsurium digitalpolitischer Selbstverständlichkeiten. Der Wein, den Sie hier immer wieder in neue Schläuche gießen, wird immer älter.

Die wesentlichen Forderungen, sind doch schon lange auf die Schiene gesetzt. Wir haben eine klare Zweckbindung, dass die Frequenzerlöse vollständig dem Breitbandausbau zugutekommen müssen. Das ist basiert auf einer Vereinbarung, die bereits 2012 im Vermittlungsverfahren zur TKG-Novelle getroffen wurde. Es ist dem Einsatz der Länder zu verdanken, dass diese Vereinbarung jetzt auch tatsächlich Realität wird. Die Bundesregierung hat sie lange Zeit immer wieder infrage gestellt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat dafür gekämpft, dass das so Realität wird. Und dafür bin ich sehr dankbar.

Wir werden bei der Digitalen Dividende II die Fehler der Digitalen Dividende I, die die damalige schwarzgelbe Landesregierung gemacht hat, nicht wiederholen. Wir werden dafür sorgen, dass das Geld bei dem Breitbandausbau und bei den Menschen in unserem Land ankommt, denn da gehört es hin. Sie haben damals keine Maßnahmen angemeldet, Sie hatten kein vernünftiges transparentes Verfahren. Das werden wir anders machen.

Für mich hat in Ihrem Antrag die Unterstellung, wir würden trotz der anderslautenden Beschlüsse, trotz der Zweckbindung versuchen, die Frequenzerlöse zweckentfremden zu wollen, dem Fass den Boden ausgehauen. Das ist Unsinn. Im Gegenteil ist es doch so, dass wir Gefahr laufen, dass Herr Dobrindt dem üblichen Bayern-Komplex der CSU-Verkehrsminister erliegt und reihenweise Mittel nach Bayern verschiebt. Denn es ist beim Bundesanteil noch lange nicht klar, dass das auch alles im Breitbandausbau ankommt. Darin liegt die größere reale Gefahr. Wir müssen entschieden dafür eintreten und

dafür sorgen, dass der Bund seinen Anteil fair über die Ausbauprojekte in allen Ländern verteilt.

Im Übrigen nun der übliche Schluss bei mir: Der Breitbandausbau ist eine Generationenaufgabe, die die Länder nicht alleine bewältigen können. Wir fordern deshalb vom Bund, dass er seiner Verantwortung endlich nachkommt und nicht nur schöne und erstrebenswerte Ziele vorgibt, sondern endlich und deutlich über die Erlöse aus der Digitalen Dividende II hinaus, sich an der Finanzierung beteiligt. Da stehen wir alle in der Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Rainer Schmeltzer [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Das Thema „Breitbandausbau“, „schnelles Internet“ ist schon häufiger hier im Plenum beraten worden. Das ist richtig und gut so, denn es ist das entscheidende Thema für die gesellschaftliche Teilhabe, aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens und unseres ganzen Landes in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. So hat es der Wirtschaftsminister im Ausschuss selber formuliert. Man kann ihm in dieser Aussage nur beipflichten.

Umso ärgerlicher ist es, dass diese rot-grüne Landesregierung die Chance vertan hat, europäische Mittel aus dem EFRE-Fonds für den flächendeckenden Breitbandausbau nutzbar zu machen. Stattdessen können jetzt grüne Biotop in Innenstädten gefördert werden. Ich bin mir ziemlich sicher, dass eine solche Schwerpunktsetzung das Land nicht entscheidend voranbringen wird. Hier ist eine wesentliche Chance vertan worden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Es ist deshalb gut, dass wir hier heute über die digitale Dividende beraten. Es ist gut, dass die Versteigerung von Frequenzbändern für Mobilfunklösungen auf dem Tisch liegt; denn sie stellt eine echte Chance dar. Wir begrüßen als FDP ausdrücklich nicht nur den mit dieser Versteigerung verbundenen finanziellen Aspekt, sondern auch die Chancen, die mit einer optimalen Nutzung dieser Ressourcen verbunden sind. Das sollte nicht unerwähnt bleiben.

Es gehört auch zur Wahrheit, dass weite Teile des Landes eben noch keinen ausreichenden Breitbandzugang haben. Ich komme aus dem Rhein-Erft-Kreis. Dort verfügen 30 % der Haushalte noch nicht einmal über 16 Mbit/s. Im Kreis Viersen sieht es ähnlich aus. Noch schlechter ist es in Oberberg und teilweise in Westfalen. In solchen Gegenden

müssen wir dann über Industrie 4.0 und über das Internet der Dinge überhaupt nicht zu diskutieren. Herr Bolte, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, dass sei nur Quengelei und Schlechtreden von der Opposition, dann muss ich Ihnen sagen, es geht über die Grenze des guten Geschmacks hinaus, was die Frage der wirtschaftlich positiven Entwicklung auch solcher Gegenden in Nordrhein-Westfalen angeht.

(Beifall von der FDP)

Ganz abgesehen davon sperren wir dabei auch viele Menschen von der digitalen Welt aus. NRW droht hier einmal mehr ins Hintertreffen zu geraten. Wir verweigern damit nicht nur Betrieben, sondern auch vielen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu modernen Dienstleistungen. Für Bürger und Betriebe können diese Funklösungen, die mit den Frequenzversteigerungen erreicht werden können, eine Hilfe sein.

Aber es ist natürlich auch richtig, dass die finanziellen Erträge daraus für den Breitbandausbau eingesetzt werden müssen. Der Wirtschaftsminister hat zugesagt, dass diese Mittel eins zu eins für den Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden. Ich bin sehr gespannt. Wir als FDP werden sehr genau beobachten, dass das so passiert.

Bei den bereits eingestellten Ansätzen in drei verschiedenen Ressorts darf es nicht dazu kommen, dass die Mittel hinterher wieder zweckentfremdet für irgendwelche Projekte einer interessierten Klientel genutzt werden. Deshalb haben wir hier große Sympathien für diesen vorliegenden CDU-Antrag, der die wesentlichen und notwendigen Rahmenbedingungen charakterisiert. Wir müssen sie bereits frühzeitig festlegen, um keine zusätzliche Zeit zu verlieren, wenn die Mittel vorliegen. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. Ich hoffe, dass wir dort den entsprechenden Rahmen setzen können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und an den Bildschirmen! Herr Bolte, ich musste bei den Simpsons statt an Marge eher an Ralph Wiggum denken, wie er im Kreis läuft und „Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente, Ente“ sagt.

(Beifall von den PIRATEN und Matthi Bolte [GRÜNE])

Herr Stein, den ganzen Sermon mit Wachstum, Landesentwicklungsplan, TVgG etc. pp. benötigt man doch gar nicht. Es gibt wahrlich genug sub-

stantiierte und substantiierbare Kritik, die man an der Digitalisierungsstrategie dieser Regierung anbringen könnte.

Unsere Bürger und Unternehmen benötigen mehr Dampf auf den Internetleitungen. Trotz aller anderslautender Rhetorik müssen wir feststellen: Die Landesregierung legt die Hände in den Schoß und will keine eigenen Impulse für die unterversorgten Gebiete liefern. Also müssen wir jetzt alle gespannt auf die Funkfrequenzversteigerung des Bundes warten und hoffen, dass dort eine veritable Summe zusammenkommt. Ein Teil davon geht nach Nordrhein-Westfalen und könnte dann für den Breitbandausbau verwendet werden.

Um nicht noch mehr Zeit zu verlieren, ist zumindest jetzt der richtige Zeitpunkt, um über die Verwendung der zu erwartenden Mittel zu diskutieren. Insoweit begrüßen wir den Antrag der CDU zu diesem Zeitpunkt. Manche Forderungen tragen wir mit. Aber es gibt auch einige Punkte, die wir anders sehen. Deshalb haben wir einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt.

Eines ist klar: Der Aufbau einer jeden Infrastruktur – egal, ob Wasser, Strom oder Kommunikation – kostet zunächst einmal viel Geld. Auf die vielen Benutzerjahre gerechnet ist es allerdings gut investiertes Geld. Gerade diese langfristige Perspektive ist von Bedeutung.

Deswegen setzten wir Piraten uns für den Aufbau einer zukunftsfesten Infrastruktur ein. Das kann nur Glasfaser bis in jedes Haus sein. Deswegen fordern wir von der Landesregierung einen Fahrplan „Glasfaserausbau“. Wer jetzt gut plant, spart durch Synergien mittelfristig viel Geld und kann sich über eine wettbewerbsfähige und langlebige Infrastruktur freuen. Alle anderen Lösungen sind nur kurzfristigen Interessen geschuldet und sollten nicht unterstützt werden.

Weiterhin sind wir Piraten der Auffassung, dass öffentlich geförderte Netze auch in Bürgerhand gehören. Der Förderung von Bürgernetzen und kommunalen Betreibermodellen ist deshalb besondere Priorität einzuräumen.

(Beifall von den PIRATEN)

Meistens sind es genau jene Akteure, die in unterversorgten Gebieten ein zukunftsfestes Breitbandnetz aufbauen wollen und einen längeren Zeithorizont als drei Jahre haben. Das gilt es zu unterstützen.

Zudem sollte man über eine nachfrageorientierte Förderung nachdenken. Denkbar ist eine steuerliche Absetzbarkeit von Glasfaserausrüstungen bei Hauseigentümern. Das wäre ein innovatives Förderinstrument, das neue Dynamik in den Breitbandmarkt bringen kann. So etwas brauchen wir dringend.

Wir stimmen der CDU zu, dass Kommunen im Nothaushalt besondere Unterstützung bedürfen, um den Eigenanteil aufbringen zu können. Die regierungstragenden Fraktionen haben dafür im vergangenen Jahr gewisse Erleichterungen durchgesetzt. Da müssen wir dranbleiben. Eine digitale Spaltung in arme und reiche Kommunen darf es nicht geben.

(Beifall von den PIRATEN)

Nicht zuletzt sollten alle Neubauten heute schon so konzipiert sein, dass alle Leitungen für FTTB, also Glasfaser bis in das Gebäude hinein, vorhanden sind. Es wäre ein geradezu absurder Schildbürgerstreich, Neubauten schon nach ein paar Jahren wieder für teures Geld umzurüsten, weil man zu Baubeginn noch auf alte Kupferdrahte gesetzt hat.

(Karlheinz Busen [FDP]: Oder Kohleöfen!)

– Oder so. – Diese Punkte würden unser Bundesland einen großen Schritt voranbringen. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es gehört: Die CDU beantragt, die Mittel der Digitalen Dividende II effizient für den Breitbandausbau einzusetzen – aus meiner Sicht eine pure Selbstverständlichkeit. Dafür hätte es einen solchen Antrag nicht gebraucht,

(Robert Stein [CDU]: Schön, dass wir uns da einig sind!)

zumal Sie in Ihren Wortbeiträgen gerade immer Bezug genommen haben auf die feste Zusage der Landesregierung, der Ministerpräsidentin und mir, genau dies tun zu wollen.

Die Landesregierung will die Mittel, die das Land aus den Einnahmen bei der Vergabe der Frequenzen der Digitalen Dividende II erhält, zum Ausbau des schnellen Internets einsetzen und wird das auch tun. Wir brauchen auch, glaube ich, an dieser Stelle keine grundlegende Debatte – die haben wir gestern beispielsweise beim Thema Industrie 4.0 mit ähnlichen Wortbeiträgen schon geführt.

Schauen wir uns noch einmal die Details an. Wir sorgen dafür, dass die Versorgung des Landes mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen mit Netzen der nächsten Generation, dem sogenannten Next Generation Access, gesichert wird. Das ist nötig, um das gestern intensiv diskutierte wirtschaftliche Wachstum zu gewährleisten, um Innovations-

potenziale zu erzielen wie bei Cloud Computing, Industrie 4.0, E-Government, Web-TV oder eHealth.

Das ist nötig, um die Zunahme digitaler Geschäftsprozesse – auch über die haben wir schon gesprochen – aufzufangen und überhaupt die Aufgaben der Digitalisierung zu meistern. Dessen sind wir uns sehr bewusst. Deswegen sagen wir, dass in Zukunft Anforderungen von Übertragungsraten von 100 Mbit oder mehr zu erwarten sind und dass der NGN, der Next-Generation-Network-Ausbau in Kommunen mit nur unwirtschaftlich erschließbaren Ausbaubereichen besonders schwierig ist.

Deswegen stehen wir ja auch zu den Zielen des Koalitionsvertrages, die – das, Herr Stein, ist noch einmal eine kleine Besonderheit, auf die ich aber gerne hinweise – im Koalitionsvertrag der Landesregierung und im Koalitionsvertrag des Bundes deckungsgleich sind.

Priorität hat dabei der Ausbau der Hochleistungsnetze mit einer Datenübertragungsrate von mindestens 50 Mbit bis zum Jahre 2018. Wir brauchen auch an dieser Stelle nicht noch einmal zu wiederholen, wie wir dort im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen – nämlich an der Spitze.

Ich will auch noch einmal wiederholen, dass das staatliche Handeln – wenn wir hier über öffentliche Gelder reden – nur da sinnvoll ist, wo der Markt auch tatsächlich versagt. Ich könnte mir vorstellen, dass das bei der einen oder anderen Fraktion, die nicht in der Regierung sitzt, auch in Berlin nicht, durchaus auf Zustimmung stößt. Es geht nicht nur um Geld – das ist das eine –, sondern es geht um Beratung, um Förderung von Gewerbegebieten. Es geht um Förderung auf dem Lande. Es geht um Finanzierungsprogramme der NRW.BANK.

Es geht auch – das wird vielleicht nicht mehr ganz so kritisch gesehen – um die Einrichtung des runden Tisches mit allen am Breitbandausbau beteiligten Akteuren, um solche Detailfragen, die sich vielleicht im Bau selbst oder in der Verlegetechnik selbst abspielen, dort zu thematisieren und Best-Practice-Beispiele ans Licht zu heben, um sie anderen zugänglich zu machen.

Für uns ist klar: Wir setzen das mit den vorhandenen Programmen – dem Wirtschaftsförderungsprogramm RWP, mit GRW-Mitteln, mit EFRE-Mitteln – fort. Wir werden darüber hinaus die gesamten Einnahmen der Digitalen Dividende II, die dem Land dann zustehen, in diesen Bereich einstellen. Ich bin nicht davon überzeugt, dass man dazu ein zusätzliches neues Programm braucht. Ich möchte, dass wir mit den vorhandenen Mitteln, die wir als Instrumente haben, das dann erzielte Geld on top setzen und damit unsere Bemühungen weiter verstärken.

Damit werden wir dann natürlich – das steht in dem Antrag auch drin, das ist eine Selbstverständlichkeit – diese Mittel technologieneutral für den NGA-Ausbau einsetzen. Das ist selbstverständlich, das

wird im Rahmen der bereits jetzt schon existierenden Förderprogramme schon genauso gemacht.

Bei anderen Vorschlägen, die in dem Antrag vorkommen, wie zum Beispiel bei den kommunalen Betreibermodellen oder beim Vectoring-Verfahren, bitte ich Sie – das können wir im Ausschuss auch noch einmal vertiefen –, sich auch verstärkt mit Beihilfethemen auseinanderzusetzen, also was dort geht und was nicht. Wenn man im Konflikt mit dem Beihilferecht ist, ersetzt eine Forderung alleine die Zustimmung der EU noch nicht.

Abschließend möchte ich sagen: Was außerdem gegen eine jetzige Festlegung für irgendwelche Spezialfragen spricht, ist Folgendes: Diese Dividende wird uns nach der Versteigerung zugeteilt. Herr Schmeltzer hat darauf hingewiesen, dass wir da über eine Größenordnung reden, die wir uns ungefähr vorstellen können, bei der wir die exakten Daten aber gar nicht kennen.

Ich will noch darauf hinweisen, dass der Bund die andere Hälfte der Erlöse bekommt. Wir sind da noch mitten in der Abstimmung. Es geht darum, dass wir nicht zwei Programme aufsetzen – eines der Bund, eines das Land –, und sich eine Kommune oder ein Betreiber dann aussuchen muss, von wem er das Geld kriegt. Das kann auch zusammenwirken, insbesondere in den unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum.

Dann kommt noch etwas hinzu ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ein Satz noch, Frau Präsidentin. – ... nämlich das, was die Große Koalition in Berlin gerade an zusätzlichen Mitteln freigemacht hat, insbesondere was der dafür zuständige Minister Herr Dobrindt noch einmal an zusätzlichen Mitteln für den Breitbandausbau im ländlichen Bereich zur Verfügung stellt.

Diese Programme müssen kompatibel sein. Deswegen macht es keinen Sinn, sich heute hier auf eine bestimmte Struktur festzulegen, sondern wir brauchen die gemeinsame Wirkung aller zur Verfügung stehenden Mittel, damit wir in Nordrhein-Westfalen unser Ziel im Jahre 2018 erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so? Alle hätten noch ein bisschen Zeit; der Minister hat auch um eine Minute überzogen, sodass alle ausreichend Zeit hätten, wenn sie reden wollen. – Das wollen Sie aber nicht. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 16/8116** einschließlich des **Entschließungsantrages Drucksache 16/8232** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen die Überweisung? – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Dämmwahn bremsen – Kosten und Nutzen bei der Energiesparverordnung ins Gleichgewicht bringen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8129

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hausmann jetzt das Redepult zur Verfügung.

Wilhelm Hausmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein altes Sprichwort sagt: Hindernisse lassen sich leichter beklagen als beseitigen. – Unsere Aufgabe hier im Landtag ist es jedoch, Hindernisse zu beseitigen und nicht zu beklagen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt.

Die hohen Anforderungen in der Energieeinsparverordnung EnEV sind oft Hindernisse für Investitionen in die energetische Sanierung von Wohnungen, und sie machen Investitionen für Eigentümer manchmal extrem unattraktiv. Diese Hindernisse, die wir ausgemacht haben, gilt es hier zu beseitigen. Bei vielen Maßnahmen der energetischen Sanierung stimmt das Verhältnis von Kosten und Nutzen nicht. Eine Sanierung nach den Vorschriften der Energieeinsparverordnung zahlt sich für den Eigentümer einfach nicht aus. Das geht klar zulasten des Klimaschutzes, weil dann am Ende gar nicht mehr gedämmt wird.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, dem Beispiel Hessens zu folgen und die in § 25 EnEV geregelte Ausnahme so anzuwenden, dass eine unbürokratische Befreiung durch die Bauämter möglich ist. Die Bauämter brauchen hier Rückendeckung, und sie brauchen eine Beschreibung, wie dieser Spielraum, den die EnEV von Anfang an einräumt, auszulegen ist.

Es kann nicht sein, dass Eigentümer gezwungen werden, ihre Immobilien bei einer Modernisierung komplex zu dämmen, obwohl dies wirtschaftlich wie energetisch unwirtschaftlich wäre. Gerade hier müssen wir einen besonderen Blick auf Gebäude legen, die aus verschiedenen Gründen nur noch eine begrenzte Nutzungsdauer haben. Ich spreche

hier durchaus auch den demografischen Wandel an. Denn wir wissen zwar, was mit bestimmten Wohnungsbeständen, die in die Jahre gekommen sind, passiert, und wie diese Wohnungsbestände für eine gewisse Restnutzungsdauer noch fit gemacht werden können. Man weiß aber von vornherein, dass sie für den dauerhaften Wohnungsmarkt in dieser Form nicht mehr benötigt werden.

Neben der Frage, ob die Sanierung mit Wärmedämmverbundsystemen aus aufgeschäumten Kunststoffen bauphysikalisch überhaupt sinnvoll ist – auch darüber diskutiert die Fachwelt –, gilt neben der Brandsicherheit auch die Behandlung der Oberflächen mit Bioziden zum Schutz vor Algen und Schimmelpilzbewuchs als problematisch. Die gesundheitlichen Folgen durch das Austragen von Bioziden bei Regen und das Eintreten in den Boden sind noch lange nicht ausreichend untersucht.

Meine Damen und Herren, verstehen Sie es nicht falsch: Wir wollen die EnEV nicht abschaffen, aber wir wollen einen intelligenteren Umgang mit den Möglichkeiten herbeiführen, die in ihr angelegt sind. Denn nur, wenn sich die Investitionen für die Eigentümer in einer absehbaren Zeit amortisieren, sind sie auch attraktiv. Nur wenn diese Investitionen in Gebäude mit einer noch relevanten Nutzungsdauer fließen, nützt es auch der Umwelt.

Die engen Auflagen und bürokratischen Anforderungen bei der energetischen Sanierung führen zu steigenden Investitionskosten und machen die Sanierung von Gebäuden unwirtschaftlich. Das bedeutet: Weitere Kostensteigerungen bei den Wohnkosten sind auch so vorprogrammiert.

Wir sind davon überzeugt, dass durch unseren Vorschlag Anreize geschaffen werden, um in die wichtige energetische Sanierung von Bestandsgebäuden zu investieren. Auch Walter Rasch, Vorsitzender des BID – Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland – und Präsident des BFW, fordert, bei der energetischen Sanierung auf die Refinanzierbarkeit genauso zu achten wie auf ein optimales Verhältnis von Kosten und Einsparungen.

Hier sehen wir neben dem Klimaschutz auch eine Chance für den sozialen und den freien Wohnungsbau. Gerade hier würde eher investiert, wenn die Regelungen des § 25 viel leichter zur Anwendung kämen. Sie müssen sich vorstellen, dass das heute in den Bauämtern quasi wie mit einer langen Kneifzange behandelt wird, als ob das eine absolut seltene Ausnahmeregelung wäre. Es gibt außerdem kaum vereinbarte Regelungen, wie damit umzugehen ist.

Den entsprechenden Wohnungsbauprogrammen und Förderwegen könnte so auch im sozialen Wohnungsbau zu einer neuen Dynamik verholfen werden. Dem ständigen Verfall des sozialen Woh-

nungsbaus in NRW könnte mit diesem Mittel auch entgegengewirkt werden.

Einen Anfang können Sie, können wir, mit einer nach wohnungswirtschaftlichen Kriterien günstigen Befreiungslösung machen. Wir wollen, dass die Planer verantwortlich mit einem ganz einfachen Dreisatz gegenüber den Bauämtern diesen Nachweis zur Befreiung nach § 25 führen können. Das verhindert Bürokratie bei den Behörden und auch bei den Antragstellern. Es macht den Weg dafür frei, dass viele Gebäude in einem ausgewogenen wirtschaftlichen Maß saniert und Mietpreissteigerungen verhindert werden. Das wäre einmal eine Mietpreisbremse der anderen Art und nach unserem Geschmack.

(Beifall von der CDU und Holger Ellerbrock [FDP])

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und gebe noch den Hinweis, dass es unserer Ansicht nach sehr sinnvoll wäre – nachdem Hessen vorausmarschiert ist –, dass auch wir jetzt die Konsequenzen daraus ziehen. Zudem macht es auch Sinn, hier zu einer Bundesratsinitiative und zu einer Verabredung mit dem Bund als Mitgesetzgeber im Baubereich zu kommen, damit wir zu einer einheitlichen Befreiungsregelung in allen Ländern und in allen Bauämtern in dieser Republik gelangen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hausmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Tüttenberg.

Achim Tüttenberg (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Tag einer Sonnenfinsternis über Energieeinsparung zu debattieren – das hat was! Insoweit haben die Antragsteller tatsächlich ins Schwarze getroffen. Aber so schnell diese Sonnenfinsternis heute verflogen war, so schnell verfliegt nun auch der inhaltliche Reiz Ihres Antrags.

Sie fordern einen Sonderweg, wo ein gemeinsamer Weg doch schon beschritten wurde. Heute Morgen haben Sie unter TOP 1 wieder einmal von Bürokratieabbau gesprochen – hier aber wollen Sie Landesbürokratie aufbauen, wo doch eine bundeseinheitliche Regelung bereits im Werke ist.

(Zuruf von Wilhelm Hausmann [CDU])

Natürlich ist niemand gut beraten, der Energieeinsparung verlangt, die wirtschaftlich jenseits alles Darstellbaren ist. Dazu ist der Weg formaler Ausnahmen, um die Energieeinsparung zu vermeiden, aber sicher nicht der Königsweg. Ein besserer Weg sind bessere Förderungen, um die Energieeinsparung für die Beteiligten wirtschaftlicher zu gestalten, um sie dadurch doch möglich zu machen. Denn bei

der Energieeinsparung geht es nicht nur darum, Kosten zu reduzieren; es geht nicht nur darum, Geld zu sparen, sondern bei der Energieeinsparung geht es auch darum, das Klima zu schützen. Dazu haben Sie leider keinen Ton gesagt.

(Wilhelm Hausmann [CDU]: Sie haben ja gar nicht zugehört!)

Die SPD hat auf Bundesebene dazu ein ganz ausführliches Eckpunktepapier vorgelegt, das auch steuerliche Abzugsfähigkeiten vorschlägt. Die Ministerpräsidenten haben diesen Weg in einem Gespräch mit der Bundeskanzlerin bereits im Dezember positiv bewertet. Auch die CDU im Bund findet das also gut und zielführend.

Nun scheitert auch dieses breite inhaltliche Einvernehmen zwischen SPD, CDU und eben auch fast allen Ländern wieder einmal an der CSU in Bayern. Und damit ist es ein Problem der Union. Wie bei der unsäglichen Pkw-Maut, wie beim unsäglichen Betreuungsgeld lässt die CDU innerhalb der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU sinnvolle Politik blockieren und dafür unsinnige Politik ermöglichen.

(Beifall von Reiner Breuer [SPD])

Insofern drängt sich auch der Verdacht auf, dass Sie mit Ihrem formalistischen Antrag heute eigentlich von Ihrem inhaltlichen Manko bei der Frage der Energieeinsparung ablenken wollen.

Auf eine härtere Bewertung möchte ich heute zum Frühlingsanfang und in gewisser vorösterlicher Stimmung verzichten, kann dies aber für die Beratungen im Ausschuss nicht zusagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tüttenberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege von der CDU, irgendwie habe ich das Problem, dass ich den Zusammenhang zwischen der Überschrift des Antrags – „Dämmwahn bremsen“ –, Ihrer Rede und dem Antragstext nicht erkennen kann. Irgendwie wollten Sie ein bisschen was rüberbringen und haben sich dann einen Teil rausgenommen.

(Zuruf von Wilhelm Hausmann [CDU])

Wenn man über Sachen sprechen will, sollte man das auch komplett machen, finde ich. Ich denke, dass das an der Stelle nicht zusammenpasst.

Sie haben zugegebenermaßen vorhandene Problematiken wie den Biozideinsatz bei erdölbasierten Materialien angesprochen, wenn auch zum Teil überdramatisiert, wie ich finde. Aber darum geht es

in Ihrem Antrag überhaupt nicht. Darin führen Sie im Grunde genommen nur einen Logikfehler aus, indem Sie meinen, dass geringere Standards dazu führen würden, dass man das Ziel besser erreicht. Das ist nicht beweisbar. Es ist eine Theorie. Sie führen sie hier an und sagen, deshalb sei nun Handeln notwendig.

Ich sehe die Problematik, dass beim Klimaschutz die Wärmeversorgung von Gebäuden deutlich hinterherhinkt, beispielsweise im Gegensatz zur Stromversorgung. Bei dieser sind wir schon wesentlich weiter. Die Ursachen dafür sind vielschichtig, von der Eigentumsproblematik bis hin zu den zu geringen Förderprogrammen des Bundes. Das sind Ursachen, aber eben nicht die Standards, die vielleicht zu hoch sind. Die sind übrigens auf Basis von EU-Richtlinien erstellt; die können wir hier nicht mal eben ändern.

Womit Sie dann den „Dämmwahn“ genau begründen, haben Sie gerade schon angedeutet. Das diskutieren wir wohl später noch einmal.

(Wilhelm Hausmann [CDU]: Welche EU-Richtlinien sind das denn? Nennen Sie das doch mal! – Zuruf von der FDP: Das ist keine einzige EU-Richtlinie! Dummes Zeug!)

Für Aspekte wie eine Einzelfallprüfung, die Sie im Antrag fordern, und eine Optimierung der Förderprogramme besteht unserer Meinung nach kein Bedarf; denn die Einzelfallprüfung gibt es jetzt schon, und die Förderprogramme richten sich schon jetzt an dem vorhandenen Recht aus. Aber wir können das Ganze sicherlich noch weiter diskutieren. Von unserer Seite aus können wir das Ganze heute aber auch schon ablehnen. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Brems, wenn Sie schon rückwärtsgewandt irgendetwas angreifen, was ein vermeintliches Versäumnis von Schwarz-Gelb ist, dann möchte ich nur noch einmal kurz daran erinnern: Im Zuge der Modernisierung hatte Schwarz-Gelb in Berlin den Vorschlag gemacht, zehn Jahre lang 10 % abzuschreiben, was auf Fachweltebene ausdrücklich begrüßt wurde. Aufgrund kurzfristiger – wahlkampforientierter – Überlegungen ist dies unter anderem von Frau Kraft und Frau Löhrmann dann im Bundesrat abgelehnt worden, und zwar mit dem Argument, man sei bei der Kompensationsregelung noch nicht weit genug. Deswegen: Vorsicht an der Bahnsteigkante!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, der Vorschlag des Kollegen Hausmann verdient zum einen deswegen Beachtung, weil es heute der letzte Tagesordnungspunkt ist.

(Reiner Breuer [SPD]: Der wichtigste!)

Das ist der Respekt vor der Arbeit. Zum anderen ist es auch ein ganz vernünftiger Gedanke. Letztendlich steht über dem Vorschlag doch: weniger Energieeinsparverordnung und mehr Umweltschutz. Denn viele Maßnahmen nach der Energieeinsparverordnung – wenn ein Hausbesitzer nun anfangen wollte, er das alles aber erfüllen will und erfüllen muss – sind so teuer, dass er direkt die Finger davon lässt. Wenn er jetzt aber einen Teil davon durchführt, haben wir für den Umweltschutz sicherlich etwas gewonnen, Stichwort: Ressourcenschonung. Wir haben auch etwas gewonnen für die Bauwirtschaft. Denn das ist ein Investitionsprogramm.

Ich will nicht sagen: Von der SPD lernen, heißt siegen lernen. – Das will ich nicht sagen. Das wäre eine Geschichtsklitterung; das wäre falsch. Aber am 9. März 2015 gab es eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung: Managerinformationskreis. Meine frühere Kollegin aus dem Umweltministerium, Frau Dr. Hendricks, war da, ebenso der Vorsitzende Eichner der GAG, einer Wohnungsbaugesellschaft in Köln; Aufsichtsrat ist Jochen Ott.

Im Tenor kamen sogar ganz vernünftige Sachen heraus. Man wundert sich dann ja auch.

(Reiner Breuer [SPD]: Waren Sie auch da?)

Erstens wurde gesagt: Vorsicht beim Bestandschutz! Zweitens hieß es: Vorsichtige Abwägung bei Dämmung! Manche Leute haben ja Angst, neben einer Sondermülldeponie zu wohnen, wissen aber nicht, dass die Dämmmaßnahmen der 70er-Jahre dazu führten, dass sie in einer Sondermülldeponie wohnen. Also vorsichtig bei der Abwägung von Dämmmaßnahmen! Drittens wurde noch gesagt: Richtet euer Augenmerk auf eine effiziente Lösung, nämlich vor allen Dingen auf die Heizung! – Das war doch eine ganz vernünftige Sache.

In diesen Zusammenhang passt genau der Antrag des Kollegen Hausmann. Deswegen sagen wir vom Grundsatz her: Jawohl, das ist eine vernünftige Sache. Wir werden sicherlich im Ausschuss darüber beraten. Ich finde, wir sollten auch externen Sachverständigen zurate ziehen und eine Anhörung beantragen, damit wir bei solch einem vernünftigen Vorschlag, der auch von der anderen Feldpostnummer aufgegriffen worden ist, einen möglichst breiten Konsens finden.

Denn richtig ist, was richtig ist, unabhängig von der Farbe. Wir beide wissen das. Vielleicht lernen die das ja auch noch. Das wäre doch mal was Neues. Frohe Ostern wünsche ich Ihnen!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der berühmte klingonische Naturphilosoph und Architekt Kargan sagte einmal in seinem legendären Disput mit den Vertretern Hypochondriens – ich übersetze das für Sie aus dem Klingonischen –: Nur ein kalter Winter ist ein guter Winter. Nur ein heißer Sommer ist ein guter Sommer. Wir wollen die Natur draußen und drinnen spüren.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bayer, Entschuldigung! Herr Kollege Ellerbrock würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Bayer, der Name des Philosophen war mir nicht sofort geläufig. Aus welcher Gegend kommt er? Könnten Sie das bitte noch einmal wiederholen?

(Heiterkeit)

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Ellerbrock, natürlich kann ich das, selbstverständlich. Er kam vom Planeten Kronos, und zwar noch bevor die ökologische Katastrophe diesen Planeten heimsuchte. Das heißt, er hat dieses Zitat lange vor dieser Zeit von sich gegeben. Dort hat er auf der nördlichen Halbkugel gewohnt. Kronos ist ein Planet der Klasse M, der ungefähr solche Klimazonen hat wie wir auf der Erde.

(Beifall von den PIRATEN)

Insofern ist das Zitat durchaus angebracht. Ich nenne es noch einmal:

Nur ein kalter Winter ist ein guter Winter. Nur ein heißer Sommer ist ein guter Sommer. Wir wollen die Natur draußen und drinnen spüren. Häuser sind Orte der Tapferkeit, die unsere Kinder auf die Härten des klimatischen Lebens vorbereiten. Die Sonne scheint, oder sie scheint nicht. Verdampft unsere Welt, nehmen wir uns eine andere. Wir sind Krieger.

(Beifall von den PIRATEN)

Soweit dieses Zitat, vor dem ich mich verbeuge.

Die CDU outet sich mit ihrem vorliegenden Antrag wider das Dämmen als Klingonen im Geiste. Auch vor dem Geist dieses Antrages sollte ich mich also verbeugen, zumal er ja wirklich vernünftig klingt. Wieso Probleme zu Problemen machen, wenn man sie doch viel praxistauglicher machen kann, indem man sie ignoriert?

Im Antrag steht – Herr Hausmann hat das schon zitiert –, dass sich ein deutlich flexiblerer Umgang, der in der EnEv schon angelegt ist, für die Umweltziele kurzfristig positiver auswirken würde. Bei Um-

weltschutz und Klimaschutz geht es jedoch nicht um kurzfristige Verbesserungen, sondern darum, über Jahrzehnte übergeordnete Ziele im Blick zu behalten und zu erreichen. Langfristig verfolgt die Bundesregierung das Ziel, den Primärenergiebedarf von Gebäuden bis 2050 um ca. 80 % zu reduzieren. Lange Sanierungszyklen erlauben bis 2050 voraussichtlich nur eine einzige vollständige Sanierung des Bestandes.

Sie sollten darauf achten, wo und wie viele unserer Ziele Sie einer vermeintlichen Praxistauglichkeit oder Bequemlichkeit opfern. Sonst prokrastinieren Sie jedwedes Ziel.

Die Energieeinsparverordnung ist nicht – jedenfalls nicht primär – ein Wirtschaftsförderungsprogramm. Sie ist vor allen Dingen ein wichtiger Baustein der Energiewende, also des Versuchs, klimapolitische Ziele umzusetzen.

Neben Verkehr und Industrie sind es in erster Linie Gebäude, die für den Energiebedarf und den Schadstoffausstoß verantwortlich sind. Da ist es vollkommen richtig, politische Signale zu setzen. Dazu gehört bei aller Kritik auch die EnEv.

Das Problem ist also wesentlich komplexer, als es im Antrag der CDU beschrieben ist. Eine Lösung, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner basiert, wird dem übergeordneten Ziel nicht gerecht. Da müssen die CDU und die Grünen in Hessen noch einmal nachdenken.

Politisch gestalten heißt, nach Wegen zu suchen und Lösungen anzubieten, um ein als richtig erkanntes Ziel auch zu erreichen. Noch im vergangenen Monat gingen wir fest davon aus, dass Maßnahmen der energetischen Ertüchtigung von Gebäuden steuerlich begünstigt würden. Dieser Initiative hätte die breite Mehrheit hier sicherlich applaudiert. Diese Hoffnung aber, wirtschaftspolitische Erfordernisse und klimapolitische Zielsetzungen zu versöhnen, hat sich in Rauch aufgelöst. Der bayerische Koalitionspartner im Bund, die CSU, hat sich darin gefallen, destruktiv zu sein. Da schließe ich mich Herrn Tüttenberg an.

Wir wissen, dass heutzutage mit bedenklichen Baustoffen gedämmt wird. Auch wissen wir, dass die Energiesparpotenziale in den Modellen strukturell überschätzt werden. Wir wissen, dass das Dämmen – auch das richtige Dämmen – von Gebäuden noch nichts löst, wenn nicht gleichzeitig auch Wohn- und Siedlungsformen auf die politische Agenda gesetzt werden.

Niemand will, dass Gebäude gedämmt werden, deren Effekt nicht nachweisbar ist. Jedenfalls ich will nicht, dass Dämmstoffe verwendet werden, zu deren Herstellung und Entsorgung mehr Energie aufgewendet werden muss, als im Betrieb des Hauses gespart werden kann. Ich lehne auch solche Stoffe ab, die bedenkliche Stoffe an ihre Umwelt abgeben.

Über all diese Aspekte können und sollten wir schleunigst in den politischen Diskurs treten. Dazu überweisen wir den Antrag sehr gerne in den Ausschuss. Allein nur vom Dämmwahn zu sprechen, reicht nicht. Das verstellt den Blick auf die gesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen zumindest Alternativen zur Erreichung der übergeordneten Ziele nennen. Dazu haben wir jetzt die Gelegenheit. Herr Ellerbrock hat sogar von einer Anhörung gesprochen.

Ich sage für uns an dieser Stelle: „Qapla! – Viel Erfolg!“ – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, dass die Stenografen ein bisschen irritiert geschaut haben. Sie wissen sicher nicht, wie sie diesen Gruß protokollieren sollen. Ich denke aber, Sie werden helfen können. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer in Stellvertretung für Herrn Minister Groschek.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! So dramatisch wie mein Vordränger kann ich es jetzt nicht machen. Auch will ich mich in meiner Antwort auf den § 25 der EnEV konzentrieren, weil das, lieber Herr Hausmann, der eigentliche Schwerpunkt Ihres Antrages ist.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass in Hessen vorläufige Maßstäbe verkündet worden sind, dass aber inzwischen – das ist wichtig für die gesamte Debatte – die Länder in Zusammenarbeit mit den Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt sowie mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ebenfalls Maßstäbe zur Anwendung des § 25 der EnEV erarbeiten. Diese befinden sich gerade in der abschließenden Beratung und sollen noch in diesem Jahr umgesetzt werden.

Aus Ländersicht bzw. aus Sicht Nordrhein-Westfalens ist Folgendes wichtig: Um unterschiedliche Auslegungen im Vollzug zwischen den Ländern zu vermeiden, will Nordrhein-Westfalen jetzt auf einen vorläufigen Erlass verzichten. Der Kollege Groschek hat mir aber gesagt, dass er die Bedenken und Vorschläge, die Sie hier noch einmal eingebracht haben, durchaus nachvollziehen kann. Er hat gesagt: Wenn es keine Einigung auf Bundesebene gibt – aus welchen Gründen auch immer –, kommt das Thema hier wieder auf die Tagesordnung. Soviel darf ich Ihnen von meinem Kollegen übermitteln. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer.

Der Ältestenrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/8129** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**. Die abschließende Abstimmung soll dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann haben wir so überwiesen.

Damit sind wir in der Tat – es ist jetzt 14:59 Uhr – am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich danke all denen, die so lange hiergeblieben sind, ganz herzlich.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, 29. April, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Nachmittag, ein schönes Wochenende und, sofern wir uns im Laufe der nächsten Woche nicht mehr sehen, natürlich auch ein schönes Osterfest sowie eine geruhige und erholsame Sitzungszeit.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:00 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.